

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis... wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 18. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Die Interfons-Gebühr

Beträgt für die hochgestellten Anzeigen... für billige und gewerkschaftliche Anzeigen...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Staatsbürger oder Heloten?

In Preußen magt sich bekanntlich die von unserem Junkertum und seinen Bundesgenossen aufgeputzte Verwaltungsbureaucratie an unseren Beamten nicht nur, sondern auch unseren Staatsarbeitern das Recht der freien politischen Meinungsäußerung beschneiden zu wollen...

den freikonserватiven Herrn v. Dewitz und seine Nachweise des ungeheuren Steigens der Vermögen gerade der Reichen würde beweisen, daß eine solche Schonung der wirtschaftlichen Leistungsfähigen durchaus nicht im Interesse des Staatswohls...

Was aber bezweckt die Sozialdemokratie anders, als die Aufhebung der Privilegien der Kapitalistenklasse und die Gebung der Lage der breiten Masse des Volkes, insbesondere auch der mittleren und unteren Beamten und der Staatsarbeiter?

Bisher gehörte denn auch der preussischen Regierung das Verdienst, in der Entrechtung der Beamten und Staatsarbeiter, also in der brutalen Niedertrampeln der verfassungsmäßigen Rechte, in der schändlichen Verleumdung aller wahrhaften Beamten- und Volksinteressen, an der Spitze zu marschieren...

Die Regierung hat sich nicht damit zu beschäftigen, wie ihre Beamten hängen; das sei ein Eingreifen in die persönliche Freiheit. Ein jeder Beamter habe seiner Ueberzeugung nach zu wählen, gleichgültig, ob diese freisinnig oder sozialdemokratisch sei.

Es gibt also doch noch in Deutschen Reiches Regierungen, die trotz allen Drängens der blauschwarzen Reaktion und gelegentlich auch nationalliberaler Scharfmacher gesunde politische Vernunft genug haben, um einfach zu erklären, daß natürlich auch für die Beamten (und erst recht die Staatsarbeiter) das Recht der freien politischen Betätigung, das elementarste Staatsbürgerrecht, nicht aufgehoben sei.

Unsere preussischen Minister werden sich ja nun freilich dadurch nicht anfechten lassen. Man kennt ja die berühmte Pose, mit der z. B. der neue preussische Landwirtschaftsminister in bezug auf das Koalitionsrecht der Forstarbeiter die Verurteilung auf die loyale Haltung süddeutscher Staaten abtat...

Aber wenn auch die preussischen Minister die Erklärung des kassischen Staatssekretärs nicht respektieren werden, so werden doch die preussischen Beamten und Staatsarbeiter mit um so größerer Genugtuung davon Notiz nehmen. Sie werden die ridiculösen Anschuldigungen des Herrn v. Dallwitz und des preussischen Eisenbahnministers mit der Erklärung des kassischen Staatssekretärs vergleichen und lächelnd nicht nur ihr Teil denken, sondern erst recht in Zukunft ihrer Ueberzeugung gemäß handeln!

Die Streikjustiz.

16 Angeklagte auf einen Schlag.

Dortmund, 16. April. (Fig. Ver.)

Am Dienstag war eine der Streikstammern in Dortmund den ganzen Tag mit einer Massenrazzia beschäftigt. Angeklagt waren 16 Arbeiter, darunter zwei Invaliden und eine Frau.

Am zweiten Streiktag, dem 12. März, entstand in der Nähe der Zeche „Gneisenau“ in Altenerde, Oberbeder, einem Zehendort in der Nähe Dortmunds, eine Menschenansammlung. Die Gendarmen „arbeiteten“ mit den Säbeln und es wurde „Attade geritten“, wobei Menschen unter die Pferde kamen. Die 16 Angeklagten waren beschuldigt, sich auf eine

dreimalige Aufforderung hin nicht entfernt zu haben. Es waren circa 25 Zeugen geladen. Ein Gendarm gab an, der Gendarmerei sei Mitteilung von dem „Beschluss einer Streikversammlung“ gemacht worden, wonach die Streikbrecher an einer bestimmten Stelle verhaften werden sollten. Der Verteidiger wollte den Namen des Mitteilenden wissen, der Gendarm verschlangte sich hinter sein Amtsgeheimnis...

Der Staatsanwalt hielt sechs der Angeklagten der Teilnahme an einem Aufruf für überführt und er beantragte für diese je 2 Wochen Gefängnis. Der Schöffe belommen hatte, wer überführt worden war, war auch „Schuldig“. Das ist eine bequeme Logik!

Der Verteidiger beantragte Freisprechung; er führte aus, daß man den Angeklagten ja gar keine Zeit zur Begleichung des Delikts gelassen habe, denn beim dritten Ruf sei ja gleich geschlagen worden. Die Angeklagten hätten nach dem Gesch das Recht gehabt, erst zu sehen und zu hören, ob auch dreimal aufgeföhrt werde. Vor der dritten Aufforderung sei ein Verschulden am § 116 unmöglich. Nach dem dritten Aufföhren sei aber kein Moment Zeit geblieben, die Beamten hätten selbst erklärt, der Platz sei „im Auge säubert“ worden.

Nach langer Beratung wurde folgendes Urteil verkündet: Vier Angeklagten erhielten je 1 Monat Gefängnis, einer 100 M. Geldstrafe. Alle anderen wurden freigesprochen.

Begründend wurde ausgeführt, die Sache habe nicht so einfach gelegen, wie der Verteidiger ausgeführt habe. Es sei mit Steinen geworfen, „Gauloh“ und „Pul“ gerufen worden usw.

Gescheiterte Einigungsverhandlungen.

Der sächsische Minister des Innern verhandelte am Mittwoch mit den Grubenbesitzern aus dem Oelsch- und Ziegenhain-Streikgebiet. Die Internehmer lehnten jedes Entgegenkommen ab; dagegen gaben sie das völlig wertlose Versprechen, bei steigender Konjunktur eine Revision der Löhne vorzunehmen. Die streikenden Grubenarbeiter werden zu diesem Ausgang der Vermittlungsfaktion demnächst Stellung nehmen.

Rom und die christlichen Gewerkschaften.

Der Streit zwischen der Gefolgshaft der „Köln. Volkszeitung“, den sogenannten Bachemiten, und den diese „halbmodernistische“ Richtung bekämpfenden streng katholischen Kreisen gestaltet sich immer heftiger und erbitterter. Zwar hat unter den Zentrumsgewählten die kirchliche „interkonfessionelle“ Richtung entschieden den größten Anhang, dafür aber erweist sich die antisönnische sogenannte Berliner Richtung der steigenden Gunst der deutschen Bischöfe und, was in diesem Fall viel wichtiger ist, der römischen Kurie. Einen neuen Beweis dafür liefert eine vor einigen Tagen von der „Rhein. Westf. Ztg.“ veröffentlichte Mitteilung eines „hervorragenden westdeutschen Augustinusvereinsmitgliedes“ (der Augustinusverein ist der Verein der katholischen Presse), in der das Mißtrauen geschildert wird, mit dem man in Rom wie im deutschen Episkopat die christliche Gewerkschaftsbewegung betrachtet. Um endlich eine Regelung herbeizuföhren, hätte der Vatikan, so erzählt das Mitglied des Augustinusvereins, sich nach Breslau und Köln um nähere Auskunft gewandt und Verhandlungen über die Aufstellung eines kirchlichen Reglements für die christliche Gewerkschaftsbewegung eingeleitet.

Wörtlich heißt es in dem Bericht des Augustinusvereinsmitgliedes:

Die Wahlen sind vorüber, deren das Zentrum schwächender Ausgang hat in Rom deshalb nicht gerade erfreulich gewirkt, weil man dort annimmt, daß die „Entkonfessionalisierung“ an der Mißbrödelung der Zentrumstimmen und -mandate Schuld trage. Und jetzt ist Rom beschäftigt, die endgültige Antwort auf die Frage nach der allein seligmachenden gewerkschaftlichen Bindung des katholischen Arbeiter Deutschlands zu geben. Aus allerbesten Quelle kann ich Ihnen mitteilen, daß gegenwärtig zwischen Rom, Breslau und Köln Verhandlungen in der Gewerkschaftsfrage schweben, um eine endgültige Regelung der Angelegenheit herbeizuföhren. Als Grundlage der Verhandlungen dienen die folgenden geheimen

Bechlüsse der Bischofskonferenz in Fulda.

1. An gewerkschaftliche Organisationen, die für Katholiken sich eignen sollen, ist die Forderung zu stellen, daß die katholischen Mitglieder in allen das religiöse und sittliche Gebiet berührenden Angelegenheiten des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens nicht zu einer Stellungnahme oder Handlungsweise verpflichtet werden, die mit den religiösen und sittlichen Pflichten des katholischen Christen nach dem Urteile des kirchlichen Hirtenamts unvereinbar ist.

2. Es muß geföhrt werden, daß die gewerkschaftlichen Organisationen ihre Tätigkeit auf die praktische Behandlung von Fragen gewerkschaftlichen Gewichts beschränken.

Mit Herrn v. Dallwitz, diesem eingefleischtesten und beschränktesten aller Rückstücker, die seit geraumen einen preussischen Ministerstuhl drücken, brauchen wir uns nach den Abfertigungen, die er im preussischen Abgeordnetenhause und im Reichstage erhalten hat, nicht weiter zu befassen. Wollten wir ihm die unerbittliche Ehre antun, ihm so zu antworten, wie sich das gehörte, so würden auch wir womöglich Gefahr laufen, mit der Staatsanwaltschaft Bekanntschaft zu machen, die ihm ja auch in Breslau so überaus bereitwillig und dienstfertig zu Hilfe geeilt ist. Gegen einen Herrn v. Dallwitz verlohnt es sich eigentlich auch nicht mehr, denn ein Minister, unter dessen Regime die Untersuchung Verstorbener auf ihre Virginität hin angeordnet wurde, ist für die Deffektivität ein für allemal erledigt. Der Mann ist abgestempelt, er hat sein Brandmal dahin. Er ist der Inbegriff alles dessen, was politisch rückstückerlich und reifig rückständig ist, er ist eben der Erwählte und Beauftragte des Jammerhanses und gleichwertiger Elemente.

Eine geistig hervorragende Persönlichkeit, ein Politiker und Sozialpolitiker eigener Prägung ist allerdings auch Herr v. Breitenbach, der preussische Eisenbahnminister, nicht. Aber er pflegt seine provozierend reaktionären Kundgebungen wenigstens in eine konziliantere Form einzukleiden, so daß man den Eindruck erhält, daß er selbst wenigstens von der Richtigkeit dessen überzeugt ist, was er vertritt. Deshalb sei er hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß sein Begriff des Staatswohls, aus dem er die verfassungs- und gesetzwidrige Beschneidung der Rechte der preussischen Beamten und Staatsarbeiter herleitet, nichts ist als eine unbegreifliche und geradezu klägliche Verleumdung des wirklichen Wesens des Staatswohls. Denn worin besteht das Staatswohl? Doch nicht etwa in der elenden Bezahlung und klavischen Behandlung der Halb-millionenarmee der preussischen Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter; sondern ganz wesentlich darin, daß diese halbe Million von Staatsbeamten und Staatsproletariern anständig und angemessen bezahlt und behandelt wird. Die Möglichkeit solcher anständiger Bezahlung angeht eines Reichsüberschusses über Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschulden und Speisung des Dispositionsfonds hinaus; mindestens 350 Millionen wird ja auch Herr v. Breitenbach nicht leugnen können. Ein einziges Siebentel dieses Nettoüberschusses würde genügen, um wenigstens die dringendsten Anforderungen der unteren Beamten und Eisenbahnarbeiter zu befriedigen!

Oder will Herr v. Breitenbach die Auffassung vertreten, daß die enormen Eisenbahnüberschüsse deshalb notwendig sind, um der bestehenden Klasse in Preußen das Zahlen höherer direkter Steuern zu ersparen? Allein die Verurteilung auf

3. Es wird als notwendig erkannt, daß die katholischen Mitglieder solcher Gewerkschaften, die neben Arbeitervereinen bestehen, zugleich Mitglieder der kirchlich organisierten und geleiteten katholischen Arbeitervereine sind.

Von den katholischen Mitgliedern gewerkschaftlicher Organisationen wird erwartet, daß sie etwaigen Versuchen, den Einfluß der katholischen Kirche auf das gesamte religiös-sittliche Leben der Katholiken zu schwächen, mit ruhiger Entschiedenheit und offener Kundgebung kirchlich treuer Gesinnung entgegenzutreten.

5. Das Urteil darüber, ob Gestalt und Wirksamkeit einer gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entsprechen, bleibt dem kirchlichen Diszernament überlassen. Daher haben die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) sowohl, wie die christlichen Gewerkschaften sich nicht gegenseitig zu verfeindern und in Kontraversen eine jede verteidigende und verbittende Behandlung zu vermeiden.

Fulda, den 14. Dezember 1910.  
Die am Grabe des hl. Bonifatius versammelten Erzbischöfe und Bischöfe.

So charakteristisch die Beschlüsse der Fuldaer Bischofskonferenz für die angebliche Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften sind, haben wir doch nicht sofort die Mitteilung der „Rhein.-Westf. Ztg.“ übernommen, da wir gegen diese Richtigkeit der Mitteilung manche Bedenken hatten. Daß der deutsche Episkopat sich in dieser Richtung, jaßi verächtlichen Weise gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen haben sollte, schien uns trotz seiner Animosität gegen diese Bewegung in anbetracht seiner sonstigen diplomatischen, verschiedentlichen Zurückhaltung nicht recht wahrscheinlich. Zudem aber hielten wir es kaum für möglich, daß die Zentrumspresse, vor allem die „Köln. Volksztg.“, die doch zweifellos von diesen Beschlüssen der Bischöfe und den Verhandlungen der römischen Kurie über die deutsche christliche Gewerkschaftsbewegung wissen, in den letzten Wochen das verlogene, heuchlerische Täuschungs- und Veruhigungsstück vor ihren Lesern ausführen konnten, daß sie sich skrupellos geleistet haben. Doch wir müssen gestehen, wir haben trotz unserer Erfahrungen mit der hohen hierarchischen Ceteris paribus der Kölner Richtung, ihre Unwahrscheinlichkeit noch immer nicht tief genug eingeschätzt. Das beweist die Tatsache, daß die „Germania“ auf die Enthüllungen der „Rhein.-Westf. Ztg.“ lediglich mit folgendem Wutschrei zu antworten weiß:

„Es ist ein unerhörter Skandal, daß ein von den Bischöfen vertraulich gefaßter Beschluß an die Öffentlichkeit gebracht werden kann. Dazu noch angeblich von einem Mitgliede des Augustinusvereins. Wer die Indiskretionen eines spectator novus, der den Brief Siegerwalds an die „Köln. Volksztg.“ und die Rumbauerischen Berichte an dieselbe Adresse veröffentlicht hat, bedauert, wird für diese Handlung noch weit schärfere Worte tieferer Entschlossenheit finden müssen. Man braucht gar kein Diplomat zu sein, um zu erkennen, was die neue Enthüllung bezwecken soll.“

Es ist also wahr, daß die Fuldaer Bischofskonferenz die obigen Beschlüsse gefaßt hat und Rom zurzeit mit dem deutschen Episkopat darüber verhandelt, welche Normen die angeblich interkonfessionellen, selbständigen christlichen Gewerkschaften künftig zu befolgen haben. Eine wunderliche Selbstständigkeit.

Aber noch in anderer Beziehung ist die Mitteilung höchst interessant. Rämlich insofern, als sie bestätigt, daß die Haltung des christlichen Vergarbeiterverbandes beim letzten Vergarbeiterstreik, wie wir sofort dargelegt haben, lediglich aus Rücksicht auf die Kölner Richtung und ihre Zentrale in München-Gladbach erfolgt ist. Das Augustinusvereinsmitglied erzählte nämlich weiter:

Die jetzigen Verhandlungen zwischen Rom und den Kardinalen von Breslau und Berlin wurden durch Rom selber in Fluß gebracht. Wie ich nämlich erfahren konnte, — nachprüfen läßt sich eine derartige Information sehr natürlich nicht —, ging kurz nach dem Reichstagswochen den deutschen Bischöfen aus dem Vatikan ein geheimes päpstliches Schreiben zu, das „mit Beforgnis der unabsehbaren Weiterentwicklung der Gewerkschaften“ gedachte und die dringende Notwendigkeit der Abstufung des festen Grenzlinien sowohl nach der Seite der „Aergläubigen“ wie der „Anderstendenen im katholischen Lager“ hin betonte. München-Gladbach gab sofort nach, und wie man erzählt, wurde dadurch u. a. auch die Haltung der Christlichen im jüngsten Vergarbeiterstreik mit beeinflusst. Dann aber versuchte München-Gladbach zu opponieren, fiel aber in Berlin anlässlich der Augustinusvereinsversammlung ab und trat darauf auch seinerseits in Friedensverhandlungen ein.

## Der Krieg.

### Die Friedensvermittlung.

Konstantinopel, 16. April. Die Pforte hat beschlossen, um in Uebereinstimmung mit dem römischen Kabinett zu handeln, über die heutige Mitteilung der Mächte Stillschweigen zu beobachten. Nach Informationen aus Florenz ist die Mitteilung kurz und enthält einfach die Anfrage, unter welchen Bedingungen die Pforte eine Vermittlung annehmen würde. In maßgebenden Kreisen des Ministeriums des Aeußeren wird erklärt, daß die Mitteilung in einem freundschaftlichen Tone abgefaßt sei und einen guten Eindruck mache. — Heute nachmittag trat unter dem Vorsitz des Scheich ul Islam ein außerordentlicher Ministerrat zusammen, der sich mit dem Schritt der Mächte beschäftigte. Die Beratungen werden in dem morgen stattfindenden ordentlichen Ministerrat fortgesetzt werden. Wie verlautet, hat der Minister des Aeußeren bei dem gestrigen Diplomatentempfang einigen Diplomaten erklärt, daß jeder Gedanke an einen Frieden, der auf der Annexion von Tripolis fuße, unmöglich sei.

### Vom tripolitischen Kriegsschauplatz.

Rom, 17. April. Die Agenzia Stefani meldet aus Derna: Die Türken, die in den letzten Tagen auf einer Höhe den italienischen Linien gegenüber Stellung genommen hatten, eröffneten gestern mittag auf das kleine Fort Lombardia ein Feuer mit drei oder vier Kanonen, das durch ein lebhaftes Gewehrfeuer unterstützt wurde. Die Besatzung des Forts, die Verstärkung erhielt, vermochte dem Angriff standzuhalten. Die türkische Artillerie, obwohl gut verdeckt, wurde von 10 italienischen Geschützen wirksam beschossen und feuerte langsam schwächer. Gegen 3 1/2 Uhr stellte sie ihr Feuer ganz ein und zog sich zurück; auch die türkische Infanterie trat unter dem Feuer der italienischen Geschütze den Rückzug an. Auf italienischer Seite wurde ein Mann getötet und einer leicht verwundet; die Verluste der Türken sollen bedeutend sein.

Rom, 17. April. Die Agenzia Stefani meldet: General Martini beunzte am 15. April die Erschütterung des auseinandergeprengten Feindes, um den Besitz des Forts Buchamez weiter zu sichern. Die Ausschiffung weiterer Truppen, die unter dem Schutze der zum Feuer bereiteten Schiffe und Landartillerie vor sich ging, wurde von den Türken nicht gestört. Auch gestern

wurden weitere Truppen mit einer Batterie nach den Forts geschickt. Der Flieger Leutnant Palma di Cesnola ist angekommen. Das Fluggeschiff legte den Weg von Tripolis nach Buchamez in zwei Stunden zurück.

### Ein türkischer Bericht.

Konstantinopel, 17. April. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgende Depesche des türkischen Kommandanten von Tripolis: Der Feind landete am 12. April unter Ausnutzung der vom Südwinde aufgewirbelten Sandmassen zwischen Sidi Said und Grua östlich von Juara, Infanterie und Kavallerie und es gelang ihm, die von uns in den Blockhäusern von Grua und Buchamez umzingelten italienischen Abteilungen zu retten. Einer Depesche vom 15. April zufolge ist ein großer Teil der an der Räumung des Sidi Said gelandeten feindlichen Truppen an Bord der Kriegsschiffe zurückgekehrt. Augenblicklich hält der Feind nur das Blockhaus von Buchamez mit einer Abteilung Infanterie, die Halbbrigade Grua mit einer Abteilung Kavallerie besetzt. Sonst befinden sich keine feindlichen Streitkräfte auf dem Lande. Wir haben ausreichende Kräfte gegen diese Positionen abgeseht.

### Gefangennahme einer italienischen Expedition.

Konstantinopel, 17. April. Die italienische Wissenschaftliche Mission, die sich nach dem Ausbruch des türkisch-italienischen Krieges zu Studienzwecken nach Fezzan begab, ist, wie bereits gemeldet wird, gefangen genommen, nach Dschebel i Gharbi verbracht und dort interniert worden.

### Beschlagnahme eines deutschen Schiffes durch Italiener.

Mailand, 17. April. Das deutsche Schiff „Pilos“ wurde vor einigen Tagen von einem italienischen Kriegsschiff zwischen Malta und Alexandria angehalten. Nach einem Bericht des deutschen Kapitäns wurden die Munition für ein gegenwärtig am Hafen von Alexandria liegendes deutsches Kriegsschiff enthielten, geöffnet. Die Italiener, die genaue Informationen über die Bestimmung der Munition einholen wollten, schleppten die „Pilos“ nach Tobruk und hielten sie dort vier Tage fest. Infolge eines Telegrammwechsels zwischen Rom und Berlin wurde die „Pilos“ dann freigelassen. Der ganze Zwischenfall, der übrigens in der freundlichsten Weise gelöst worden wäre, hätte nicht eingetreten brauchen, wenn die „Pilos“ eine Erklärung über die Bestimmung der Munition gehabt hätte, wie sie derartigen Vorwürfen in Kriegszeiten beigegeben zu werden pflegt.

## Die Revolution in China.

### Sunhaijens Rücktritt.

Shanghai, 17. April. (Nachung der Agence d'Extreme Orient.) Sunhaijen hat alle staatlichen Archive sowie seine gesamte amtliche Korrespondenz an Tangshan zur Auslieferung an Juanshikai übergeben. Er hat seine Abreise nach Kanton angekündigt und erklärt, daß er nicht mehr nach Peking gehen könne. Der Generalgouverneur von Kanton beabsichtigt, ihn mit besonderer Feierlichkeit zu empfangen. Delegierte werden ihn aus Hanking abholen. Sunhaijens Familie und Bruder sind in Kanton sehr ehrenvoll empfangen worden.

### Ein russisch-chinesischer Zwischenfall.

Pangtschoufu, 16. April. Der russische Konsularagent Senfa wurde bei seiner Rückkehr nach Pangtschoufu auf chinesischem Gebiete in der Datschong Dalatscha von dem Bezirkshauptmann verhaftet. Anlaß zu der Verhaftung gab die Unmöglichkeit für den Bezirkshauptmann, den französisch geschriebenen Paß des Konsularagenten zu verstehen; ferner die Ranglosigkeit des chinesischen Passes der ihn begleitenden Kosaken. Infolge des Protestes des Vizekonsuls in Pangtschoufu befreite der Tantai den Verhafteten, entschuldigte sich und veranlaßte auch den Bezirkshauptmann, sich zu entschuldigen.

### Kämpfe zwischen den Truppen.

Peking, 17. April. In Wanhsien (Szechuan) ist es am Sonntag bei der Entwaffnung alter Truppen zu einem Kampf zwischen diesen und den neuen Truppen gekommen. Die alten Truppen wurden geschlagen, wobei 100 Mann getötet wurden; die Ordnung ist wiederhergestellt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. April 1912.

### Reichseisenbahnamt. — Die Klassenjustiz auf der Anlagbahn.

Aus dem Reichstag, 17. Februar. Der Beginn der Sitzung stand im Zeichen der Sonnenfinsternis. Das Zentrum erhob sich zu Ehren der allgemeinen Verdunkelung von den Sitzen — doch nein! Das war nur ein Witz, der in den Wandelgängen umlief. Im Sitzungssaal ging Genosse Bogherr dem Präsidenten des Reichseisenbahnamtes scharf zu Leibe und wies ihm nach, wie unhaltbar seine bürokratische Auffassung von einem Nichtzusammenhang zwischen Ueberarbeitung der Beamten und Eisenbahnunfällen sei. Im zweiten Teil seiner Rede brandmarkte er die Preßzensur, der der Bahnhofsbuchhandel durch die Eisenbahnverwaltungen ausgefegt ist — in Frage komme in erster Reihe die sozialdemokratische Presse, aber auch bürgerliche Blätter, wie „Simplizissimus“ und „Welt am Montag“. Der Nationalliberale List trat für den Einheitsgedanken im Eisenbahnwesen ein, der Fortschrittler Gothein legte ein gutes Wort für Schutzrichtungen bei Eisenbahnübergängen ein, der Konservative v. Böhlendorff-Alpin warnte, besonders im militärischen Interesse, vor der Elektrifizierung der Eisenbahnen, Genosse Pios nahm sich der von dem Durchgangsverkehr umgangenen Stadt Braunschweig an, Genosse Reichhaus warf sich energisch für eine Verbesserung der oft menschenunwürdigen vierten Klasse ins Zeug, und der Genosse Hasenzahl übte in seiner Jungferrede an der für Hesse verhängnisvollen Betriebsgemeinschaft mit Preußen, wie auch an den niedrigen Löhnen des Fahrpersonals und der Arbeiter Kritik. Auch den Fortschrittler Haas und den einen von den beiden Antisemiten Wernex sah man flüchtig auf der Tribüne.

Nach Bemilligung des Titels und der Annahme verschiedener Anträge begann die Beratung des Justizetats. Genosse Stadthagen befürwortete die Klassenjustiz dorthin, wohin sie gehört, auf die Anlagbahn, und wies an einer Fülle von Fällen — denn hier ist Häufung am Platz und läßt die Quantität in die Qualität umschlagen — die Brüchigkeit und Unhaltbarkeit des ganzen Systems nach. Ueber die Notwendigkeit der Verabschiedung der sogenannten „Keinen Strafgesetznovelle“, die mit den drakonischen Strafen bei Keinen Vergehen aufräumt, seien sich alle Parteien einig, aber bei wirklichen Vergehen sei, wo es sich nicht um Arbeiter handelt, die Justiz ohnmächtig, so bei den Duellverbrechen. Im Zusammenhang mit der skandalösen Verhaftung des Gewerkschaftssekretärs Schabel verlangte der Redner Aenderung

der Bestimmungen über die Untersuchungshaft und Brandmarkte aufs neue, daß der Nord des Arbeiters Hermann noch immer ungeführt sei. Auch für die Unabhängigkeit der Richter, die unbeeinträchtigt bleiben müßten von politischem Druck, brach der Redner eine Lanze und nicht minder zog er die Schnelljustiz gegen die Streikverbrecher im Ruhrrevier in den Kreis seiner kritischen Ausführungen.

Morgen wird nicht die Beratung des Justizetats fortgesetzt, sondern die nationalliberale Interpellation über den bayerischen Jesuitenerlaß und die Wahlprüfung des Biederfelds Mandats (Alzev-Bingen) steht auf der Tagesordnung.

### Es wird fortgeworfen.

Als Verkehrsminister, so meinte Herr v. Dreitenbach am Dienstag im Abgeordnetenhaus, habe ich darauf zu achten, daß die Eisenbahnen ein Verkehrsinstitut sind und nicht ein Finanzinstitut. Aber, so fügte er hinzu, ich bin auch Staatsminister. Daß er als ein von dem Finanzminister abhängiger Staatsminister die gegenwärtige Politik zu betreiben hat, vermag er wohlweislich, aber die Rede, die er am Mittwoch als Antwort auf die Ausführungen unseres Genossen Hirsch hielt, legt Zeugnis davon ab, daß an großzügige Reformen im preussischen Eisenbahnwesen nicht zu denken ist. Groß ist die Verwaltung einzig und allein in der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung. Wenigstens hält sie sich auf diesem Gebiete für groß.

Genosse Hirsch hatte als erster Redner unsere grundsätzlichen Anschauungen über das Verhältnis der Eisenbahnfinanzen zu den allgemeinen Staatsfinanzen dargelegt, eine Reihe von Reformvorschlüssen gemacht, die radikalpolitisch der Verwaltung gegen die Sozialdemokratie gebührend gefennschmet, um schließlich eine Lanze für die deutsche Eisenbahngemeinschaft zu brechen.

In seiner Erwiderung lehnte der Minister alle Vorschläge, die von unserer Seite kamen, ebenso entschieden ab wie die der bürgerlichen Linken. An die Abschaffung der vierten Wagenklasse will er nicht heran, weil er die Einnahmen daraus nicht entbehren kann. Schlafwagen für Reisende dritter Klasse sind wohl in Rußland angebracht, aber in Preußen ist man noch nicht so weit. Tarifreformen dürfen nur mit äußerster Vorsicht vorgenommen werden, und nur dann, wenn das Bedürfnis dafür nachgewiesen ist, d. h. so gut wie niemals. Einzig und allein der Aufhebung der Habelartensteuer steht Herr v. Dreitenbach nicht ablenken gegenüber, aber diesen Luxus kann er sich leisten, da die Reichsregierung die Fahrkartenersteuer nur dann aufheben will, wenn ihr ein vollwertiger Ersatz dafür geboten wird. Je weniger aber die Verwaltung von Reformen etwas wissen will, um so mehr hat sie Zeit übrig zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, und diesen Kampf führt sie durch allerhand Kräfte, von denen der Minister selbst zu geben mußte, daß sie die Rechte der Beamten und Arbeiter kürzen. Aber was fragt er danach? Ist er doch der Zustimmung des Dreiklassenhauses sicher, dessen Wehrheit seinen scharfmacherischen Ausführungen lebhaften Beifall spendete!

Im Laufe der weiteren Debatte sprach sich Abg. Dr. Friedberg (nat.) für seine Person für die Eisenbahngemeinschaft aus, während die Rechte den entgegengesetzten Standpunkt einnimmt, ja sogar den Präsidenten des Reichseisenbahnamtes, der es gewagt hatte, die Idee der Eisenbahngemeinschaft in der Theorie zu verteidigen, deshalb scharf angriff. Daß auch der Finanzminister aus finanziellen Erwägungen der Frage der Ueberführung der preussischen Bahnen auf das Reich nicht näherzutreten will, sei nur nebenher erwähnt.

Donnerstag: Fortsetzung.

### Freiherr v. Hertlings Kriegserklärung und die Sozialdemokratie.

Die gestrigen Ausführungen des Grafen Törring-Jattenboch in der bayerischen Kammer der Reichsräte scheint die Hertlingische liberale Regierung sehr verstimmt zu haben; denn sie weiß recht wohl, daß Graf Törring, der Schwager des Prinzen Rupprecht und Schwiegersohn des Herzogs Karl Theodor, lediglich die Wiffstimmung zum Ausdruck gebracht hat, die selbst in diesen höchsten Kreisen über das gegenwärtige Ministerium herrschen, das gehorsam alle Wünsche befolgt, die ihm aus dem hierarchischen Krötenlumpf zugehen. Ministerpräsident Freiherr von Hertling fühlte sich deshalb heute in der Kammer zu einer langen Abwehrede veranlaßt, in der er die Bedenken des Grafen Törring zu zerstreuen suchte. Er sagte:

Graf Törring hat das gegenwärtige Ministerium als ein parlamentarischer oder doch als einen Uebergang zum parlamentarischen System begrüßt. Es ist schon vom Minister des Innern Freiherrn v. Soden entchieden verurteilt worden eingeleitet worden. Er hat mit vollem Rechte gesagt, daß davon nicht die Rede sein könne, und wir alle, die wir diesem Ministerium angehören, sind von dieser Ueberzeugung gleichmäßig durchdrungen. Was uns an diese Stelle berufen hat, ist nicht das Vertrauen einer einzelnen Partei, sondern ausschließlich das Vertrauen der Krone gewesen. Ich habe, als mich ganz unerwartet die Allerhöchste Berufung traf, die Meinung gehabt, daß ich berufen werde, nicht weil, sondern trotzdem ich bis dahin einer bestimmten Partei angehört habe. Meine ganze Tätigkeit, soweit sie sich im Rahmen einer bestimmten Partei bewegte, war ausschließlich auf das Reich und den Reichstag gerichtet. Vom politischen Parteilieben in Bayern habe ich mich tunlichst ferngehalten. Doch ist das weniger wichtig, als festzustellen, daß von dem Uebergang zum parlamentarischen System nicht die Rede sein kann. Graf Törring hat nun gemeint, daß wir uns auch im Reiche der Einführung des parlamentarischen Systems ja zweifellos nähern, und von seinem Standpunkt aus gesagt, „näher nähern“. Das muß ich ablehnen, und was in Zukunft geschehen kann, kann niemand voraussagen. Graf Törring hat die Befürchtung ausgesprochen, daß wir dem Druck der Reichspartei der Abgeordnetenversammlung nicht genügend Widerstand entgegenstellen können. Diese Befürchtung besteht nicht. Es ist durchaus nicht zu befürchten, daß wir irgendeinem Druck der anderen Kammer nachgeben und uns zu Maßregeln bestimmen lassen, die nach unserer eigenen Ueberzeugung nicht zum Wohle des Vaterlandes würden gedeihen können. Graf Törring hat auch auf den Jesuitenerlaß hingewiesen. Dieser Erlaß, der zu meinem lebhaften Bedauern schon seit langem aufgebahrt hat, ist nicht nur nicht unter dem Druck der Reichspartei der Abgeordnetenversammlung zustande gekommen, sondern ohne jede Fühlung mit irgendeinem Mitgliede der Abgeordnetenversammlung. Wir fanden hier eine Erschaffung vor, mit der wir uns auseinanderzusetzen hatten. Ich möchte mich nicht weiter darauf einlassen, es handelt sich jetzt um eine Rechtsfrage, um eine Auslegungfrage; diese wird auf dem ordentlichen Wege zum Austrag kommen.

Ferner hat Graf Törring die Stellung des Ministeriums zur Sozialdemokratie gestreift. Was diese betrifft, so muß ich unumwunden bekennen, daß meine Auffassung von der des Grafen Törring abweicht. Graf Törring scheint der Meinung zu sein, die Sozialdemokratie sei eine politische Partei wie jede andere. Dieser Meinung bin ich nicht. Die Sozialdemokratie betreibt alle Grundlagen, auf denen die ganze bürgerliche Gesellschaft beruht. Wir können und dürfen sie

nicht wie eine andere politische Partei ansehen. Speziell bezüglich der sächsischen Sozialdemokratie scheint Graf Törring eine mildere Ansicht zu haben, und auch diese Ansicht kann ich nicht teilen. Ich bin der Meinung, daß die ganze Sozialdemokratie sich hinsichtlich ihrer Ziele und Grundsätze durchaus einig ist und fühlt. Wegen kleiner Nuancen im Auftreten darf man sich nicht täuschen lassen. Diese Bestrebungen hat nicht nur die deutsche Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie rühmt sich, eine internationale Partei zu sein, und sie macht sich gelegentlich recht deutlich als solche geltend. Ich habe erst heute einen Bericht aus Paris erhalten über die dort am 31. März stattgehabte Versammlung, in der sich deutsche und französische Sozialdemokraten verdrüßert haben. In dieser Versammlung sind Äußerungen gefallen, die für das Deutsche Reich nicht besonders förderlich geklungen haben. Wenn ich also auch der Ansicht des Grafen Törring nicht beistimmen kann, so bin ich andererseits auch nicht zu pessimistisch. Die Sozialdemokratie ist nach meiner Auffassung eine Krankheit am Volkskörper, gegen die es kein Spezifikum gibt und die sich auch mit Feuer und Schwert nicht austrotten läßt. Aber es geht wie mit anderen Krankheiten in der Natur. Sie treten heftig auf, trocken aller Bekämpfung, aber wenn sie den Höhepunkt erreicht haben, nehmen sie ab und erlöschen. Das Einzige, was wir tun können, ist die Ausbreitung einer solchen Krankheit möglichst zu bekämpfen. Dazu gehört auch, wozu wir durch die Verfassung berechtigt sind, unseren Beamtenstand von der Sozialdemokratie freizuhalten. Keinem zielbewußten Sozialdemokraten kann ein Staatsamt übertragen werden.

Dagegen denken wir nicht daran, etwa die Arbeiter verschieden zu behandeln. Die sozialdemokratische Presse hat mir nachgesagt, ich sollte nur die Wünsche erfüllen, die von den nichtsozialdemokratischen Arbeitern gestellt würden, und sie hat an diese Bemerkung eine Menge lieblicher Kosennamen geknüpft. Was die sozialdemokratische Presse gesagt hat, widerspricht nicht nur meinen Ausführungen, sondern mutet mir geradezu eine Sinnlosigkeit an. Wenn wir Forderungen erfüllen können, so sollen alle Arbeiter davon betroffen werden.

#### Aus dem Seniorenkongress.

Im Seniorenkongress machte am Mittwoch der Präsident Mitteilung über eine Besprechung, die er mit dem Reichskanzler gehabt habe. Danach wünscht der Reichskanzler, daß bis zu Pfingsten der Etat, die Wehrvorlagen und die Deckungsvorlagen erledigt werden; alles übrige aber, was dem Reichstage jetzt vorliegt, insbesondere die Geschäftsordnung und der Gesetzentwurf über die Staatsangehörigkeit nach Pfingsten beraten werden soll. Bei dieser Hast der Beratung würden die Schlußsitzungen vollständig ausfallen. Ebenso würden die Wahlprüfungen nicht erledigt werden können.

Der Präsident machte weiter Mitteilung, daß er auch mit dem Stellvertreter des Reichskanzlers und mit dem Schatzsekretär gesprochen habe. Diese hätten ihm erklärt, wenn die genannten Gesetzentwürfe erledigt seien, dann könnte ja der Reichstag vertagt werden. Im Seniorenkongress machte sich starker Unwille bemerkbar über die Art und Weise, wie die Regierung den Reichstag zur Tätigkeit ansetzt. Es müsse einmal dem Reichskanzler gesagt werden, daß der Reichstag eine solche Behandlung für unangemessen hält. Die Gesetzesvorlagen verlangen eine gründliche Erledigung. Der Reichstag sei spät einberufen worden, nachdem die Wahlen zu spät angelegt worden seien. Nun könne der Reichstag nicht alles im Galopp tempo erledigen, wie die Regierung wünsche.

Der Präsident legte weiter einen Plan vor, nach welchem der Etat unter äußerster Beschränkung der Plenarverhandlungen bis Pfingsten fertig sein könne. Außerdem müßten aber die Wehrvorlagen und die Deckungsvorlage zur Beratung. Im Seniorenkongress konnte man sich nicht einigen darüber, daß die Wehrvorlagen und zugleich die Deckungsvorlage an die Budgetkommission verwiesen werden. Von der Linken wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die technischen Schwierigkeiten der Brantweinsteuer vorlage in einer Spezialkommission beraten werden müssen, während das Zentrum und die Konservativen für die Ueberweisung der beiden Vorlagen an die Budgetkommission eintraten. Da keine Einigung erfolgte, wird nach der ersten Beratung der Wehrvorlagen und der Deckungsvorlage im Plenum die Entscheidung darüber fallen, ob eine Spezialkommission für die Brantweinsteuer vorlage eingesetzt werden soll.

Als Ferientage sind freigehalten der 4. und 6. Mai

#### Noch einmal die Mannschaftslöhnung.

Unsere gestrige Notiz über die Erhöhung der Soldatenlöhnung ist insofern richtig zu stellen, als die Mannschaften, die auf Grund der neuen Heeresvorlage mehr eingestellt werden, allerdings nur 22 Pf. Löhnung für den Tag erhalten. Das gilt aber nur für die Zeit vom 1. Oktober 1912 bis 1. April 1913. Die neuen Organisationsformen und die Vermehrung des Mannschaftsstandes einzelner Truppenteile sollen schon am 1. Oktober 1912 perfekt sein; die Regierung rechnet also tatsächlich mit einer Annahme der Heeresvorlage im Galopp tempo. Deshalb sind die Besoldungs- und Löhnungssummen für die neu geforderten Offiziere und Mannschaften in einer Ergänzung zum Etatentwurf 1912/1913 verrechnet worden, und zwar zu den alten Sätzen.

In dem jetzt dem Reichstage zugegangenen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Reichsmilitärgesetzes wird aber in der Begründung gesagt, daß vom Jahre 1913 (1. April) ab sich der Geldmehrabbedarf aus Anlaß der Erhöhung der Mannschaftslöhnung noch um rund 15 Millionen Mark für das Reichsheer erhöhen werde. Vom 1. April 1913 ab würden danach also die Mannschaftslöhnungen erhöht werden. Betont werden muß aber hierbei, daß die Form des Hinweis auf die Löhnungserhöhung noch nicht auf eine rückhaltlose Bereitwilligkeit der Regierung, die Erhöhung auch wirklich vorzunehmen, schließen läßt.

Beiläufig sei hier erwähnt, daß die neue Heeresvorlage auch eine Vermehrung der Kavallerie um 6 Schwadronen vorsieht. (1 Regiment für Preußen, 1 Schwadron für Bayern.) Diese neuen Schwadronen sind auch noch nicht in der Ergänzung zum Etatentwurf 1912 enthalten, sie werden also erst im Etat für 1913 aufstehen. Jedenfalls hängt das mit der Schwierigkeit der Pferdebeschaffung zusammen. Sollen doch am 1. Oktober 1912 nicht weniger als 5829 Dienstpferde für Artillerie, Train usw. gestellt werden. Die Rechnung für die Pferde der 6 Kavallerieschwadronen sowie jedenfalls auch für die neuformierten Maschinengewehrkompanien der Infanterie wird also erst am 1. April 1913 präsentiert werden.

#### Die Bilanz der neuen Wehrvorlage.

Sind die Leute wahnsinnig? Können die Männer noch rechnen? Sind sie selbst so — naiv, daß sie an die Rechenkunststücke glauben, die sie aufmachen, um das deutsche Volk für eine Wehrvorlage gefügig zu bekommen?

Sehen wir uns doch einmal unter rein kaufmännischen Gesichtspunkten die neueste Reichsbilanz für die Etatsjahre 1912 bis 1917 genauer an, nicht unter dem verbotenen Gesichtspunkte fiskalisch-kameralistischer Rechnungsweise.

An Einnahmen und Ausgaben stehen für die schon genannten sechs Jahre bei Annahme der Wehrvorlage gegenüber:

|   | Ausgaben:     | Millionen Mark  |
|---|---------------|-----------------|
| Militär- und Marinevorlage von 1912   | 650,5         |                 |
| Dazu Kosten des Friedenspräsenzstärke-Gesetzes von 1911 und laufende Ausgaben für die Flottenvorlage  | 230,—         | 880,5           |
| Steuereinnahme-Rückgang ab 1914 durch Umänderung des Zudersteuergesetzes und der Grundbesitzabgabe, zusammen  | 215,—         |                 |
| <b>Ausgaben insgesamt für 1912 bis 1917</b>   | <b>1065,5</b> |                 |
| <b>Einnahmen:</b>   |               |                 |
| Voraussichtliche Einnahmen aus der verstaatlichten Viebesgabe   | 194,5         |                 |
| Voraussichtliche Mehreinnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren   | 270,—         |                 |
| Voraussichtliche Mehreinnahmen aus Post und Eisenbahnen   | 90,—          |                 |
| Voraussichtliche „Ersparnisse“ bei der Verzinsung der Reichsschuld  | 80,—          |                 |
| Voraussichtliche „Ermäßigung“ der Bankkosten des Kaiser Wilhelmkanals pro 1911  | 10,—          |                 |
| Voraussichtliche Mehreinnahme aus der Zudersteuer   | 75,—          |                 |
| Voraussichtliche Ueberschüsse aus 1911, die nach dem Etatgesetzentwurf mit zur Deckung der einmaligen Ausgaben der Wehrvorlagen verwendet werden dürfen | 280,—         | 929,5           |
| Dazu kommen noch:   |               |                 |
| Voraussichtlich frei werdende (nach Fertigstellung des Kaiser Wilhelmkanals.)   | 133,—         |                 |
| Voraussichtliche sonstige Mehreinnahmen aus Zöllen, Steuern, Gebühren, Post und Eisenbahn   | 125,—         | 258,—           |
| <b>Einnahmen — voraussichtliche! — zusammen</b>   | <b>1187,6</b> |                 |
| <b>Einnahmen zusammen 1912—1917</b>   | <b>1187,6</b> | <b>Mill. M.</b> |
| <b>Ausgaben</b>   | <b>1065,5</b> |                 |
| <b>bleibt „Ueberschuß“</b>  | <b>92,0</b>   | <b>Mill. M.</b> |

Der Regierungsentwurf schreibt: „Zur Schuldentilgung oder Abbüderung der Heeres- usw. Vorläufe bleiben hiernach (rund) 95 Millionen Mark übrig. Mit Rücksicht darauf, daß sich nicht genau übersehen läßt, wie sich die Rechnung für die einzelnen Jahre gestaltet, verbleibt diese Summe besser vorläufig in der Reichskasse.“

Man denke, die Regierung gibt alle voraussichtlichen Ueberschüsse aus Zöllen, Steuern, Gebühren, Post und Eisenbahnen schon jetzt für Militär und Marine auf sechs Jahre im Voraus aus! Auch die mutmaßlichen Einnahmen aus der unzuändernden Brantweinsteuer, die dabei allein schon um rund 50 Millionen Mark zu hoch angesetzt sind! Für die ganzen sechs Jahre, mit ihren Unlugen und unvorhergesehener Zwischenfälle: Konjunkturschwankungen, Extrazusgaben, anderen Anforderungen, ja auch für Extrazusentilgung usw., bleiben nach der Bethmannschen Vorberechnung pro Jahr gerade ganze 15 Millionen Mark übrig!

Mit diesen 15 Millionen Mark soll das Deutsche Reich bis 1917 seine Kulturarbeit leisten oder es gibt eben neue Defizite, neue Schulden — neue Steuern!

#### Ein fauberes Plänchen.

Die schwarzblaue Brüderschaft im Reichstage hat offenbar die Absicht, das Volk gründlich einzufischen. Bis vor kurzem ist ständig versichert worden, daß keine neue Ausgabe gemacht werden dürfe, ohne gleichzeitig die Deckung bei der Hand zu haben. Dieses Versprechen ist durch die Wehr- und die zugehörige sogenannte Deckungsvorlage schändlich gebrochen worden. Die gleichzeitige Vorlegung der Gesetzentwürfe ließen aber nur wenigstens darauf schließen, daß die Materie nicht zerfallen, daß Heeres- und Flottenvorlage in Verbindung mit den Deckungsvorschlägen vom Reichstage verhandelt werden müsse. Die „Post“ enthüllt nun aber die Absicht der Konserverativen in folgender Notiz:

„Wie wir die „Post“ von gut unterrichteter parlamentarischer Seite erfahren, kann nunmehr mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Regierung zunächst die parlamentarische Behandlung und Verabschiedung der Wehrvorlagen allein antreiben wird. Man hofft, diese Vorlagen bis Pfingsten, spätestens jedoch gleich nach Pfingsten unter Dach und Fach bringen zu können, so daß damit der unangenehme Eindruck vermieden werden würde, den es nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande machen müßte, wenn die Annahme der Wehrvorlage erst im Herbst durchgeführt werden könnte. In die gleichzeitige Verabschiedung der Deckungsvorlage ist bei der Kürze der Zeit natürlich nicht zu denken. Der Gesetzentwurf über die Abschaffung der Brantweinliebesgabe stellt eine in finanzieller Hinsicht wie in rechtlicher Hinsicht so außerordentlich verwickelte und schwierige Materie dar, daß es langwieriger Ausschüßberatungen bedürfen wird, ehe die Vorlage zur zweiten Lesung im Plenum gebracht werden kann.“

In der Tat eine ganz artige Spitzbüberei: Sind erst die Wehrvorlagen unter Dach, dann hat man mit der Deckung freie Hand. Die Viebesgabe kann den Junkern ruhig erhalten werden und wenn etwa andere schwarzblaue Steuerpläne scheitern sollten — was schade ist, die Militärvorlagen sind ja angenommen! Die Fortsetzung der Pumpwirtschaft steht ohnedies in sicherer Aussicht, da kann sie auch gleich begimmen. So sagen die braven junkerlichen und freikonservativen Vaterlandsfreunde. Und das Zentrum wird ihnen freudig zustimmen, es kommt dabei über mancherlei Verlegenheiten hinweg. Es ist sogar wahrscheinlich, daß die Regierung mit diesem Pläne im stillen Einverständnis ist, deshalb hat sie vorzichtigerweise unterlassen, die Vorlagen durch ein Mantelgesetz zu verbinden. — Nun, die Sozialdemokratie wird alles daran setzen, das Gaunerplänchen zu nichte zu machen.

#### Bureaucratische Kolonialwirtschaft.

Unser „Nach an der Sonne“ im fernen Südwestafrika dürfte unter allen Kolonien der Welt so jämlich die „loibbarste“ Verwaltung haben. Nach dem Etat für das Rechnungsjahr 1912 ist die Summe der fortdauernden Ausgaben der Zivilverwaltung mit 10 300 541 M. und die Summe der einmaligen Ausgaben der Zivilverwaltung mit 7 523 600 M. eingestellt. Für das Rechnungsjahr 1911 waren 9 519 526 M. fortdauernde und 7 203 000 M. einmalige Ausgaben bewilligt. Einer Gesamtausgabensumme von 17 824 141 M. für 1912 standen 1911 16 722 526 M. gegenüber.

Zu diesen Vorschlägen bemerkt die erst jetzt hier eingetroffene „Lüderichbühner Zeitung“ vom 16. März:

„Wer mit offenen Augen der Entwicklung der Dinge im Schutzgebiet folgt, wird sich darüber nicht wundern, sondern höchstens erlaunt sein, daß die Mehrkosten nicht weit höher geworden sind. Denn das ist eben der Fluch unserer bureaukratischen Verwaltungsmethode, daß sie fortwährend neue Kenter muß gebären. Die weiße Bevölkerung unseres Schutzgebietes belief sich nach der Zählung vom 1. Januar 1911 (für 1912 fehlt noch das Gesamtergebnis) insgesamt auf 13 682 Personen. Davon waren 2468 weibliche Erwachsene und 2579 Kinder; es bleiben also 8615 männliche erwachsene Personen. Bringen wir hieron die Schutztruppe, die Landespolizei und das übrige Beamtenheer in Abzug, und rechnen wir für das Jahr 1911 einen Zugang von einigen Hunderten, so beträgt die Zahl der Bürger und Ansiedler knapp 6000. Die Ausgaben für die Zivilverwaltung unserer Kolonie (17 824 141 M.) betragen also fast 3000 M. pro Kopf der männlichen, erwachsenen, steuerbaren Ansiedler! Diese Ziffern sprechen eine so deutliche Sprache, daß sich eigentlich ein Kommentar erübrigt. Jeder Verständige wird einsehen, daß ein Bankrott entgegenzuzurechnen muß, trotz aller hochgespannten Anforderungen an die Steuerkraft und die Steuerwilligkeit der Bevölkerung, und nur mit der Einschränkung, daß bei uns der Bankrott nicht akut wird, sondern sich zu einem Vegetieren aus dem zurzeit ja erträglich vollen Säckel des Deutschen Reiches gestaltet.“

Die Bemerkung der „Lüderichbühner Zeitung“ zeugt davon, daß sie die Schönheit des preussisch-deutschen Verwaltungswesens noch nicht genügend erfährt hat. Wohin soll denn der Staat mit seinen „richtstreuen“ überflüssigen Beamten, wenn er sie nicht mal in Afrika unterbringen darf?

#### Russische Grenzpolizeistückchen.

Aus Insterburg wird berichtet: Als gestern abend in Eydtkuhnen der preussische Grenzkommissar Hauptmann Dreher die Fürstin Dohna über die Grenze geleitete, wurde er bei der Rückkehr nach Eydtkuhnen auf dem Grenzbahnhof Wirballen von der russischen Grenzpolizei verhaftet. Er soll nach Wilna transportiert worden sein. Die Russen begründen die Verhaftung mit angeblicher Spionage.

Ein zweiter Fall: Ein in einem Grenzort bei Memel beschäftigter Arbeiter hatte am Sonntag Bekannte besucht, die jenseits der russischen Grenze wohnen. Auf dem Rückweg verfolgten ihn zwei Grenzpolisten bis auf preussisches Gebiet, wo ihm einer einen Schuß in den Kopf beibrachte.

Im ersteren Falle wird sich die Regierung natürlich bemühen, ihren Grenzkommissar wieder frei zu bekommen; im letzteren Falle wird man Erhebungen anstellen, bei denen nichts herauskommt. Ernstliche Maßnahmen gegen die russischen Unverschämtheiten wird die Bethmannsche Regierung kaum ergreifen, denn sie erblickt in dem russischen Regiment ihr Ideal und Vorbild.

#### Weineidurteil gegen einen Streifbrecher.

In Finsterwalde kam es im vorigen Jahre zu einem größeren Streik in einer Webklostererei. Infolge dieses Streiks wurde eine Anzahl ausständiger Arbeiter zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie einen Streifbrecher namens Krüger belästigt und bedroht haben sollten. Die Arbeiter beruhigten sich bei dem Urteil nicht und legten Berufung ein. Die Strafammer in Kottbus hatte sich mit der Sache zu beschäftigen und sprach die Verurteilten frei, weil sich herausgestellt hatte, daß der Belastungszeuge, der genannnte Arbeiterwille Krüger, falsche Angaben vor dem Schöffengericht in Finsterwalde gemacht hatte. Es wurde ihm nachgewiesen, daß seine eiblich gemachten Aussagen, die Streifenden hätten ihn bedroht, vollkommen aus den Fingern gejoßen waren. Ferner, daß er falsche Angaben unter seinem Eide vor der Strafammer gemacht hatte. Das Schwurgericht in Kottbus verurteilte nun den genannten Krüger wegen falscher Angaben und wegen Meineides in zwei Fällen zu anderthalb Jahren Zuchthaus.

#### Schweiz.

##### Neue Wählerfolge.

Daß es sich bei den letzten Stimmzunahmen im Kanton Zürich nicht um Schein- oder Zufallserfolge handelte, geht aus zwei weiteren Nationalratswahlen hervor. Im Verner Jura, wo sonst die Freisinnigen immer glatt gesiegt hatten, erhielt ihr Kandidat, der noch gar als „Neutraler“ überall Stimmen zu fangen versucht hatte, nur 4226 Stimmen, während der Sozialdemokrat Nyser 8423, d. h. die doppelte Zahl der Stimmen von der Wahl im Herbst, aufbrachte. Da auch ein katholischer Kandidat 1140 Stimmen aufbrachte, müssen die Freisinnigen ihren Sitz in Stichwahl verteidigen. Ebenso ging es in Neuenburg. Dort war Genosse Raine mit 6704 Stimmen, der höchsten Stimmzahl, gewählt worden, was die Gegner auch als „Zufallsieg“ hinstellten. Bei der jetzigen Nachwahl im selben Kanton brachte es nun Genosse Grabergar auf 6894 Stimmen, während der Freisinnige mit 6265 und der Liberale (Konserverative) mit 4151 folgten. Auch hier Stichwahl.

Wenn diese Bewegung anhält, moran geht, nach der Neuorganisation der Partei und bei der trefflichen Arbeit der Nationalratsfraktion, nicht zu zweifeln ist, dann darf man von der nächsten Gesamterneuerung selbst ohne Proporz eine erhebliche Verstärkung der jetzt 16 Mann starken Fraktion erwarten.

#### Spanien.

##### Die Marokkopolitik.

In der Zeitung „L'Imparcial“ veröffentlicht der frühere Minister Cassel eine Reihe Artikel gegen die marokkanische Eroberungspolitik der Regierung, die das Land zum Untergang führe. Unter Berufung auf den General Prim, der schon 1890 die Aufgabe des damals eroberten Gebiets von Tetuan gefordert hatte, verlangt er den Verkauf der spanischen Einfluszone in Marokko mit Ausnahme der Küstenstreifen, die unbedingt nötig seien, um (in Westmarokko) die Verteidigung der kanarischen Inseln und (im Norden) die der andalusischen Küste Spaniens zu sichern. Die Zeitungen beschäftigen sich eingehend mit diesen Artikeln. Die konservativen und ministeriellen sind natürlich empört, während die republikanische Presse die Veröffentlichungen Cassels begrüßt.

Nebrgens berichtet die Zeitung „Panam“, die französische Regierung habe die letzten Vorschläge Spaniens als völlig unannehmbar bezeichnet und erklärt, daß ohne gegenseitige Zugeständnisse überhaupt keine aussichtsreiche Verhandlung möglich sei.

#### England.

##### Annahme der Domesday-Bill.

London, 16. April. Unterhaus. Nach erregter Debatte wurde die erste Lesung der Domesday-Bill unter großen Beifallskundgebungen der Nationalisten und der Liberalen mit 360 gegen 266 Stimmen angenommen. Die Kundgebungen erneuerten sich, als Premierminister Asquith die Bill formell einbrachte.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Achtung, Bauanschläger!** Unsere Vertrauensmänner bitten wir, das heutige Inserat zu beachten.  
Deutscher Metallarbeiterverband, Orisbergsstr. 10, Berlin.

## Die Tarifvereinbarungen in der Bierdruckapparatbranche

Sind bisher schon von den meisten und namhaftesten Firmen dieser Branche durch Unterzeichnung anerkannt worden. Die Dietrich vom Deutschen Metallarbeiterverbande in einer Versammlung der Alempner für Bierdruckapparate, die am Montagabend in Hermanns Festsaal stattfand, mitteilen konnte, ist es nirgends zu wesentlichen Differenzen über die neuen Vereinbarungen gekommen. In der Diskussion wurde auch nur über ein zu geringes Entgegenkommen der Unternehmer in der Frage der Aufbesserung der Abfordrungen geklagt. Es wurde lebhaft bedauert, daß man der lagen Bestimmung, welche über diesen Punkt in den Vereinbarungen Aufnahme gefunden hat, zugestimmt habe. Die Lohnbewegung kann nunmehr als abgeschlossen gelten. An die kleineren Betriebe, die noch keine Unterzeichnung geleistet haben, sollen die gedruckten Vereinbarungen nebst Begleitbriefen verhandelt werden, um auch noch diese Firmen zur schriftlichen Anerkennung zu bewegen.

## Das „Material“ des „Reichsbote“.

Der „Reichsbote“ bringt seinen Lesern in der Nummer vom 18. April bezüglich etwas vom Streik der Arbeiter im „Kollhaus“ zu Godes. Er meint dabei, es scheint dem Schriftl. der Streiks so gut unterrichteten „Vorwärts“ dies mal an Material zu mangeln. Er drückt dann ein Flugblatt der Streikenden ab, das dem „Vorwärts“ vom 12. April entnommen ist. Dann meint der geschätzte „Reichsbote“: „Ob der „Vorwärts“ jetzt sein Schweigen aufgeben wird.“ Nun hat der „Vorwärts“ sich lange schon in breiter Weise über jene Angelegenheit geäußert. Ob der „Reichsbote“ nach dieser Blamage schweigen lernen wird?

Die Kostümschneider und Schneiderinnen hatten sich am Dienstag im großen Saal der „Arminhallen“ versammelt und hörten zunächst einen Vortrag des Stadtkorrespondenten Dr. Alfred Bernsteins über Hygienische Aussprüche, der lebhaften Beifall fand. Dann beschloß man sich mit Vorkäufen in der Kollstraße, und in dieser Hinsicht bildete die Versammlung eine Fortsetzung der am 12. März abgehaltenen. Der Referent Knoop hatte vorerst etwas zu berichten, das er damals auf Grund unzureichender Mitteilungen gesagt hatte. Es handelte sich darum, daß Herr Herz, dessen Geschäft in die Firma Ray Stein übergegangen ist, die erwähnte Gratifikation von 10 Proz. des Nettogewinns tatsächlich an sein Personal verteilt hat, und wenn die Schneider und Schneiderinnen der Firma es für nötig gefunden hätten, zu erheben. Als dann die Sache in die Zeitung kam, und Herr Herz sich darüber aufregte, hielten sie allerdings gleich eine Vertagung ab, wozu Knoop durch zwei anonyme Postkarten und schließlich auch noch telephonisch eingeladen wurde, aber nicht erscheinen konnte, da er eine wichtige Sitzung wahrzunehmen hatte. Es ist also der Umstand, daß das Personal der Firma sich zu wenig um die Organisation und die Bestimmungen kümmert, schuld daran, daß etwas gesagt wurde, was der Wahrheit nicht entspricht. Der Referent berichtete ferner über die Verhältnisse bei einigen anderen Firmen, und seine Ausführungen wurden in der Diskussion ergänzt. Es zeigte sich hier wiederum, daß in solchen Fällen, wo die Arbeiter und Arbeiterinnen es an dem nötigen Interesse für die Organisation fehlen lassen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse schlecht sind, so daß in einzelnen Fällen der Tarif noch nicht einmal zur Geltung gebracht ist. Im allgemeinen, und von jenen Ausnahmen abgesehen, ist die Arbeiterschaft der Kostümbbranche jedoch so gut organisiert und auf die Wahrung ihrer Interessen bedacht, daß der Tarif in mehreren Geschäften schon überholt ist und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Geltung gebracht sind. — Schließlich machte Knoop noch auf die Arbeiter aufmerksam, die überall, wo es ohne wirklich ernste Konflikte möglich ist, durch Arbeitsruhe begangen werden soll, während diejenigen, die an dem Tage arbeiten, laut Beschluß der Partei und Gewerkschaften einen Beitrag zum Reifonds zu zahlen haben, von 1 M. für die Arbeiter und 50 Pf. für die Arbeiterinnen.

**Achtung, Freiseurgehilfen!** Wegen Tarifbruch für Verbandsmitglieder gesperrt Kuhnau, Fähringerstr. 24, Witte, Grotpische 6, Bewilligt haben Schüde, Legeler Straße 3, Vohsel, Stalitzer Straße 73. Die neue Kontrollkarte ist von hellgrüner Farbe.

Verband der Freiseurgehilfen.

## Lohnbewegung der Freiseurgehilfen.

Der Entwurf eines neuen Tarifvertrages beschäftigt eine am Montagabend im „Kollhaus“ abgehaltene Versammlung der tarifstreuen Prinzipale, welche von der Lohnkommission der Gehilfen einberufen war. Der Referent Schöler führte aus, daß der nun seit 6 Jahren geltende Tarifvertrag in jeder Weise veraltet sei. Damals habe die Gehilfenorganisation mit der Forderung der vollständigen Beseitigung des Kost- und Logiszwanges noch nicht herbeigetreten wollen, sondern neben dem Mindestlohn von 20 M. wöchentlich den Lohnsatz von 15 M. bei halber Kost gelten lassen. Seitdem aber der Logiszwang beseitigt ist, habe sich ergeben, daß die Prinzipale mehr und mehr auf das Lohnsystem der halben Kost verzichtet und sich an die Zahlung reinen Geldlohns gewöhnt haben. Nach nicht der vierte Teil der im vorigen Jahre vermittelten freien Stellen war mehr bei halber Kost, und auch in der Versammlung erhob sich für Beibehaltung der halben Kost nicht eine Stimme. Auch gegen die geforderte Erhöhung des Mindestlohnes von 20 auf 22 M. und von 8.50 M. auf 10 M. für Sonnabend- und Sonntagausfälle wurden keine besonderen Einwände erhoben. Im Gegenteil, verschiedene Prinzipale erkannten die in Hamburg bereits seit Jahren tariflich vereinbarten Lohnsätze als berechtigt an. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß die Prinzipale weniger darauf bedacht sein sollten, über die Gehilfenlöhne zu zornieren, als vielmehr darauf, die gegenseitige Schmutzkonkurrenz zu unterlassen und ihre vor 16 Jahren beschlossenen Mindestpreise durchzuführen. Wegen die Forderungen zur Verlängerung der Arbeitszeit, insbesondere durch den Kultur-Freizeitabend (Sonnabends 10 Uhr), wie auch gegen die Freigabe des Sittlichkeits- und Ruhetages, weniger gegen die Ausdehnung der Mittagspause von 1 auf 1½ Stunden, machte sich dagegen lebhafter Widerspruch bemerkbar.

Einem Meister sagte allerdings „die ganze Richtung“ nicht. Wie kämen die Gehilfen dazu, mit den nur über 400 zählenden Tarifmeistern einen Tarif voranzutreiben zu wollen, der dann für sämtliche Meister Groß-Berlins Geltung haben sollte? Dazu hätten sie gar kein Recht. Demgegenüber wies der Referent darauf hin, daß es nicht an der Organisation liege, wenn sich ihr Einfluß nicht auf alle arbeitgeber Groß-Berlins erstreckt. Darauf könne sie auch nicht warten, sondern sie mache dieser soweit geltend, als es ihr möglich sei. Wollte man den zur Verhandlung und Verständigung von der Organisation eingeschlagenen Weg nicht beschreiten, müsse es schließlich auch ohne gehen. Die große Mehrheit der Versammelten zeigte sich jedoch zu Verhandlungen bereit.

Nach Schluß wurde eine Kommission von neun Prinzipalen gewählt, um mit der Lohnkommission der Gehilfen zu verhandeln. Nach endgültiger Formulierung des Tarifvertrages soll derselbe den einzelnen Meistern zum Abschluß unterbreitet werden, da es an einer bestimmten Korporation der in Frage kommenden Prinzipale, Redakteur: Albert Woch, Berlin. Inseratenteil bezahlt.

zipale fehlt. Nach allem dürfte eine Einigung zwischen den tarifstreuen Prinzipalen und der Gehilfenorganisation zu erwarten sein.

Die Reichsflächenerhebung verbreitet das Gerücht, daß die Tarifbewegung seitens des Zentralverbandes der Fleischer abgebrochen sei, was jedoch unklar ist. Die Herren wollen mit dieser Nachricht nur die vielen Meister, die immer mehr wankelmütig werden, bei der Fahne halten. Der Fleischermeister Kleissmann, Hohereichstr. 40, glaubt den Verband dadurch zu schädigen, daß er denjenigen, die seinen Gesellen in Organisationsangelegenheiten besuchen, das Haus verweist und mit der Polizei droht. Der Fleischermeister Barisch, Kneisebeckstr. 41, erklärte dem Verbandsvertreter, er lasse sich weder vom Verband, noch von seiner Kundschaft beschreiben, wie lange er seine Gesellen beschäftigen. Wenn es nicht paßt, bräutet nicht zu kommen. Die Firma Kleissmann und Wurlitzonsum, Reußstr. 51, beschäftigt prinzipiell keine organisierten Gesellen. Sobald die Firma gewahrt wird, daß ein Gehilfe organisiert ist, wird derselbe sofort entlassen.

Die Fleischermeister A. Müller, Selchower Str. 28, B. Fischer, Selchower Str. 2, Wajowitz, Selchower Str. 35, R. Kucznik, Jägerstr. 59, F. Schmidt, Weichselstr. 49, B. Fischer, Zietenstr. 51, haben den Tarif ebenfalls anerkannt. Ferner hat der Fleischermeister B. Kutsche, Berlin, Pruchstraße 28, den Tarifvertrag unterzeichnet.

Zentralverband der Fleischer.

## Deutsches Reich.

### Der „Heinrich-Brief“ vor Gericht.

Die Frage, die in der Knappschußwahl im Jahre 1910 im Ruhrgebiet allgemeines Aufsehen erregte, war am Dienstag Gegenstand der Verhandlung in dem Prozeß, den der Arbeitersekretär Auf der Strahe in Bochum gegen den Redakteur des christlichen „Bergknappen“ Zmbusch angestrengt hatte. Die Verhandlung fand vor dem Schöffengericht in Essen statt. Wie noch erinnerlich sein dürfte, wurde bei der Knappschußwahl im Herbst 1910 dadurch zu einem ganz besonders leidenschaftlichen, daß der „Bergknappe“ kurz vor der Wahl einen Brief veröffentlichte, der mit Heinrich unterzeichnet und angeblich von einem Dortmunder Führer des alten Bergarbeiterverbandes und einem anderen Verbandsmitglied geschrieben und dem „Bergknappen“ auf den Redaktionsstisch geflogen sein sollte. In dem Brief war u. a. die Rede von einem gegen den christlichen Führer Effert geplanten Wahltritt. Der „Bergknappe“ begleitete den Brief mit einer Flut von gemeinsamen Angriffen gegen den Verband. Die von zwei Verbandsvorsitzenden Mitgliedern des alten Verbandes erbetene Festsetzung der Einsichtnahme in den Brief verweigerten die Christen. In einer Versammlung, die später stattfand, benannte Zmbusch, der Schreiber sei ihm mittlerweile persönlich mit Namen bekannt. Am Tage vor der Knappschußwahl verbreitete Zmbusch ein Flugblatt mit der Ueberschrift: „Der Schreiber gefunden.“ In diesem Flugblatt wurde Auf der Strahe auf das bestimmteste als der Verfasser des Briefes bezeichnet.

Der Prozeß zog sich infolge umfangreicher Beweisführung so in die Länge, daß er erst jetzt zur Entscheidung kam. Die von den Sachverständigen Lod-Düffeldorf und Dr. Reicher-Charlottenburg eingeholten Gutachten waren so ungunstig für Zmbusch und Konforten ausgefallen, daß der Verteidiger des Zmbusch, Rechtsanwalt Schröder-Köln, es für ratsam hielt, gleich zu Beginn der Verhandlung zu erklären, daß man auf die Beweisführung, daß Auf der Strahe Verfasser des Briefes sei, verzichte. Man wolle nur noch den Beweis führen, daß Zmbusch im guten Glauben gehandelt habe. Die Gutachter sind darin einig, daß Auf der Strahe als Schreiber ganz ausscheidet, weil der Brief mit verstellter Handschrift geschrieben und daß manches auf den bekannten Franz Hütes, anderes auf Zmbusch selbst, die meisten Merkmale aber auf den Sekretär des christlichen Gewerkschafts, Hübelsang, schließen ließe. Hübelsang bestritt, den Brief geschrieben zu haben, wurde aber wegen Verdachts der Täterschaft nicht verurteilt. Hütes bestritt gleichfalls die Täterschaft, wurde jedoch nachträglich verurteilt.

Das Gericht erkannte wegen der schweren und leichtfertig aufgestellten Behauptung auf 500 M. Geldstrafe unter Verfügung des Schübes des § 193 des Strafgesetzbuchs, weil der Angeklagte weit über das erlaubte Maß der Äußerung hinausgegangen ist.

Die gleichzeitig anhängende Klage gegen den verantwortlichen Redakteur des Bochumer „Volkblatts“, die Zmbusch angestrengt hatte, weil das „Volkblatt“ geschrieben hätte, er habe betruht einen gefälschten Brief veröffentlicht, mußte verjagt werden, weil Zmbusch das Gericht wegen Befangenheit ablehnte.

### Die Niederlage der christlichen Gewerkschaften

Bei der Gewerbeprüfungswahl in Köln stellt sich noch schlimmer dar, als es ursprünglich schien. Nach dem jetzt erschienenen amtlichen Ergebnis der Wahl erhielten die freien Gewerkschaften 17 987, die christlichen Gewerkschaften 7606 und die Kirch-Dunderschen 815 Stimmen. Das bedeutet, daß gegen die Wahl von vor fünf Jahren die freien Gewerkschaften um 1788 Stimmen und die Kirch-Dunderschen um 333 Stimmen zugenommen haben, die christlichen aber um vier Stimmen zurückgegangen sind. Obgleich der Gewerbeprüfungsbegriff Köln sich durch die Eingemeindung der Außenorte Kalk und Vingst erheblich vermehrt hatte, gelang es den Zentrumsgewerkschaften nicht, ihre alte Stimmengzahl wiederzuerlangen. Das ist das Ergebnis ihrer fünfjährigen Arbeit in Köln, am Hauptsitz der christlichen Verbände, am Sitz ihres Generalsekretärs. Es ist aber auch das Urteil der Arbeiterschaft über das schmachvolle Verhalten des Zentrumsverbandes beim Bergarbeiterstreik in Ruhrgebiet, dessen Erörterung in der Zeit den Hauptstoff für die diesmalige Wahlagitierung lieferte.

Im Kölner „Volk-Anzeiger“, dem Sprachrohr der Zentrumschristen, wurde festgestellt, daß „im christlichen Arbeiterlager sich die allgemeine Arbeits- und Wahlmüdigkeit besonders stark bemerkbar“ gemacht habe; viele christliche Arbeiter, die bei den politischen Wahlen als Vertrauensmänner (!!) in der vordersten Reihe mitkämpften, seien „absolut nicht zur Mitarbeit bei der Gewerbeprüfungsbewegung zu haben gewesen“.

Also selbst viele Zentrumsanhänger haben sich bei dem Volksgericht über die Streikbrechergewerkschaften gegen diese ausgesprochen.

## Ausland.

### Schneiderausperrung in Schweden.

Die schwedischen Schneidermeister haben durch ihre Zentralorganisation eine ziemlich große Aussperrung veranstaltet, die nun am Montag auch auf Stockholm, Upsala, Geste und einige andere Städte ausgedehnt worden ist, wo irgendwelche Differenzen nicht vorliegen. Die Ursache der Aussperrung sind Lohnbewegungen der Kaptschneider in einigen Kleinstädten. In 8 Städten ist es bereits zu einer Einigung gekommen, und es sind neue Tarife abgeschlossen, die annehmbare Lohnerhöhungen bieten; im übrigen aber waren die Bemühungen des staatsangehörigen Schlichtungsmannes erfolglos.

Die städtischen Arbeiter von Göttingen haben dieser Tage beschlossen, in den Streik zu treten, da es ihnen unmöglich schien, auf friedlichem Wege die notwendige Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Inzwischen hat die Stadterhaltung sich jedoch nach Eingreifen des Schlichtungsbeamten zu Verhandlungen bereit finden lassen, so daß es vielleicht noch zu einer friedlichen Einigung kommen wird.

24. Blatt, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW, Tiergarten 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

# Soziales.

## Berweigerung Arbeitsleistung wegen unpünktlicher Lohnzahlung.

Die Bühnenarbeiter der „Aurfürken-Oper“ hatten mit der Direktion im Januar d. J. die Vereinbarung getroffen, daß ihnen der Lohn, der jeweilig am 1. und 16. des Monats fällig war, nicht erst des Abends, sondern mittags zwischen 12 und 2 Uhr ausbezahlt werde. Diese Forderung hatten sie aus verschiedenen wirtschaftlichen Gründen erhoben. Die Vereinbarung wurde aber niemals innegehalten, was den Mißmut der Bühnenarbeiter herbeiführte. Als sie nun am 1. April wiederum am Mittag ihren Lohn nicht empfangen, verweigerten sie am Abend die Arbeit so lange, bis sie ihr Geld um 8 Uhr erhielten. Die Folgen dieser Arbeitsverweigerung waren für die Oper keine schlimmen, da das zur Aufführung gelangende Stück keine wesentlichen Veränderungen der Bühne erforderte. Als sich aber die Bühnenarbeiter am anderen Sonntag wieder zur Arbeit einfinden, wurde ihnen ihre Entlassung mitgeteilt.

Die Kammer 6 des Oberlandesgerichts unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Seck hatte sich am Dienstag mit der Klage der Bühnenarbeiter B. und Genossen gegen die Direktion der „Aurfürken-Oper“ zu beschäftigen, die auf Zahlung von je 14 Tage Lohn lautete. Der Direktor Norris bestritt, den Bühnenarbeitern im Januar eine für alle Fälle bindende Zusage, den Lohn stets mittags zu zahlen, gemacht zu haben. Dieser Aussage standen aber die bestimmten Gegenansprüche der beiden Vertrauensleute, welche die Verhandlungen seinerzeit gepflogen hatten, gegenüber. Da das Gericht keinen Zweifel ließ, daß es bei einwandfreier Feststellung dieses Zeitpunktes zu einer Verurteilung der Direktion kommen würde, zog es Direktor Norris vor, auf einen Vergleich einzugehen. Dieser kam mit Zustimmung der Kläger auf der Basis zustande, daß jedem Kläger der Lohn für eine Woche bezahlet wurde.

## Ein „Handwerkereuer“ Fleischergehilfe gegen den Zentralverband.

Bei der Weihnachtsfeier der Leipziger Fleischerinnung, an der auch verschiedene handwerkstreuere Gesellen, unter anderem der Vorsitzende des Gesellenvereins „Strebe vorwärts“ und Gesellenausbildungsgeselle Wende teilnahmen, hielt der letztere nach einer Begrüßungsansprache des Obermeisters Vogel ebenfalls eine Rede an die Festversammlung. In seinen Ausführungen kam Wende auf die Verhältnisse des sozialdemokratischen Zentralverbandes der Fleischergehilfen zu sprechen und führte aus, daß er, als ehemaliges Mitglied des Zentralverbandes, über die dortigen traurigen Zustände ein Lied singen könne. Man löse die Gesellen aus gutbezahlten Stellungen und lasse sie schließlich fallen. Der Zentralverband kümmere sich dann nicht weiter um sie. Man sei es dann gleich, ob die Betroffenen verhungern würden oder nicht. — Diese Behauptungen Wendes machten in der Versammlung berechtigtes Aufsehen. Sie blieben aber vom Zentralverband nicht unwiderprochen, und in der vom sozialdemokratischen Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands herausgegebenen Zeitschrift „Der Fleischer“ erhob der verantwortliche Redakteur Henschel schwere Vorwürfe gegen den Festredner. In dem inkriminierten Artikel wurde gesagt: „Wer und was ist das Gesellenausbildungsgeselle und Vorsitzender des Gesellenvereins „Strebe vorwärts“, Richard Wende? Warum ist derselbe nicht mehr organisiert? Der Artikel bezeichnete Wende sodann als „Purche“. Wende strengte gegen den verantwortlichen Schriftleiter der genannten Zeitschrift die Privatbeleidigungsklage an, der die letztere mit einer Widerklage wegen der bei der Christfeier gehaltenen Beleidigungen von Seiten Wendes beantwortete. Am Montag stand vor dem Leipziger Schöffengericht Verhandlungstermin an. Nach kurzer Verhandlung schloßen die beiden Parteien folgenden Vergleich: Der Privatkläger Wende erklärt für den Fall, daß er bei der von der Leipziger Fleischerinnung veranstalteten Weihnachtsfeier im Jahre 1911 tatsächlich die Angeklagten des Zentralverbandes der Fleischer als arbeitstreuere Agitatoren hingestellt haben sollte, nehme er diese Behauptung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Der Angeklagte, Schriftleiter Henschel, erklärt, er habe mit dem Artikel in der Zeitschrift „Der Fleischer“ lediglich die verletzten Interessen des Zentralverbandes der Fleischer wahrnehmen wollen. Es habe ihm ferngelegen, den Privatkläger Wende beleidigen zu wollen. Die Gerichtskosten trägt jede Partei zur Hälfte.

## Letzte Nachrichten.

### Neue Schwierigkeiten der Franzosen in Marokko.

Paris, 17. April. (B. L. Z.) Nach Meldungen aus Udschda hat die unter den Stämmen am linken Ralufluß erscheinende Gärung bei dem Gesichts von Raharidja rasch zugenommen und unter den Stämmen des mittleren Atlasgebirges und des Tales von Taza bis nach Fes eine kriegerische Bewegung hervorgerufen. Der französische Kundschafterdienst habe die Nachricht erhalten, daß in einer Versammlung von Stammeshäuptlingen die Bildung einer Harza erörtert worden sei, welche die Franzosen am Atlantik angriffen solle. Die Generale Alix und Trumelot haben sich nach Tauriz begeben, um entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen.

### Kämpfe in Tibet.

Simsa, 17. April. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Wie zuverlässig hierher berichtet wird, hat in Lhasa ein Kampf stattgefunden, in dem die Chinesen geschlagen wurden und sich in ein Kloster flüchteten. Nach unbestätigten Nachrichten aus tibetanischer Quelle, die über das Lager des Dalai Lama in Kalimpong hierher gelangt sind, begannen die Unruhen auf einer Konferenz, die von dem neuen chinesischen Gouverneur einberufen worden war und auf der ein tibetanischer Beamter so freimütig war, daß der chinesische Beamte beschloß, ihn hinzurichten. Der tibetaner floh in das Kloster Sera, drei Meilen von Lhasa. Die chinesischen Truppen verfolgten ihn und beschloßen das Kloster drei Tage lang. Darauf wurden sie gezwungen, sich unter Verlusten nach Lhasa zurückzuziehen. Als sie hierbei auf unbeteiligte Tibetaner schossen, erfolgte ein allgemeiner Aufstand der Tibetaner und Straßenkämpfe. Viele Chinesen wurden getötet oder in ihren Häusern lebendig verbrannt. Die überlebenden Chinesen, einschließlich des Amban und seines Stabes, flohen in das Haus des Bruders des Dalai Lama, wo sie über einen neuen Vertrag verhandeln.

### Bestialität.

Worms, 17. April. (P. C.) Ein abscheuliches Verbrechen wurde hier gegen ein 15jähriges Dienstmädchen aus Gotha verübt. Dieses verurteilte sich, von der „Großen Straße“ in den Rhein zu stürzen, als drei hiesige verheiratete Tagelöhner hinzulamen und es an dem geplanten Selbstmord hinderten. Sie gaben sich dem Mädchen gegenüber als Bräutigam aus, nahmen es mit in die Stadt und vergewaltigten die Unglückliche auf einer abseits gelegenen Stelle. Sie ließen das Mädchen ohnmächtig liegen und suchten das Weite. Passanten fanden die Bewußtlose auf und brachten sie in das Hospital. Die drei Täter wurden im Laufe des Nachmittags verhaftet.

### Vergarbeitslos.

Cardiff, 17. April. (B. L. Z.) Bei einer Explosion in der Kohlengrube Giffach Goch wurden drei Personen getötet und vier verletzt. Ein Arbeiter wird vermisst.

### Zum Untergang der „Titanic“.

Das erschütternde Unglück, von dem der Riesendampfer „Titanic“ betroffen wurde, scheint in seinen Folgen noch schwerer zu sein, als die bisher bekannt gewordenen Nachrichten erwarten ließen. Während von der Direktion der White Star Linie erklärt wird, daß der gesunkene Dampfer inklusive der Besatzung etwa 2200 Personen an Bord hatte, kommen heute abend Nachrichten, wonach allein etwa 2000 Personen ums Leben gekommen sind.

Ein Kabeltelegramm aus New York meldet uns, daß die Zeitungen „Evening World“ und „Evening Sun“ in einer Extraausgabe folgende von der Marconistation Campetdown (Neuschottland) bei der New Yorker Marconistation eingegangene Depesche veröffentlichten:

„Wir sehen jetzt in Verbindung mit der „Carpathia“ via Dampfer „Titanic“. Können amtlich erklären, daß die „Titanic“ mit einem ungeheuren Eisberg zusammenstieß, daß über 2000 Personen umgekommen und 700 Ueberlebende, meistens Frauen, an Bord der „Carpathia“ sind.“

Die schwache Hoffnung, daß außer den auf der „Carpathia“ eingeschifften Ueberlebenden des gesunkenen Dampfers sich noch Gerettete auf anderen Dampfern befinden, hat sich leider nicht erfüllt. Alle Meldungen stimmen darin überein, daß außer von der „Carpathia“ von keinem anderen Schiffe Passagiere der „Titanic“ aufgenommen wurden. Es ist auch nicht zu erwarten, daß etwa im Meere treibende Schiffbrüchige lebend aufgefischt werden können, da die eiskalte Temperatur des Wassers den baldigen Tod der Schiffbrüchigen herbeiführen mußte.

Wie aus drahtlosen Telegrammen der zur Hilfe herbeigeeilten Dampfer zu entnehmen ist, traf die „Carpathia“ an der Unglücksstelle zuerst ein. Von ihr wurden die Rettungsboote mit den Ueberlebenden aufgenommen, die weitestgehend auf den Eisfeldern zerstreut waren. Um so schnell wie möglich die genaue Riste der geretteten Passagiere zu erhalten, ist auf Befehl des Präsidenten Laft der amerikanische Spähkreuzer „Salem“ der „Carpathia“ entgegengefahren worden. Der Kreuzer ist mit den modernsten funktentelegraphischen Einrichtungen montiert und soll die Namen der Ueberlebenden drahtlos übermitteln.

In verschiedenen Blättern finden sich, trotzdem erst jetzt die nordrätigsten authentischen Nachrichten über die Katastrophe eintreffen, die phantasiereichsten Schilderungen über die letzten Stunden und den Untergang des Dampfers. Diesen Berichten ist um so weniger Glauben zu schenken, als nach einem Telegramm aus New York am Dienstagabend und Mittwoch früh ein heftiger Sturm verbunden mit elektrischen Entladungen geherrscht hat, der die Uebermittlung drahtloser Telegramme unterbrach. Wie das Telegramm weiter meldet, sei deshalb keine Nachricht von der „Carpathia“ angekommen, obwohl, wie man annimmt, der der „Carpathia“ entgegengegangene Kreuzer schon am Mittwochmorgen nahe genug gewesen wäre, um amtliche Nachrichten auf drahtlosem Wege zu übermitteln. Wahrscheinlich wird erst nach Eintreffen der „Carpathia“ in New York, wo das Schiff am Donnerstagmorgen erwartet wird, eine wahrheitsgetreue Darstellung des furchtbaren Unglücks zu erwarten sein.

### Die Schuldigen der Katastrophe.

Immer mehr gewinnt die Auffassung Nahrung, als ob ein großer Teil der Schuld in dem verbrecherischen Refordfahren der verschiedenen Amerikanerinnen zu suchen ist. Das Bestreben, mit dem neuerbauten Schiffe die schnellste Ueberfahrt zu machen, scheint den Kapitän verleitet zu haben, die durch Eisberge und Treibeis gefährdete Schiffsroute in voller Fahrt zu durchkreuzen. Und das, obgleich die Schiffsleitung

### von dem Vorhandensein des Treibeises Kenntnis

hatte. Der Kapitän des gestern aus New York in Havre eingetroffenen Dampfers „La Touraine“ berichtet, daß er seinen Kollegen von der „Titanic“ vor dem Treibeis gewarnt hat, dem er selbst am letzten Mittwoch gegen Mitternacht in 44 Grad 58 Min. nördlicher Breite und 54 Grad 40 Min. westlicher Länge begegnet ist. Das Schiff blieb bei der ersten Begegnung fast zwei Stunden lang mitten im Eisfeld. Am folgenden Tage geriet die „Touraine“ wieder in Treibeis, aus dem sie erst nach dreiviertelstündiger Fahrt herauskam. Beide Male sandte der Dampfer mittels drahtloser Telegramme Warnungen aus, die die „Titanic“ erreichten und als Antwort des Kapitäns den Dank der „Titanic“ einbrachten.

Die Hauptschuld an dem Maffonunglück trägt aber offenbar die durchaus ungenügende Anzahl von Rettungsbooten, wie das auf allen großen Ueberseesdampfern gang und gäbe ist. Das Riesenschiff, das insgesamt über 4000 Personen Unterkunft gewähren konnte, verfügte nur über

### 16 Rettungsboote,

die im höchsten Falle etwa 800 bis 900 Personen aufnehmen konnten. Da alle in diesen Booten Untergebrachten trotz des mehrstündigen Umhertreibens auf dem Meere gerettet wurden, ist, besonders bei den modernen Verständigungsmitteln, die Annahme begründet, daß eine genügende Anzahl von Booten den größten Teil der jetzt verlorenen Menschenleben hätte retten können.

In der amerikanischen Presse macht sich eine steigende Erregung über diese Tatsache bemerkbar. Die Zeitungen greifen die englischen Schiffahrtsgesellschaften wegen der unzulänglichen Rettungsanordnungen äußerst heftig an. So schreibt die „Evening Post“: „1400 Menschen wurden ein Opfer des Meeres, weil die White-Star-Linie es verlor, genügende Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Die Schiffahrtsgesellschaften, die große Summen verdienen und sich Unsummen bezahlen lassen, lächeln es nicht der Mühe für wert zu halten, ihre Schiffe auch mit genügendem Rettungsmaterial auszurüsten. Der einzige Grund für die Größe der Katastrophe der „Titanic“ war auch hier wieder der Fehler, Geld zu sparen.“

Wie ein anderes Telegramm meldet, will die amerikanische Regierung eine strenge Untersuchung einleiten, um festzustellen, ob ein Fehler des Kapi-

täns oder der Schiffahrtsgesellschaft vorliegt. Dasselbe Telegramm behauptet, daß die White-Star-Linie für die Ueberbietung des bisherigen Ueberfahrtrekords eine Prämie ausgeschüttet hatte.

### Die Trauer der Hinterbliebenen.

In und vor den New Yorker Bureaus der White Star Linie spielen sich fortwährend die aufregendsten Szenen ab. Die aus allen Teilen des Landes herbeigeeilten Angehörigen der Passagiere warten angstfüllt auf das Eintreffen von Nachrichten. Fast alle New Yorker Zeitungen verbreiten Extraausgaben, die die letzten Meldungen über die Katastrophe enthalten. Die amerikanische Milliardärsin Guggenheim, deren Gatte wahrscheinlich zu den Opfern der „Titanic“-Katastrophe gehört, erschien im Bureau der White Star Linie und bot mehrere Millionen Dollar für die Entsendung eines Spezialschiffes, mit dem sie sich auf die Suche nach ihrem Gatten begeben könne. Die Frau, die sich in einem verzweifelten Zustand befand, konnte nur mit großer Mühe beruhigt werden.

### Die Post auf der „Titanic“.

Wie aus London berichtet wird, haben sich an Bord der „Titanic“ allein 3418 Postfäcke befunden, unter denen sich auch eine dreitägige Post aus Deutschland befand. Alle in der Zeit vom 8. April 1 Uhr mittags bis zum 9. April 8 Uhr 15 Minuten nachmittags in Berlin aufgegebenen Postsendungen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika und darüber hinaus, sind, sofern sie nicht nach den billigeren Sägen der auf direktem Wege zu befördernden Briefe frankiert waren, oder eine andere Beförderungsweise vorgeschrieben war, dem englischen Unglücksdampfer zugeführt worden. Die Post war diesmal besonders reich, weil der sonst Dienstags von Bremerhaven abgehende Dampfer des Norddeutschen Lloyd am 9. April ausgefallen ist. Anderenfalls wäre diesem bis zum 8. April 1 Uhr mittags die Berliner Post zugegangen und die deutschen Verluste wären wesentlich geringer gewesen.

### Statistisches von der „Titanic“.

Es ist ein bitteres Schicksal, das mit der Katastrophe der „Titanic“ auch die englische Schiffahrt betroffen hat; ganz England jubelte, als vor sechs Tagen das neu erbaute, größte Schiff der Welt seine erste Fahrt über das Weltmeer antrat und von der neuen „Königin der Meere“ durfte man auf britischer Seite mit Recht einen mächtigen Streiter in dem heißen Weltkampf mit der deutschen Schiffahrt erblicken. Bei voller Besetzung sollte der Riesendampfer 3150 Menschen über das Meer führen, 750 Salonpassagiere, 500 Passagiere zweiter Klasse und 1100 Passagiere dritter Klasse und zugleich eine Besatzung von alles in allem 800 Menschen. Die Kosten einer Ueberfahrt auf der „Titanic“ schwanken zwischen 17 400 und 155 Pf. Der letzte Preis ist das Fahrgehalt für einen Fahrkart dritter Klasse, der erste für den Inhaber einer eigenen Kabinenstube, die aus zwei Schlafzimmern mit Garderobenraum, einem Wohnzimmer, zwei Salons, einem Bad, einem Dienstritzzimmer und einem eigenen Promenadenbecken besteht. Bei den ungeheuren Dimensionen und dem beispiellosen Luxus, mit dem die „Titanic“ ausgerüstet war, waren die Kosten für die Anfahrhaltung des Schiffes, für Kohlen und Proviant ganz außerordentlich hoch. Es fehlte nicht an Fachleuten, die die Ansicht vertraten, das riesige Schiff könne bei diesen gewaltigen Betriebskosten auf keinen Fall rentieren; man betrachtete die „Titanic“ als ein Stundbild für die Reichtumsphantasie der englischen Schiffbauindustrie und für die mit allen Kräften angeheuerte Ueberlegenheit des englischen Seeverkehrs über die deutschen Schnell dampfer. Auf der kurzen Fahrt von Southampton nach New York oder umgekehrt sollte die „Titanic“ an Proviant verbrauchen: 75 000 Pfund Fleisch, 35 000 frische Eier, 25 000 Pfund Geflügel, 40 Tonnen Kartoffeln, rund 7000 Liter Milch, 5 Tonnen Ruder, 1000 Tonnen Tee, 250 Maß Mehl, 10 000 Pfund Gemüse, 12 000 Flaschen Mineralwasser, 15 000 Flaschen Ale und Porter, 1000 Flaschen Wein. Allein das an Bord mitgeführte Geschütz bestand aus rund 25 000 Stück Boraxellen, 7000 Stück Glas, 26 000 Stück Silberwaren und 21 000 Schüsseln, Tassen und anderen Gefäßen. Um die Vornwärtsbewegung dieser schwimmenden Stadt aufrechtzuerhalten, arbeiten in den Maschinen- und Kesselräumen ständig 800 Männer, um die 20 großen Ressel und Cefen in Betrieb zu erhalten.

Mit berechtigtem Stolz durfte man in England hoffen, daß die „Titanic“ wenigstens ein Jahr lang als das größte Schiff der Welt das Meer beherrschen dürfte. Dann wäre es ihr Schicksal geworden, diesen Ruhm dem neuen, noch im Bau befindlichen Riesendampfer der Hamburg-Amerika-Linie abzugeben, dem „Imperator“, der voraussichtlich im April oder Mai des kommenden Jahres in Dienst gestellt wird. Der „Imperator“ geht in der Größe noch über die „Titanic“ hinaus und soll nach dem, was bisher von den Plänen bekannt geworden ist, rund 50 000 Tons Wasser verdrängen; die entsprechende Zahl der „Titanic“ war 46 328.

### Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung, Mittwoch, den 17. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Senke, v. Freitenbach.

### Der Eisenbahnetat.

Abg. Dirsh-Berlin (Soz.):

Man wird nicht bestreiten können, daß die Finanzlage unserer Eisenbahnverwaltung eine überaus glänzende ist. An Stelle der 25 Millionen, die 1911 dem Ausgleichsfonds überwiesen werden sollten, werden ihm 160 Millionen zuzuführen. Solche Ueberflüsse konnten wir kaum erwarten. Ein allzu großes Ausmaß ist das aber nicht, denn die Einnahmen werden von vornherein viel zu niedrig geschätzt. Das geschieht absichtlich, um zu verhindern, daß allzu große Ansprüche an das Meffer der Eisenbahnverwaltung oder an die allgemeinen Staatsfinanzen gestellt werden. Auf die außerordentlichen Verhältnisse, wie sie durch die Dürre des vorigen Sommers hervorgerufen wurden (Zustand der Wasserstraßen), ist das günstige Ergebnis nur zum Teil zurückzuführen, zum größeren Teil aber auf den wirtschaftlichen Aufschwung. Mit Rücksicht auf diesen aber hätte man auch die Einnahmen für 1912 viel höher einstellen können. Die niedrige Schätzung wird durchaus nicht gerechtfertigt durch die Erklärung des Ministers, daß die Zeiten nicht immer so günstig sein werden. Der Minister hat gesagt, daß er sich als Verkehrsminister fühle, aber doch auch als Staatsminister handeln müsse. Die Erfahrung lehrt, daß der Staatsminister immer viel mehr zu sagen hatte, als der Verkehrsminister! (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Das beste wäre die

### völlige Trennung der Eisenbahnverwaltung und der Finanzverwaltung.

Wir halten es für verfehlt, wenn die allgemeinen Staatsausgaben zum großen Teil aus Ueberflüssen der Staatsbetriebe gedeckt werden sollen. Gegen eine mögliche Inanspruchnahme der Ueberflüsse, so daß eine angemessene Verzinsung und Amortisation herauskommt, haben wir selbstverständlich nichts einzuwenden. Wenn man aber darüber hinausgeht, würden die Eisenbahnen ihrem eigentlichen Zweck, Verkehrsinstitute zu sein, mehr und mehr entfremdet. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Durch die

Trennung der Eisenbahnverwaltung würde denen die Waffe aus der Hand geschlagen, die sich so sehr dagegen sträuben, daß die Steuern für höhere Vermögen und Einkommen erhöht werden, und die sich dabei immer auf die hohen Eisenbahnüberschüsse berufen. Wir fordern, daß die Einnahmen in erster Linie zur Bedienung des Verkehrs verwendet werden. Da ist vor allem die

### menschennwürdige Behandlung der Reisenden

in der vierten Klasse zu beurteilen, an der noch fast gar nichts gebessert ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Verwaltung weigert sich, die vierte Wagenklasse abzuschaffen, weil sie auf die Einnahmen aus ihr nicht verzichten könnte. Das könnte aber durch die Abschaffung der ersten Wagenklasse bereingebacht werden.

Tarifermäßigungen will der Minister nur mit sehr großer Vorsicht und nur bei dringendem Bedürfnis vornehmen. Ja, wer entscheidet über das Bedürfnis? Die Wünsche der Interessenten werden hierüber immer auseinandergehen. Aber das Parlament hätte allen Anlaß, nicht nur Reformen im Gütertarif, sondern auch im Personentarif zu fordern. Die Einführung von Schlafwagen für die Reisenden dritter Wagenklasse ist zweifellos notwendig. Vor allem mühten die Ueberflüsse auch zur Aufbesserung der Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter und Beamten verwendet werden. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Darüber wird bei einem späteren Etatstiel zu sprechen sein. Es sollte auf die Betriebsökonomie mehr Bedacht genommen werden. Der Abgeordnete Graf von der Groeben meinte allerdings, daß der Betrieb am meisten dadurch gefördert wird, daß das Eisenbahnpersonal politisch aufgeklärt wird. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er hat den bekannten Erlaß des Ministers, wodurch den Eisenbahnern verboten wird, sich an sozialdemokratischen Bestrebungen zu beteiligen, sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen, sozialdemokratische Zeitungen zu lesen oder dem Transportarbeiterverband beizutreten, gelobt.

Präsident Dr. Freiherr v. Grise mahnt den Redner, geht nicht auf die Personalverhältnisse einzugehen.

### Abg. Dirsh (Soz.):

Ich tue das nur in deutscher Nahe, wie gestern der Abg. von der Groeben! Wir können diesen Erlaß nicht billigen, sondern beurteilen ihn auf das schärfste. Eigentlich wäre der Erlaß schmeichelhaft für uns, denn er zeigt, daß der Minister unsere Ueberzeugungen für so gut hält, daß man sie nur lernen zu lernen braucht, um sie zu teilen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber uns kommt es darauf an, daß auch dem Eisenbahnpersonal die Rechte nicht vorenthalten werden dürfen, die allen Staatsbürgern durch Gesetz und Verfassung gewährleistet sind. Der Beamte verkauft auf dem Staat nur seine Arbeitskraft, aber nicht seine Gesinnung. Der Erlaß geht aber darauf hinaus, die Eisenbahner um ihr staatsbürgerliches Koalitionsrecht zu bringen. Er muß weiter

### das Denunziationssystem

entwickeln, denn irgendein Beamter, der sich oben beliebt machen will, braucht nur anzugeben, daß einer seiner Untergebenen eine sozialdemokratische Zeitung las oder eine solche Versammlung besucht hat. Wenn auch den Eisenbahnern verboten wird, sich öffentlich als Sozialdemokraten zu betätigen, so wird der Minister ihnen doch niemals verbieten können, daß sie in ihrem Interesse von der Richtigkeit der sozialdemokratischen Ideen überzeugt sind und da, wo sie nicht Gefahr laufen, aus Vflaster geworfen zu werden, auch von ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung Gebrauch machen. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Jedemfalls hat das alles mit der Betriebsökonomie gar nichts zu tun, diese ist im Gegenteil dann am besten gewährleistet, wenn die Eisenbahner nicht nur anständig entlohnt und behandelt werden, sondern wenn man ihnen auch diejenige Freiheit im vollen Maße läßt, die die anderen Staatsbürger genießen. Vielleicht meint Abg. von der Groeben auch, daß im Interesse der Betriebsökonomie Zeitungen bestimmter Richtung vom Bahnhofverkauf ausgeschlossen werden: die sozialdemokratischen Blätter, die „Welt am Montag“, der „Simplicissimus“, der ja auch aus dem Lesesaal dieses Hauses verbannt ist. (Heiterkeit.) Mit diesen heinlichen Schikanen macht sich die Verwaltung nur lächerlich. Irgendeinen Sinn hat der Erlaß nicht, denn man kauft die verbotenen Blätter einfach vor dem Bahnhof oder wo anders. Möge die Regierung doch konsequent sein und — alle Reisenden, die eine sozialdemokratische Zeitung haben, von der Beförderung ausschließen! (Heiterkeit links.) Komisch war die Klage des Abg. v. Bohna, daß Blätter rechtsstehender Parteien an den Bahnhöfen nicht genügend angeboten werden. Es besteht eben kein Bedürfnis danach. Man kann den Reisenden schließlich nicht ihre Lesetüre aufzwingen, sonst beliebt man ihnen vielleicht auch noch, sich an der Scherischen Bibliothek emporzulesen. Ich frage den Minister, wie er sich zu den Vorschlägen des Regierungsrates Wesemann über die Sicherung der Fahrstraßen eines Bahnhofs durch Wechselfächer und Signalfächer sowie zu dem System der Sicherung durch Wechselfächer der Firma Reich in Berlin stellt. Herr Reich behauptet in einer Eingabe an das Haus, daß die Regierung sich unbedingt ablehnen verhalte, ohne erst zu prüfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Einwände gegen die vom Ministerialdirektor Kirchhoff vorgeschlagene

### deutsche Eisenbahngemeinschaft

sind durchaus nicht stichhaltig. So z. B. wenn gefürchtet wird, daß die Disziplinarverhältnisse der etwa 750 000 Eisenbahner nicht gut geregelt werden könnten. Der wahre Grund ist die Furcht, daß bei einer Eisenbahngemeinschaft die Disziplinarverhältnisse eben nicht nach preussischem Muster geregelt werden würden. Die großen organisatorischen Schwierigkeiten verlernen wir nicht, aber durch den ersten Willen zur Eisenbahngemeinschaft könnten sie zweifellos überwunden werden. Herr Kirchhoff will ein Zwischending zwischen Reichs- und Staatsbahnen. Wichtig wäre es, ganze Arbeit zu machen und die Staatsbahnen allmählich in Reichsbahnen umzuwandeln. Es sind in der Tat nicht sachliche, sondern politische Erwägungen, die der Schaffung der Gemeinschaft im Wege stehen. Und wenn gar der Abg. v. Bohna die Selbständigkeit der anderen Bundesstaaten bedroht sieht, so frage ich, wo man denn sonst auf die Selbständigkeit der Bundesstaaten Rücksicht genommen hat! (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Der Eisenbahndirektor a. D. Groß in Darmstadt bezeichnet den preussisch-heftigen Vertrag als Hindernis der deutschen Eisenbahngemeinschaft und er führt in seiner Broschüre aus, daß die rein fiskalische Ausnutzung, die Anbahnung des Verkehrs durch Schiffahrtsgaben, Schlepplimonopol usw. die stärksten Gegner der deutschen Eisenbahngemeinschaft sind — also die preussische Verkehrspolitik. — Man führt die Selbständigkeit der Bundesstaaten als Einwand an, damit Preußen nichts von seiner Selbständigkeit aufgeben brauche. Die Frage der Eisenbahngemeinschaft wird aber nicht von der Tagesordnung verdrängt, und mit der Zeit werden wir doch zur deutschen Eisenbahngemeinschaft kommen. (Pravoi! bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Freitenbach spricht zunächst nochmals über die Wagenabstellung. Eine Reform der Fahrkartentaxe wäre nur so zu erfolgen, daß die erste Klasse, aus der infolge der Steuer eine starke Abwanderung stattgefunden habe, entlastet, die zweite und dritte Klasse aber stärker herangezogen werde. Zur Abschaffung der vierten Klasse sollte man bedenken, daß 50 Proz. der Reisenden 4. Klasse mit Weisepfand fahren. Die neuen Wogen werden den Ansprüchen der Reuezeit entsprechend

eingesetzt. Wenn auch nicht alle Reisenden 1. Klasse sitzen können, ist doch zu erwarten, daß ein Ausgleich der Reisenden beim Sitzen und Stehen stattfindet. Abg. Hirsch hat meinen Erlaß gegen die ordnungswidrigen Bestrebungen der Sozialdemokratie bekämpft. Wir werden aber dieser nach wie vor energisch entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall.) Keuereitende Arbeiter, werden erst nach Kenntnisnahme und Anerkennung dieser Bedingungen angestellt. Darin liegt keine Einschränkung staatsbürgerlicher Rechte. Jeder kann tun und denken was er will. (Zustimmung rechts, Lachen der Sozialdemokraten.) Aber wer bei uns eintrifft, hat eine Einschränkung seiner Rechte zu erwarten. (Sehr richtig! rechts.) — Zuruf der Sozialdemokraten: Das ist gegen die Verfassung. Wir führen hier einen richtigen und notwendigen Schutz durch und können nichts Besseres tun, als unsere Arbeiter über die, nur im Interesse der Allgemeinheit liegende Auffassung der Verfassung rechtzeitig zu unterrichten. Der Erlaß soll mit der Betriebsfreiheit nichts zu tun haben, aber er hat doch den notwendigen Effekt, daß sich unsere Angestellten aus Gründen des allgemeinen Staatswohles Einschränkungen gefallen lassen. (Beifall.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.) spricht sich persönlich für die Eisenbahngemeinschaft aus.  
Abg. Frhr. v. Redlich (H.) erklärt die deutsche Eisenbahngemeinschaft für ausfindlos, denn das höchste Band der deutschen Einheit sei das Vertrauen der einzelnen Bundesstaaten zum Reich, daß die Rechte der Bundesstaaten in keiner Weise verletzt werden können. Dann lobt er den koalitionsfeindlichen Erlaß des Ministers und wünscht Ermäßigung der Gütertarife.

Finanzminister Dr. Henke erklärt in längerer Rede, daß an dem Ausgleichsfonds nichts geändert werden sollte sowie daß die Finanzverwaltung mit einer Herabsetzung der Rohstofftarife nicht einverstanden sei. Durch ein Uebermaß von Anschaffungen an Wagen können wir nicht unser Kapital brach legen; außerdem verdirbt der Fuhrpark und die Gleise werden verstopft. Der Ueberführung unserer Bahnen in das Eigentum des Reiches kann Preußen nicht näher treten, denn es bezieht 40 Proz. seiner Ausgaben von den Eisenbahnen. Bei einer Betriebsgemeinschaft würden die kleinen Staaten immer einen Anlaß zur Unzufriedenheit finden und dann die Schuld Preußen zuschieben. Das Publikum kann sich über den jetzigen Zustand gar nicht beschweren.

Abg. Windler (L.) äußert sich im gleichen Sinne gegen die Eisenbahngemeinschaft, die dem preussischen Staat das politische Rückgrat brechen würde. Er greift den Präsidenten des Reichseisenbahnamtes scharf an, weil er im Reichstag die Eisenbahngemeinschaft theoretisch verteidigt habe. Erstzulicherweise hat jetzt der Finanzminister über Preußens Stellung Klarheit geschaffen. (Beifall rechts.)

Nach einer weiteren Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Waco (natl.) und dem Finanzminister über den Ausgleichsfonds schließt die allgemeine Besprechung der finanzwirtschaftlichen Fragen der Staatseisenbahnen und es folgt die Debatte über die Personen- und Gütertarife.

Abg. Wallborn (Z.) wünscht u. a. bessere Desinfizierung der Viehwagen zu Zeiten der Maul- und Klauenseuche. Die Viehwagen sollten nicht als Schutzwagen verwendet werden. Bei einer Reform der Fuhrparksteuer muß die vierte Klasse frei bleiben. Die Monatskarten sollten mit ihrem Geltungsdatum nicht auf den Anfang des Monats beschränkt bleiben. Eine allgemeine Herabsetzung der Gütertarife geht nicht an, aber wo ein Bedürfnis vorliegt, sollen Erleichterungen eintreten.

Abg. Krawinkel (natl.) spricht gegen das Abrufen auf kleinen Stationen. Von den Umgehungsbahnen hat die Eisenbahnverwaltung allen Vorteil. Da die Eisenbahnen ihre günstigen Ergebnisse der Entwicklung der Industrie verdanken, sollten sie dieser auch bei der Befreiung der Tarife entgegenkommen.

Minister v. Breitenbach: Das geschieht ohnedies, denn wir tarifieren so, daß unsere Industrie gegen die ausländische Konkurrenz geschützt wird. Eine Aenderung im Tarifsystem kann wegen der schwierigen Kontrolle nicht durchgeführt werden. Wir haben durch günstige Tarife die schlesische Kohle gegenüber der englischen bevorzugt, soweit es möglich war.

Abg. Graf Gendel v. Donnerstern (Z.) wünscht bessere Tarife für schlesische Kohle nach Berlin zum Ausgleich für den Großschiffahrtvertrag Stettin-Berlin, der der englischen Kohle zugute kommt.

Minister v. Breitenbach: Sollte die Oberkanalisierung diesen Ausgleich nicht darstellen, so wird die Tarifrage nochmals geprüft werden.

Abg. Gochel (Z.) tritt nochmals für Oberschlesien ein.

Abg. Graf v. d. Gröben (L.): Die Staatsbahnen müssen vorzüglich verwaltet werden, damit sie auch in der Zeit des Niedrigstandes Bestellungen machen können. Uebrigens haben wir unsere Wagen nicht dazu, daß sie bis zu 15 000 und 20 000 im Ausland sind! Möge man bei den Tarifen für Oberschlesien das schwer geschädigte Stettin nicht vergessen!

Abg. Wente (Ep.) beklagt, daß die Eisenbahnverwaltung den gerechten Forderungen des Publikums nach vermehrter Ausgabe von Sonntagsfahrkarten, auch in kleineren Orten, sowie nach größerer Erleichterung ihrer Gültigkeit nicht Rechnung trage. Die Sonntagskarten für größere Strecken, wie Breslau-Niesengebirge, müßten auch für G. L. Züge gelten, sonst geht die ganze Zeit auf der Bahn weg. Bei Doppeltarifen soll den mit Sonntagskarten Befahrenden auch die Rückkehr am 2. Feiertag gestattet sein. (Wabst! links.)

Abg. Krause-Waldenburg (H.) ersucht um Tarifbegünstigungen für das dortige Kohlenrevier.

Minister v. Breitenbach kann das nicht versprechen, auch nicht eine generelle, sondern nur lokale Ausgestaltung der Sonntagskarten, wenn besondere Prüfung die Notwendigkeit dafür ergibt. Donnerstag 11 Uhr: Fortsetzung. Schluß: 4 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Reichs- und Staatsangehörigkeit.

In der Reichstagskommission zur Vorbereitung des Entwurfs eines Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes konzentrierte sich das Hauptinteresse der letzten Sitzung am Dienstagvormittag auf die Darlegungen, in denen der dänische Abg. Hansen die beispiellose Behandlung der Grenzbevölkerung in Schleswig-Holstein durch die preussischen Verwaltungsbehörden an der Hand zahlreicher Urkunden schilderte. Die dänischen Einwohner und ihre Kinder werden in einer nahezu barbarischen Weise behandelt, nicht bloß weil oder wenn sie an ihrer alten Nationalität festhalten, sondern auch wenn sie in der jüngeren Generation in die deutsche Heere gedient haben und friedliche Arbeit in der Nordmark leisten. Unter Verletzung allerlei Invidiöser Gesetzesbestimmungen, die noch dazu von den ordentlichen Schleswiger Gerichten in allen Instanzen als unanwendbar bezeichnet worden sind, werden die Söhne und Töchter von dänischen Opfanten als „heimatlos“ erklärt, ihre Verheiratung mit deutschen Frauen durch Verweigerung der Naturalisation, der Niederlassungserlaubnis und sogar der Trauung (durch Anweisung an die Geistlichen) verhindert und die Schließung „freier Ehen“ begünstigt. Es handelt sich meist um ländliche Arbeiter. Diese sind aber durch ihre sozialen Verhältnisse an den Boden der Grenzmark gebunden. Sie sind durchweg ordentliche Leute mit regelmäßigem Arbeitsverdienst und mannigfachen familiären Beziehungen, die sie sehr ernst nehmen, indem sie alle und schwache Angehörige unterstützen. Diese ziemlich fest geregelten Arbeiterfamilien behandelt man fortgesetzt mit Haft- und Gefängnisstrafen, wenn sie den barbarischen Anordnungen der Behörden nicht nachkommen. Alles, weil die Existenz solcher Leute angeblich eine „nationale Gefahr“ ist und weil die Charakterfesten

unter diesen Leuten, wie der Arbeiter Egholm, abgelehnt haben, sich zu verpflichten, an seiner politischen Agitation mehr Teil zu nehmen. Unser Genosse Landsberg, sowie der Freisinnige Dr. Blund unterstehen die Darlegungen und die Kritik des Abg. Hansen auf das Wirkliche und kennzeichnende die Kleinlichkeit der Verwaltungswillkür, die sich lediglich von chauvinistischen Angsten leiten läßt. Die Entgegnungen der Regierungsdirektoren waren außerordentlich bedeutungslos und lahm. Sie operierten mit dem Wespen der Losreibung, die angeblich von der dänischen Grenzbevölkerung betrieben wird, während in Wirklichkeit erst der gewalttätige Kollerkurs diese dänische Agitation erst wieder erweckt hat. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

## Aus der Partei.

### Lügen haben kurze Beine.

Was im letzten Reichstagswahlkampf die schwarz-blaue Presse an Lügen und Verleumdungen der Sozialdemokratie gegenüber geleistet hat, geht ins Aschgraue. So ging unter der Spitzmarke: „Genossen, Gebet laut's, beten!“ eine Kotz durch den ultramontan-konfessionellen Wälderwald, monach der Redakteur der „Münchener Post“, Gen. Martin Gruber, als Referent einer sozialdemokratischen Versammlung am 10. Dezember vorigen Jahres in Schrobenhausen, als die Angelusglocke ertönte, seinen Vortrag unterbrochen und die Versammlungsteilnehmer mit den Worten: „Genossen, Gebet laut's“ zum Beten aufgefordert, während er selbst den „Englischen Gruß“ vorgebetet habe. Gen. Gruber hat erst zu diesen von der Presse für Wahrheit, Freiheit und Recht in die Welt gesetzten Lügen nicht Stellung genommen, weil ihm die ganze Geschichte zu dumm und zu gemein war.

Nachdem aber die Kotz im Wahlkampf immer wieder auftauchte und immer besser ausgeputzt wurde, hat er durch das sozialdemokratische Pressebureau eine Aufklärung des wahren Sachverhalts gegeben. Das hielt aber die „Märkische Volkszeitung“, den „Rheinpfälzer“ in Landau, die „Germania“ in Berlin, die „Donauzeitung“ in Passau und das Organ der katholischen Arbeitervereine „Der Arbeiter“ in München nicht ab, den Koll wieder aufzuwärmen und dabei Genossen Gruber und der Sozialdemokratie „religiöse Heuchelei“, „erbärmliche Heuchelei“, „Bauernfänger“ und ähnliche Liebenswürdigkeiten aus der ultramontanen Kistlammer zum Vorwurf zu machen. Genosse Gruber beauftragte nun Rechtsanwalt Dr. Fernheim, gegen die Redakteure Josef Ritter in Friedbrunnshagen („Märk. Volkszeitung“), A. Lohay in Landau („Rheinpfälzer“), Dr. Franz Reimeringer in Berlin („Germania“), Heinrich Wagner in Passau („Donauzeitung“) und W. Gasteiger in München („Arbeiter“) Klage und Strafantrag wegen Verleumdung zu stellen, die am Dienstag vor dem Amtsgericht München I durchgeführt wurde. — Genosse Gruber erklärte, er habe am 10. Dezember v. J. in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Schrobenhausen als Reichstagskandidat gesprochen. Die Versammlung war von etwa 600 Personen und mindestens zu 80 Proz. Bauern besetzt. Nachdem er ungefähr eine Stunde gesprochen hatte, wurde gegen 5 Uhr das Gebet geläutet. Die häuerlichen Versammlungsteilnehmer nahmen den Hut ab, um leise zu beten. Als er dies bemerkte, habe er erklärt: „Wir machen jetzt eine kurze Pause und fahren dann wieder fort.“ Als das Läuten dann aufgehört, habe er mit seiner Rede wieder begonnen. Das sei aber auch alles, was sich in der Versammlung zugetragen habe. Daß er mitgebetet oder gar den „Englischen Gruß“ vorgebetet habe, sei eine Unwahrheit. Jeder Sozialdemokrat wird im gegebenen Falle soviel Takt besitzen, auf die religiösen Gefühle der Leute Rücksicht nehmen und seinen Vortrag unterbrechen. Dies und nichts weiteres habe er in der Schrobenhausener Versammlung getan, und niemand sei berechtigt, aus diesem seinem Verhalten den Schluß zu ziehen, daß er sich eine erbärmliche religiöse Heuchelei schuldig gemacht habe. — Die Jugendverbenehmung bestätigte die Darstellung des Genossen Gruber in allen Punkten. Die von den beklagten Redakteuren geladenen Zeugen, Angehörige der Zentrumsparthei, deponierten, daß Gruber seinen Vortrag unterbrochen habe mit den Worten: „Wollen wir eine kleine Pause machen?“ Gruber habe nicht die Hände zusammengefaßt und habe auch nicht gebetet. Als einem dieser Zentrumszeugen der Gerichtsverhörende Vorhalt machte, daß sogar behauptet werde, Gruber habe den Englischen Gruß vorgebetet, erklärte dies der Zeuge für eine Lüge. Er habe in dem Verhalten Grubers keine Heuchelei erblickt. Hätte Gruber während des Gebetläutens weiter gesprochen, so wäre ihm dies abgenommen worden. — Mit einem großen Wortschwall suchten die Verteidiger der beklagten Zentrumsredakteure das Feld der Klage zu verstreuen um ihre Blamage zu verdecken. Das Gericht verurteilte die Redakteure Ritter („Märkische Volkszeitung“), Lohay („Rheinpfälzer“) und Dr. Reimeringer („Germania“) zu je 100 M. Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis, Wagner („Donauzeitung“) zu 70 M. Geldstrafe oder 7 Tage Gefängnis und Gasteiger („Arbeiter“) zu 50 M. Geldstrafe oder 5 Tage Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten. Genosse Gruber wurde das Recht zugesprochen, den Urteilsstator je einmal auf Kosten der Verklagten zu veröffentlichen in der „Märkischen Volkszeitung“, „Germania“, „Rheinpfälzer“, „Arbeiter“, im „Vorwärts“, in der „Münchener Post“, der „Augsburger Volkszeitung“, „Frankl. Tagespost“ und im „Schrobenhausener Wochenblatt“. — In den Urteilsgründen heißt es: An dem Verhalten Grubers in der Schrobenhausener Versammlung vom 10. Dezember hat niemand Anstoß genommen; es war auch nicht zu beanstanden, es war lediglich der Ausfluß des Anstandsgefühls des Klägers. Das Gericht ist der Ansicht, daß die beklagten als Redakteure es wissen mußten, daß kein ernsthafter Reichstagskandidat den Wählern eine so plumpe Komödie vormachen konnte. Wer ohne jede äußerliche Prüfung eine solche an sich unglaubwürdige Geschichte verbreitet, dem war es nach der Ueberzeugung des Gerichts nicht um Wahrung berechtigter Interessen, sondern um Herabwürdigung des Klägers zu tun. Als straferschwerend kam die Unbegründetheit der Vorwürfe, als strafmildernd die große Erregung im Wahlkampf in Betracht.

### Ein Nachspiel zur Reichstagswahl.

In Reichstagswahlkreise Osna-brück wurden nach der Bekanntgabe der Stichwahlparole unserer Partei, die für die Nationalliberalen und gegen das Zentrum lautete, von Zentrumsanhängern die ärgsten Verleumdungen gegen den Kandidaten der Partei, Arbeiterssekretär Wesper, ausgestreut. Dieser sollte von den Nationalliberalen bestochen sein und fabelhafte Summen für die Stichwahlparole erhalten haben. Bei dem Fanatismus, von dem die Zentrumsanhänger beherzigt werden, wurde diese Verleumdung vielfach ernst genommen, so daß sich Genosse Wesper veranlaßt sah, zwei Verbreiter der Gerüchte, eingefleischte Zentrumsmänner, vor Gericht zu ziehen. In der Verhandlung am 16. April machten diese nicht den geringsten Versuch, ihre Behauptungen zu beweisen, obgleich sie vorher großspurig erklärten, den Beweis erbringen zu können. Einer der Angeklagten wurde wegen verleumderischer Verleumdung in zwei Fällen zu 30 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. In dem anderen Falle erklärte sich der Angeklagte zur Zurücknahme der Verleumdung und Uebernahme der Kosten bereit, worauf auf eine Verurteilung verzichtet wurde. In beiden Fällen wurde unserem Genossen die Publikationsbefugnis zugesprochen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafantritt. Genosse Schubert, Redakteur am Harburger „Volksblatt“, der von der Strafkammer in Stade wegen angeblicher Verleumdung Jagoz zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, hat Dienstag seine Strafe im Gefängnis zu Harburg angetreten.

## II. Verbandstag der Dachdecker.

Nürnberg, den 16. April.

Am heutigen zweiten Verhandlungstage wurden die Referate über die

### Tarifverträge

entgegengenommen. Reichstagsabgeordneter Genosse Hoch-Sanau besprach als erster Redner die juristische Seite der Tarifverträge. Er verwies auf die sich vielfach widersprechende Rechtsprechung und die Widersprüche in der Gesetzgebung selbst. Freilich konnten die Tarifverträge in der Gesetzgebung selbst noch wenig berücksichtigt werden. Die Entwicklung der Tarifverträge ist in ständigem Fluß und es wäre in diesem Stadium der Entwicklung gar nicht einmal ratsam, wenn die Gesetzgebung eingreifen würde. Erstens ist von den heutigen Mehrheitsparteien kaum zu erwarten, daß ihr Eingreifen den Arbeitern zum Nutzen gereichen würde und zum anderen ist die Frage für die Gesetzgebung noch viel zu wenig geklärt, als daß sie schon jetzt allen gerechten Ansprüchen nachkommen könnte. Diesen mit der größten Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall entgegengenommenen Referate folgte ein weiteres von Piepenbring-Köln über die

### Tariffbewegung der letzten zwei Jahre.

Diese Ausführungen waren insofern interessant, als sie den Beweis erbrachten, daß auch für das Dachdeckerergewerbe der Reichstags-Tarif näher gerückt ist, als man im allgemeinen anzunehmen pflegt. Redner wendet sich besonders gegen die Affordarbeit und zeigte in treffenden Ausführungen die bei der Tariffbewegung zu beobachtende Taktik. Die Diskussion darüber zog sich mehrere Stunden bis in den späten Nachmittag hin. Wie ein roter Faden zog sich durch die Aussprache der Unwille über die unsicheren rechtlichen Verhältnisse der Tarifverträge, die jede gesunde Basis vermissen lasse. Dann folgte ein Referat des Verbandsvorsitzenden Diehl-Frankfurt über die

### Lohnbewegungen und Streiks

in der Berichtszeit. Ueber die Aussperrung im Jahre 1910 konnte der Redner berichten, daß das Resultat geradezu vorzüglich gewesen ist. Der Verband ist gefürchteter als dem Kampfe hervorgegangen. In einer Fülle von Einzelheiten weist der Verbandsvorsitzende nach, daß die veränderte Taktik im Unternehmerlager auf Seiten der Arbeiter erhöhte Aufmerksamkeit erfordere und die Kollegen zur größten Vorsicht anspornen müsse. Aus den Erfahrungen der abgeschlossenen Bewegungen gibt er wertvolle Fingerzeige für die Zukunft. Die ganze Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks werde immer mehr zu einer Kunst des Kriegsführens, die Zeit der Falsche müsse für immer vorbei sein, ebenso die Zeit der nicht genügend vorbereiteten Bewegungen. Es habe sich gezeigt, daß dort am meisten Erfolge erzielt wurden, wo man die Ueberumpelungstaktik nicht anwandte und ebenso sicher ergebe sich, daß die Bewegungen, die ohne Arbeitseinstellungen erledigt wurden, nicht nur rein rechnerisch, sondern auch in bezug auf die für die Beteiligten erzielten Erfolge die besten waren. Daraus haben die Funktionäre aber die Schlussfolgerung zu ziehen, daß sie unter allen Umständen auf peinlichste Innehaltung des Statuts achten müssen.

## Jugendbewegung.

### Terroristische Agitation für die Jugendwehr.

Unser Parteiblatt in Erfurt weist zu berichten, daß in der dortigen königlichen Gewehrfabrik ein Werbebureau für die Jugendwehr errichtet worden ist. Vor einigen Wochen wurde den Arbeitern dieser Fabrik ein „Jugendwehr-Rekrutierungsplan“ vorgelegt, durch dessen Kenntnisnahme, die sie unterschrieben bestätigten mußten, den Arbeitern die Pflicht auferlegt wurde, ihre entweder schon schuldenlosen oder jezt zu Ostern die Schule verlassenden Söhne der Jugendwehr zuzuführen! Unbemittelten Vätern wurde die Befreiung von den Beiträgen und die unentgeltliche Lieferung der „Reisfamen“ Uniform in Aussicht gestellt.

Wer da weiß, wie die Arbeiter in staatlichen Musterbetrieben auf jeden Wunsch „von oben“ reagieren müssen, wenn ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen, begreift, daß dieser Rekrutierungsplan auf eine gewalttätige Werbung hinausläuft. Man sieht daraus, der bürgerliche Jugendpflegehimmel zieht immer weitere Kreise. Jetzt werden schon die erwachsenen Arbeiter damit direkt beauftragt. Nun, sie werden, gestützt auf ihre Organisationen, ihren Ausbeutern in Privatbetrieben deutlich zu verstehen geben, daß sie sich solche Verlastigungen ein für allemal verbitten.

## Aus Industrie und Handel.

### Kaufmännische Ehrlichkeit.

Im Anschluß an den Streich der Firma Mosler u. Wersche werden noch einige recht merkwürdige Vorkommnisse bekannt. Um das Vertrauen ihrer Distriktsstellen zu erringen, hat die Firma Mosler u. Wersche viele Jahre hindurch eine Methode angewandt, die ein begehrenswürdiges Licht auf die Geschäfte gewisser Kreise des Bau- und Hypothekenspekulanten wirft. Sie stand mit einem Rechenrechner des Schuyverbandes der Berliner Bauinteressenten, bekanntlich eine der angesehensten und größten Vertretungen des Berliner Baugewerbes, in Verbindung, dem sie laufende erhebliche Entschädigungen dafür zulommen ließ, daß er die von ihm erteilten Auskünfte im Bureau der Firma Mosler u. Wersche fabrizieren ließ, auf Formulare, welche sich der betreffende Beamte zu diesem Zweck aneignete. Nicht zuletzt auf Grund dieser Auskünfte sind die Distriktskonten der von Mosler u. Wersche eingereichten Wechsel systematisch in Sicherheit gestellt worden.

Die Sanierung der Firma Mosler u. Wersche ist dadurch ermöglicht worden, daß ein Betrag von 150 000 M. zur Dedung dringender Verpflichtungen zur Verfügung gestellt wurde. Die betreffenden Geldgeber haben dabei zur Bedingung gemacht, daß weder der Gläubigeranspruch noch die schuldnerische Firma erfahre, von welchen Instituten das Geld stammt, und in welchem Verhältnis diese bei der Ausbringung der Summe beteiligt sind. Diese Geheimnisthämerei ist sonst im allgemeinen nicht üblich. Bei näherer Kenntnis der Verhältnisse kann man allerdings diesen Wunsch nach Diskretion verstehen. Das Geld ist nämlich gar nicht von den an der Insolvenz beteiligten Banken, sondern von gewissen Persönlichkeiten innerhalb der Bankwelt gezahlt worden, die bei der Gründung der von der Firma Mosler u. Wersche ins Leben gerufenen Terrainunternehmungen privatim Gewinne gemacht haben, und die nun, um einer öffentlichen Erörterung dieser Vorgänge, die bei einem Konkurs unvermeidlich gewesen wäre, aus dem Wege zu gehen, in den Geldbeutel gegriffen haben. Der Vorsitzende des Gläubigerausschusses hatte schon bei der ersten öffentlichen Gläubiger-Versammlung eine kurze Bemerkung gemacht, die offensichtlich darauf berechnet war, den betreffenden Persönlichkeiten die Folgen vor Augen zu führen, die ihnen im Falle eines Konkurses erwachsen würden. Dieser Wink mit dem Jauchepfeil hat denn auch, wie sich aus dem obigen ergibt, eine Wirkung gehabt.

## Aus der Frauenbewegung.

### Der erste weibliche Advokat in Italien.

Die Advokatenkammer von Livorno hat einstimmig beschlossen, eine Frau in die Liste der zur Ausübung der Advokatur berechtigten Personen einzutragen. Es ist dies der erste derartige Fall in Italien. Die Advokatin ist die Frau des Parteigenossen Rodigliani.

### Leserabende.

Wilmerdorfer-Haus. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Schilling, Lauenburger Str. 30. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Hilbig über den zweiten Teil des Parteiprogramms. Beiträge werden entgegengenommen.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bildhauer **Karl Hollnecker**, Kottbuser Ufer 38, gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Emmaus-Friedhof in Neudamm, Hermannstraße, statt. 215/5  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**

**Nachruf.**  
Straßener Viertel, Bezirk 337.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Reisende **Gottlob Kluge**, Säckerdorfer Straße 46, gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung fand am Sonntag, den 10. April, statt. 215/6  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.**

Bezirk 4.  
Am Montag verstarb unser Mitglied, der Holzleger **Wilhelm Semmler**.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 18. April, nachmittags 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Friedhofs, Blanke Höhe, aus statt. 15/13  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Niederharnim Bezirk Weißensee.**

Am Dienstag, den 16. April, starb unser Mitglied, der Drechsler **Peter Richter**.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofs, Noedelstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 19/6  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bodenleger **Anton Kudr**

im Alter von 50 Jahren gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 18. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Hies-Friedhofs in Wilmersberg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht 82/5  
**Die Ortsverwaltung.**

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.**

Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Rudolf Lehmann**

Gleimstr. 38, Bezirk 2, verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus auf dem hiesigen Friedhof in Friedrichsfelde statt.  
Um rege Beteiligung ersucht 72/10  
**Die Ortsverwaltung.**

Am Dienstag verstarb plötzlich mein lieber Mann, der Restaurateur **Heinrich Töpfer**

im 52. Lebensjahre. 120/75  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Witwe Töpfer**, Linienstr. 63.  
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Sophien-Friedhof, Frolenwalder Straße, statt.

Am 16. April starb meine Frau, unsere liebe Mutter **Eise Sulkiewicz geb. Guse.**

Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am 19. April, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Lichterberger Friedhofs in Marzahn aus statt.

Am Montag verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber, guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager, Onkel und Großvater, der Buchdrucker-invalide

**Adolf Schepp**  
im 69. Lebensjahre. 120/45  
Um dieses Beleid bittend im Namen der Hinterbliebenen **Adolf Schepp jun.**  
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 6 Uhr von der Leichenhalle des Heiligkreuz-Friedhofs in Mariendorf aus statt.

**Typographia.**

Am 15. April verstarb nach langem, schwerem Leiden unser altes, braves Mitglied, Kollege **Adolf Schepp**

im Alter von 68 Jahren.  
Seine langjährige Mitgliedschaft sowie sein reges Interesse für den Verein sichern ihm ein ehrendes Andenken. 60/17  
Die Mitglieder werden gebeten, unserem verstorbenen Freunde das letzte Geleit zu geben.  
Beerdigung nicht vorstehend.  
**Der Vorstand.**

Am 15. April, vormittags 10 Uhr, verstarb nach kurzem schweren Leiden mein Mann, unser Vater, Schwieger- und Großvater, der Möbelpolierer **Rudolf Schulz**

im 71. Lebensjahre.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Lichtenberg, den 17. April 1912, Blumenstraße 3.  
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs in Marzahn aus statt. 120/65

**Danksagung.**

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unseres unvergesslichen Sohnes sagen wir den innigsten Dank.  
Berlin-Lichterfelde, im April 1912.  
**Fritz Wahrensdorf und Frau.**

**Danksagung.**

Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres teuersten Bruders, des Herrn Lithograph **Louis Schädlich**

sagen wir allen lieben Verwandten, Bekannten und Kollegen unseren tiefgefühlten aufrichtigsten Dank.  
Im Namen der Hinterbliebenen: **Otto Schädlich.**  
Berlin, Wilmersberg, im April 1912  
Bielefeld, Buer 1/23.

**Danksagung.**

Für die Beweise aufrichtigster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter sage ich allen, insbesondere Herrn Walded Kanasse für seine tröstlichen Worte am Grabe, den Beweinern des Dahingeschienenen 18 sowie allen Freunden und Bekannten für die überaus große Kranzspende meinen aufrichtigsten, besten Dank. 120/65  
**Ferdinand Goeken und Sohn**  
Boppelsallee 18.

Von der Hilfe zurück. 203/16

**Dr. Nast**  
Spezialarzt f. Hals-, Nasen-, Ohrliden.

**Orts-Krankenkasse Weißensee.**  
**General-Versammlung der Vertreter**

am Montag, den 29. April er., abends 8 Uhr, im Restaurant „Präsident“ zu Weißensee, Ledderstr. 122.  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes.  
2. Bericht der Rechnungsprüfungs-Kommission und Entlastung des Vorstandes sowie des Kassanten.  
3. Bericht des Kassanten.  
4. Event. Beschwerden über die Geschäftsführung usw. müssen schriftlich erfolgen und können in der Versammlung nur beantwortet werden, sofern dieselben mindestens drei Tage vorher erhoben worden sind.  
Zum Eintritt sind nur die mit Einladung versehenen Vertreter berechtigt.  
Berlin-Weißensee, d. 15. April 1912.  
**Der Vorstand.**  
J. H. N. N. N. N., Vorsitzender.

**Invaliden-Unterstützungskasse der Steindrucker und Lithographen.**

Der durch die Generalversammlung beschlossene 2. Nachtrag zum Statut hat seitens des Herrn Polizeipräsidenten die Genehmigung erhalten und ist mit dem 1. April in Kraft getreten. Druckexemplare werden den Mitgliedern zugestellt.  
**Der Vorstand.**  
J. H. A. Schütz, Vors.

**„Kornfranck“!**  
Ist Ihnen das Wort bereits geläufig? Mit „Kornfranck“ ist eine neue Richtung geschaffen. „Kornfranck“ ist eigenartig hergestellter Roggen-Malz-Kaffee. Die einfache Betrachtung des ungemahlenden „Kornfranck“, sowie eine Kostprobe überzeugen Sie sofort, daß Sie ein neuartiges, appetitliches Erzeugnis vor sich haben, dem Sie uneingeschränktes Vertrauen schenken dürfen. „Kornfranck“ im täglichen Gebrauch ist für Sie in mehr als einer Beziehung von Vorteil.

**Steinarbeiter.**  
Freitag, den 19. April, abends 8 Uhr:  
**Kombinierte Versammlung**  
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelsufer 15.  
Tagesordnung:  
1. Bericht vom ersten Quartal. 2. Wahl der Delegierten zum Verbandstage. 3. Stellungnahme zur Waiseier. 171/10  
Die Mitgliedsbücher bzw. Karten sind mitzubringen.  
Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1209. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1967  
**Achtung! Bauanschläger. Achtung!**  
Die für heute angeordnete Vertrauensmännerkonferenz der Bauanschläger findet nicht statt.  
115/13  
**Die Ortsverwaltung.**

**Orts-Krankenkasse der Tabakfabrikarbeiter zu Berlin.**  
**Einladung zur Ordentlichen General-Versammlung**  
am 26. April 1912, abends 8 1/2 Uhr, nach dem Tode des Herrn Boh. Weberstraße 6.  
Tagesordnung:  
1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung.  
2. Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung pro 1911.  
3. Bericht des Vorstandes über die Zentralisation der Krankenkassen und Ermächtigung desselben, wenn nötig, Anschlag bei einer anderen Kasse zu suchen.  
4. Verschiedenes.  
274/1  
**Der Vorstand.**  
**Max Knappe**, Vorsitzender.

**Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Adlershof und Umgegend.**  
Zu der am Freitag, den 26. April 1912, abends 7 Uhr, im Restaurant Lehmann in Adlershof am Bahnhofs, stattfindenden  
**ordentl. General-Versammlung**  
laden wir hiermit die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ein.  
Tagesordnung:  
1. Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnung des Vorjahres.  
2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes der Arbeitnehmer. 3. Sonstige Angelegenheiten.  
274/4  
**Der Vorstand.**  
**Max Knappe**, Vorsitzender.

**Die reellsten und billigsten Möbel**  
und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz**, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stülarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen **SINGER** Nähmaschinen verkauft werden.  
**Mastergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.**  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
BERLIN, Leipziger Straße 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Verlagsanstalt G. Birk u. Co., m. b. H., München.**  
Bei uns erschienen:  
**Süddeutsche Volksbücher:**  
Heft 1: **Paul Kampffmeyer: Weltanschauung und Sozialdemokratie.**  
Aus dem Inhalt: Vom Werden der Weltanschauung — Das Wesen der Sozialdemokratie. — Ethik und Sozialdemokratie. — Religion, Materialismus und Sozialdemokratie.  
Heft 2: **Paul Kampffmeyer: Sozialdemokratie und Kirchentum.**  
Aus dem Inhalt: Kirche und Staat im kirchlichen System. — Vom kirchlichen Staat zum Staatskirchentum. — Die zusammenbrechende hierarchische Herrschaftsmacht. — Los vom Staatskirchentum. — Unstaatliche freie Kirche und freier sozialer Staat. — Religion ist Privatfache.  
Heft 3: **Lothar Engelbert Schücking: Das Elend der preussischen Verwaltung.**  
Aus dem Inhalt: Bureaukratie, Amtsgeheimnis und Amtsverschwiegenheit. — Die Verwaltung durch Konservative und Zentrumskräfte. — Die preussische Gemeindeverwaltung. — Demokratie, Kultur und Verwaltung. — Der Zweck des Zweckverbandesgelehes. — Zum sozialdemokratischen Kommunalprogramm für Preußen.  
Preis jedes Heftes 40 Pf.  
Früher erschienen:  
**Dr. Fritz Brupbacher: Kindersegen und kein Ende?**  
Preis 30 Pf.  
**Rudolf Franz: Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt**  
Reich illustriert. Preis 1 M.  
**Rudolf Franz: Abrechnung. Politische Berufsritze.**  
Reich illustriert. Preis 1 M.  
**Wilhelm Schröder: Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage**  
Gebunden Preis 7 M. 288/64

Den Vorwärts-Lesern gewähre Rabatt.  
Wundervoll gestickte abgepaßte **Portièren** (Uebergardinen für Fenster und Türen) in Qualität **M. pro Fenster:**  
Filztuch . . . 3,35 bis 10,50  
Naturleinen . . . 3,85 bis 20,00  
Velvetplüsch . . . 8,85 bis 75,00  
Persisch (doppelseitig) . . . 8,75 bis 36,00  
Kochelleinen . . . 6,75 bis 60,00  
Pa. reinw. Tuch 16,50 bis 150,00  
Nach auswärts per Nachnahme.  
**Teppich-Spezial-Haus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin S. Seit 1882 nur **Oranienstr. 158**  
Unterhalte nirgends Filialen!  
**Spezial-Katalog**  
650 Abbildungen gratis u. franko.

**Stoffe**  
für eleg. Maßanzüge, Uster, Paletots, Damenkostüme etc. 2, —, 4, —, 6, — etc.  
Läden für Berliner Str. 150, 250, Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Die Konfiskation ist aufgehoben!  
**VON UNTEN AUF**  
Ein neues Buch der Freiheit

Gesammelt und gestaltet von Dr. Franz Diederich  
Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern  
und Bildwerken

Preis: In 1 Leinenband 5 Mark  
:: In 2 Leinenbänden 6 Mark ::  
Band 1 und 2 können auch einzeln zum Preise von je 3 M.  
bezogen werden.

Das Werk ist von der Arbeiterpresse überaus lobend besprochen  
worden und sollte daher in keiner Arbeiterfamilie fehlen.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69  
(Laden).

# Manoli

Cigarettes  
Specialmarken

Abbas Dandy  
Gibson Girl

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Mörizplatz  
10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4

## Albessnier-Pumpen

zum Selbststellen für  
Gartenbesitzer u. Landen  
kolonialen von 3 W. an  
Flügel-Pumpen,  
Gartenbrunnen,  
Filter, Röhren,  
Schläuche usw. Billigst.  
Erdböhrer leihweise.

Karl Köchlin & Co.  
Berlin SW.,  
Berliner Str. 20/22  
(IV 1678.)

# Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 18. April 1912.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Oberhaus. Margarete.  
Kgl. Schauspielhaus. Der große  
König.  
Deutsches. George Dandin.  
Friedrich Busch. Gala-Vorstellung.  
Friedrich Carraffant. Gala-Vor-  
stellung.  
Friedrich Schumann. Gala-Vor-  
stellung.  
Haberland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Zaubervorstellung 48/49.  
Welterbäder an europäischen Küsten.  
Kammerstücke. Frühlings-Emotionen.  
Leitung. Gudrun.  
Sommers Czer. Ein aufgelegtes  
Geschäft.  
Westen. Die schöne Helena.  
Kleines. Vorläufiges Geburtstag.  
G. und H. Wier. Hohenjos.  
Königgrüner Straße. Die fünf  
Hauptstädte.

Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Rühli.  
Karl-Fischeroper. Der Schmutz der  
Madonna.  
Neues. Der liebe Augustin.  
Residenz. Alles für die Firma.  
Schauspielhaus. Das lausige Nest.  
Berliner. Große Rosinen.  
Neues Operetten. Röhdenmarkt.  
Schiller O. Der Kompagnon.  
Schiller O. Charlotteburg. Der  
scharfe Junker.  
Friedr. Wilt. Schauspielhaus.  
Ernstes Neues.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Hoftheater Caprice. Der Polizeihund.  
Volhalla. Berliner Märchen.  
Boigt. (Schauspiel in Puhmanns  
Theater.) Kater Lampe.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Der Meister.  
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.  
Sternwarte. Indolitenstr. 57-63

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater O. Berliner-  
Theater.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Kompagnon.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Kompagnon.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Grüß'n Lea.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater Charlotten-  
burg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der scharfe Junker.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Die Jüdin von Toledo.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Lady Windermeres Fächer

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Der liebe Augustin.  
Sonntag 8 1/2 Uhr: Der Vogelkundler.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Große Rosinen.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater in der Königgrätzer Straße  
Abends 8 Uhr:  
Die 5 Frankfurter.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Luisen-Theater.  
Heute und folgende Tage:  
Ich lasse Dich nicht.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Dank.

Anfang 8 1/2 Uhr.

ROSE-THEATER  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
5 x 100 000 Teufel.  
Freitag: 5 x 100 000 Teufel.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater  
8 Uhr:  
Weltbäder an europäischen  
Küsten.  
(Von Hamburg bis Lissabon.)

Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.  
Abends 8 Uhr:  
Die schöne Helena.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Wiener Blut.

Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.  
Direktion Richard Alexander.  
8 Uhr:  
Alles für die Firma.  
Schwank in 3 Akten von H. Dennquin  
und G. Mitchell.  
Morgen u. folgende Tage: Alles  
für die Firma.  
Sonntag, 21. April, nachm. 3 Uhr:  
Ein Walzer von Chopin.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum.  
Das vereinte Riesenpaar  
Brünhild und  
Dusoro  
Deutschland u. Frankreich  
Hede, das Löwenmädchen  
halb Mensch — halb Animal  
lebend zu sehen  
Ohne Extra-Entree.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Theater.  
Gastspiel  
Gertrude  
Barrison  
Karl Hollitzer  
Das Geisterfenster  
und das große  
April-Programm  
mit 10 neuen Attraktionen!

Anfang 8 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.  
Abends 8 Uhr: Rauschen gestillt.  
Die Nacht von Berlin!  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von  
Paul Freund. Musik von B. Holländer.  
Im Regie geleitet vom Dir. H. Schulz.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Apollo  
Theater  
Ab 8 Uhr  
Ein sensationeller Erfolg des gr.  
komischen Programms.  
Gay! Berlin spricht  
von  
Bellini.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Admiralspalast  
am Bahnhof Friedrichstraße.  
Eis-Arena.  
Allabendl. d. sensat. Eisballatt  
„Vooone“. Die kl. Walz-Königin  
Charlotte. Weltmstr. Bror Meyer  
Nachm.: Kunstlauf-Produktionen.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
abends halbe Kassapreise.  
Restaurant I. Rang.  
Wein- und Bier-Abteilung.

Anfang 8 1/2 Uhr.

„Clou“ Berliner Konzerthaus.  
Mauerstr. 83  
Zimmerstr. 90/91.  
Heute: Gr. Konzert.  
Musik d. Kais.-Frz.-Grds.-Regts. Dirig. Musikn. Becker.  
Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen nachmittags:  
Großes Promenaden-Konzert  
bei freiem Eintritt.  
Heute: Mahlmann-Orchester.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Brauerei Friedrichshain  
am Königstor.  
Heute: Wiener Walzer-Abend!  
Johann Strauß aus Wien  
mit seiner vollständigen Kapelle.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entrée 50, reserviert 75 Pf.  
Morgen Freitag: Hellerer Künstler-Abend.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Concordia-Festsäle.  
Inh.: M. Wendi & A. Schütze.  
64 Andraustraße 64.  
Jeden Donnerstag:  
Große Solree  
d. allgemein beliebten  
und bekannten  
Hoffmanns Sänger.  
Direktion Fr. Fühner  
Heute:  
Frankes  
Geburtsstagsfeier.  
Lustspiel in 1 Akt.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der  
Solree: Frei-Tanz.  
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Ki-Ko bei  
Kroll  
früher Neues Kgl. Operntheater.  
Lichtspiele  
in wirklichen Naturfarben  
(Kinemakolor).  
Das Eröffnungsprogramm ist von der  
gesamten Presse glänzend besprochen  
Täglich von 4-11 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Mentes Volksgarten  
Inh. Walter Schröter  
Telephon: Amt Uhlendorfer Str. 164,  
Lichtenberg, Roderstr. 28/29  
Verlängerte Landsberger Allee.  
Zum Alexanderplatz 15 Minuten.  
Linie 64, 67, 71.  
Amie Stanzelstraße-Hohenfischhofen.  
Vom 1. April jeden Dienstag, Donnerstag  
Frei-Tanz.  
Sonntags: Großer Ball

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Uik-Trio  
Adr. Neukölln Lahnstr. 741.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

## Freie Volksbühne

Die Mitglieder d. Nachmittagsabteilungen  
können zu den Montagabendvorstellungen im  
Neuen Schauspielhaus Gastkarten a 1.30 M. beim Ob-  
mann im Theater (7-8 Uhr) erhalten. 212/15

Anfang 8 1/2 Uhr.

Thalia-Theater  
Schönthau:  
Der Raub  
der Sabinerinnen.  
Neues Schauspielhaus  
Calderon:  
Das Leben ein Traum.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Lessing-Theater  
Letzte Aufführung  
Wenn der junge  
Wein blüht.  
Residenz-Theater  
5. 12. Mai: Emil Augier:  
Die arme Löwin.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Abendabteilungen  
Frederich:  
Das Familienkind.  
Herrnfeld-Theater  
Sven Lange  
Simson und Delila.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Branche der Elektromonteuere.  
Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.  
Sonnabend, den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, in Happoldts Konzertsaal, Hasenheide 32  
(Eingang von der Gräfenstraße):  
Erster Kunst-Abend  
Mitwirkende: Berliner Kammermusik-Vereinigung, Frau Paula Wein-  
baum, Konzertsängerin, Herr Danegger, Mitglied des Deutschen Theaters.  
Nach dem Konzert: BALL.  
Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Kindern unter 10 Jahren ist Zutritt nicht gestattet. Eintritt 50 Pf.  
Während des Konzerts bleiben die Saaltüren geschlossen.  
Billetts sind bei den Vertrauensleuten und in den mit Plakaten belegten  
Geschäften zu haben.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schluss der Saison am 24. April.  
Zirkus Busch  
Heute Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr:  
Gala-Vorstellung.  
Neu! The Avolos! Neu!  
gr. gymn. Neuheit an 6 Baum-  
busstangen.  
Iwanoff (Looping  
the Loop am schwing Trapez).  
Der bar. amerik. Cowboy  
Jack Joyce.  
Amateur-Konkurrenz-Reiten!  
50 M. Belohnung, wer stehend  
auf dem Pferde dreimal um die  
Manege reitet. Anmeldung im  
Bureau.  
Um 9 1/2 Uhr: „Die Hexe“.  
Vorher das große Galaprogramm.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Der Ehemann am Fenster.  
Darauf: Ein angebrochener Abend.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.  
Stettiner Sänger  
Zum Schluss:  
Eine Hochzeit in der  
Wälderstraße.  
Beste  
von Pöpel.  
Anfang  
Wochentags  
8 Uhr,  
Sonntags  
7 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.

„Clou“ Berliner Konzerthaus.  
Mauerstr. 83  
Zimmerstr. 90/91.  
Heute: Gr. Konzert.  
Musik d. Kais.-Frz.-Grds.-Regts. Dirig. Musikn. Becker.  
Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen nachmittags:  
Großes Promenaden-Konzert  
bei freiem Eintritt.  
Heute: Mahlmann-Orchester.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Brauerei Friedrichshain  
am Königstor.  
Heute: Wiener Walzer-Abend!  
Johann Strauß aus Wien  
mit seiner vollständigen Kapelle.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entrée 50, reserviert 75 Pf.  
Morgen Freitag: Hellerer Künstler-Abend.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Ki-Ko bei  
Kroll  
früher Neues Kgl. Operntheater.  
Lichtspiele  
in wirklichen Naturfarben  
(Kinemakolor).  
Das Eröffnungsprogramm ist von der  
gesamten Presse glänzend besprochen  
Täglich von 4-11 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Mentes Volksgarten  
Inh. Walter Schröter  
Telephon: Amt Uhlendorfer Str. 164,  
Lichtenberg, Roderstr. 28/29  
Verlängerte Landsberger Allee.  
Zum Alexanderplatz 15 Minuten.  
Linie 64, 67, 71.  
Amie Stanzelstraße-Hohenfischhofen.  
Vom 1. April jeden Dienstag, Donnerstag  
Frei-Tanz.  
Sonntags: Großer Ball

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Uik-Trio  
Adr. Neukölln Lahnstr. 741.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Uik-Trio  
Adr. Neukölln Lahnstr. 741.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

## Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:  
Die Saison-Schlager  
Der Polizeihund.  
Das Broadway-Girl.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Sarrasani  
Schönhauser Allee.  
Telephon: Nord 4100

Anfang 8 1/2 Uhr.

Donnerstag, 18. April, 7 1/2 U.:  
Gala-Abend.  
Sonnabend und Sonntag  
je  
2 Gala-Vorstellungen, 2  
Galerie 40 Pf., III. Platz  
70 Pf., II. Platz 1.20 M.,  
I. Platz 2 M., Parkett 3 M.,  
Logen 4 M.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Vorverkauf an d. Circus-  
kasse und an sämtlichen  
Billetverkaufsstellen von  
A. Wertheim

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schluss der Saison:  
Sonntag, 21. April.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Boigt-Theater.  
Donnerstag, den 18. April 1912:  
Gastspiel in  
Puhmanns Theater, Schönhauser  
Kater Lampe.  
Komödie in 4 Akten v. G. Rosenow.  
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Herrnfeld  
Theater  
Schluss diesjähriger Spielfolgen:  
Montag, 29. April  
bis dahin täglich:  
Wie man  
Männer bessert  
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld  
mit den Kustoren in den Hauptrollen.  
Dazu die Novität:  
Der Hausteufel.  
Anfang 8 Uhr.  
Billetvorverkauf 11-9 (Theaterkasse)

Anfang 8 1/2 Uhr.

Königstadt-Kasino.  
Sofe Holzmarkt u. Alexanderstraße  
D. auserwählte Niefenprogramm  
Unter anderem:  
Die heiratungslustige Witwe.  
Große Feste mit Gesang in 1 Akt.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Mentes Volksgarten  
Inh. Walter Schröter  
Telephon: Amt Uhlendorfer Str. 164,  
Lichtenberg, Roderstr. 28/29  
Verlängerte Landsberger Allee.  
Zum Alexanderplatz 15 Minuten.  
Linie 64, 67, 71.  
Amie Stanzelstraße-Hohenfischhofen.  
Vom 1. April jeden Dienstag, Donnerstag  
Frei-Tanz.  
Sonntags: Großer Ball

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Uik-Trio  
Adr. Neukölln Lahnstr. 741.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Uik-Trio  
Adr. Neukölln Lahnstr. 741.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Uik-Trio  
Adr. Neukölln Lahnstr. 741.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Uik-Trio  
Adr. Neukölln Lahnstr. 741.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Uik-Trio  
Adr. Neukölln Lahnstr. 741.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Reichstag.

80. Sitzung. Mittwoch, den 17. April 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Wackerzapp.

Die Beratung des

Etats des Reichseisenbahnnetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Seitzner (Soz.):

Der Abg. Vehrens befindet sich gestern in einem fundamentalen Irrtum, wenn er glaubt, in der Erklärung des Präsidenten des Reichseisenbahnnetzes einen Fortschritt in der Richtung zur reichsgerichtlichen Regelung der Dienstverhältnisse der Angestellten zu erblicken. Das gerade Gegenteil ist der Fall. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Vehrens hat auch auf die uns zugegangene Broschüre über die Elektrifizierung der Staatseisenbahnen Bezug genommen. Die Beschränkung des Koalitionsrechtes der staatlichen Eisenbahnarbeiter akzeptiert er als etwas Selbstverständliches, aber in dem Augenblick, wo die Elektrifizierungsarbeiten in ein indirektes Verhältnis zu den Eisenbahnen zu treten scheinen, erscheint es ihm als ein Gebot, daß diese Beschränkung auch auf die Elektrifizierungsarbeiter ausgedehnt werden könnte. Das beweist, daß man solchen Dingen gegenüber sich schon vor dem ersten Schritt hüten muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man kommt sonst leicht zu einer Ausdehnung der Beschränkung der Koalitionsfreiheit auf alle Betriebe, die in ein direktes oder indirektes Lieferungsverhältnis zu den Eisenbahnen treten.

Die reichsgerichtliche Dienst- und Ruhezeit

des Personals liegt nach den Erklärungen des Präsidenten des Reichseisenbahnnetzes weder im Interesse des Verkehrs, noch im Interesse des Personals. In Wirklichkeit besteht das Bedürfnis nach einer solchen Regelung sowohl im Interesse des Verkehrs als in dem des Personals. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer unsere Verkehrsverhältnisse so sicher wie möglich gestalten will, muß bemüht sein, die Eisenbahngesellschaften vor jeder Überlastung zu bewahren und ihre Arbeitszeit so kurz zu bemessen, daß sie stets ihre volle Aufmerksamkeit dem Betriebe widmen können. Der Präsident meinte, eine Arbeitszeit von sechzehn Stunden, wie sie ziemlich häufig vorkommt, sei in den Betriebsvorschriften nur ausnahmsweise vorgesehen. Meines Erachtens darf sie auch als Ausnahme nicht vorgesehen werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei Verletzungen ist der leidende Teil sowohl das Personal, das zur Verantwortung gezogen wird, als auch das reisende Publikum. Nur 4 bis 5 Proz. des Personals, sagte der Präsident, hat eine Arbeitszeit über zwölf Stunden. Das heißt, daß 95 bis 99 Proz. eine Arbeitszeit bis zu zwölf Stunden hat, und bei einer solchen ist es unmöglich, den Dienst fehlerfrei zu leisten; am allerwenigsten darf in den Betrieben des öffentlichen Verkehrs eine solche Arbeitszeit vorkommen. Die meisten Unfälle, sagte der Präsident, ereignen sich in den ersten vier Dienststunden. In allen anderen Betrieben des öffentlichen Verkehrs macht man die umgekehrte Erfahrung; der Präsident sollte einmal die Berichte der Gewerbeinspektoren einsehen. Ganz generell beobachten sie, daß nicht am Beginn, sondern am Ende der Arbeitszeit die meisten Unfälle sich ereignen, sowohl in den Gewerbebetrieben, wie in denen des Verkehrs. Der Präsident berief sich auf die Ergebnisse seiner Statistik. Jedenfalls ist sie ganz oberflächlich zusammengestellt und umfaßt auch alle diejenigen Betriebsbeamten, bei denen von einer Gefahr und mehr oder minder großer Verantwortlichkeit für das Verkehrsleben nicht die Rede sein kann. Ein einziger Betriebsunfall kann unabsehbares Unglück herbeiführen, ohne daß die Statistik des Herrn Präsidenten dadurch in dem einen oder anderen Sinne beeinflusst wird. Der Präsident erklärte auch, die Gesundheitsverhältnisse des Betriebspersonals seien trotz der langen Arbeitszeit durchaus normal. Er fügte aber vorsichtigerweise hinzu, daß die Lokomotivführer hierüber auszusprechen seien, bei ihnen mache sich eine besonders starke Nervenabspannung geltend. Aber gerade im Eisenbahnverkehr sollte man die Beamten vor solcher übermäßigen Nervenabspannung schützen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich nicht bloß dabei um die Verhütung von Eisenbahnunfällen, sondern um den Schutz der Arbeiter und Bediensteten überhaupt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Herr Präsident behauptet, die Gesundheit der Eisenbahngestellten werde durch ihre lange Arbeitszeit nicht geschädigt, so ist das eine Behauptung, die nur

am grünen Tisch

wachsen kann. Jeder Gewerbeinspektor, jeder schlichte Arbeiter würde uns ins Gesicht schlagen, wenn wir so etwas behaupten wollten. Man muß mit der ganzen sozialpolitischen Kurzsichtigkeit des Bureaukraten bewaffnet sein, wenn man nicht dafür das nötige Verständnis besitzt, daß lange Arbeitszeit um so schädlicher wirken muß auf den Gesundheitszustand einer Arbeiterkategorie, bei der es sich nicht bloß um mechanische Handlungen handelt, sondern die Anspannung ihrer ganzen moralischen und geistigen Kraft notwendig hat, um ihren Dienst in 12 bis 16 stündiger Arbeitszeit zu verrichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schließlich wollte dann der Präsident des Reichseisenbahnnetzes mit der Behauptung, eine Verletzung der Dienstzeit um eine Stunde würde 45 Millionen kosten, alle diejenigen ins Wackeln bringen, für die alle sozialen Fragen in erster Reihe Geldfragen sind. Zunächst kommt aber das Interesse des Arbeiterschutzes in Frage, dann die Verkehrssicherheit und erst in letzter Linie die finanzielle Seite. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aus all diesen Gründen ist eine reichsgerichtliche Regelung der Arbeits- und Ruhezeit des Betriebspersonals dringend notwendig.

Dieselbe Interessenlosigkeit wie in den Fragen der Sozialpolitik treffen wir beim Reichseisenbahnnetze auch in anderen Fragen an. Ich erinnere an die Beseitigung der von den Eisenbahnen gestifteten Prezensur, insbesondere gegenüber unserer Presse. Unsere Presse ist ja trotz der Zensur immer größer geworden, aber man sollte meinen, die Eisenbahnbehörden müßten einiges Verständnis dafür haben, wie blamabel es für die gesamten deutschen Zustände ist, daß eine so umfangreiche Presse wie die sozialdemokratische mit einer Gesamtauflage von mehr als drei Viertel Millionen von dem öffentlichen Vertrieb auf den Eisenbahnen gewaltsam ausgeschlossen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Interessant ist, daß im Reich sich nicht alle Staaten auf diesen heimlichen engstirnigen widerwärtigen lächerlichen Standpunkt stellen, den namentlich die preussische, wie auch andere Verwaltungen der mitleidigen Presse gegenüber einnehmen. In Baden und Bayern ist der Vertrieb der sozialdemokratischen Presse auch auf den Bahnhöfen ohne weiteres gestattet. Die sozialdemokratische Presse hat noch niemals den Versuch gemacht, eine Gleichberechtigung in dieser Beziehung durch Petitionen zu erreichen, weil sie nichts zu petitionieren hat, sondern weil es ein selbstverständliches Recht jedes Prezensurgenusses in Deutschland ist, berechtigt zu werden, wie und wo es wolle, und namentlich an den Stellen, die zum National Eigentum des Volkes gehören. Von der Prezensur betroffen sind außerdem noch „Die Welt am Montag“ und natürlich der „Simplicissimus“. Der Verkauf der „Welt am Montag“ auf Bahnhöfen ist nur zulässig in Hessen und — Mecklenburg (Heiterkeit). Das Verbot erfolgte ohne jede Begründung. Noch wiederholten Verlangen, die Gründe zu erfahren, begab sich der Verleger zur Eisenbahndirektion in Berlin. Dort wurde er an einen Vortragenden Rat abgeschoben. Dieser Anglächelmann hatte eine schwache Stunde und verteidigte dem Herrn, daß die politische Haltung des Blattes die Veranlassung des Verbotes sei. Wie leicht, wenn sie übermorgen ihre politische Haltung ändert, wird sie wieder mit der Zulassung belohnt. (Wört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die

widerwärtigste politische Korruption,

die sich da bei den Eisenbahnbewertungen zeigt. (Vizepräsident Dove hat sich bei diesen Worten erhoben. Der Redner macht eine Pause und sieht sich unter großer Heiterkeit des Hauses um, als ob er einen Ordnungsruf erwartete. Vizepräsident Dove: Entnehmen Sie aus meinem Aussprechen die Mahnung, sich in Ihren Ansprüchen zu mahigen.)

Etwas anders erging es dem „Simplicissimus“. Dieser hat sich an die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen gewandt. Diese ist etwas deutlicher geworden und hat erklärt, der „Simplicissimus“ bringt häufig Darstellungen in Wort und Bild, die geeignet sind, die bestehende Ordnung und gute Sitte zu gefährden, er erigne sich deshalb nicht zum Verkauf in den Räumen der Eisenbahnen. (Sehr richtig! rechts.) Ihre (nach rechts) Ordnung und Sitte wird allerdings durch den „Simplicissimus“ kritisiert, bloßgestellt und dadurch in Ihrem Sinne gefährdet. Im übrigen bedeutet der „Simplicissimus“ für Hunderttausende geradezu eine literarische Erfrischung (Lachen rechts), wenigstens für diejenigen, die verstehen, was im „Simplicissimus“ steht. (Heiterkeit links.) Die

Der 29. Kongreß für innere Medizin.

1.

O. P. Unter den vielen Versammlungen, die in der Frühjahrszeit zusammenzutreten, zieht wohl keine die Wäde des großen Publikums so sehr auf sich, wie der Kongreß für innere Medizin, denn in ihm vereinigen sich die Männer, von deren Wissen und Können das körperliche Wohl des Volkes zu einem großen Teil abhängt. Hier werden die inneren Heilmethoden erörtert, deren Wirkungen schließlich ein jeder einmal am eigenen Leibe erfahren kann.

In der städtischen Versammlung, die sich am Dienstag im Festsaal des neuen Kaufhauses zu Wiesbaden vereinigte, befanden sich zahlreiche Universitätslehrer und Krankenhausärzte aus allen deutschen Gauen. Das umfangreiche wissenschaftliche Programm verzeichnet zahlreiche Vorträge und Demonstrationen aus den verschiedensten Gebieten der vielgestaltigen inneren Medizin. Wissenschaft und Praxis sollen in gleicher Weise zu ihrem Recht kommen. Der ganze erste Tag war dem Königenverfahren und seiner Anwendung gewidmet. Es ist naturgemäß außerordentlich schwer, die Ergebnisse eines wissenschaftlichen Kongresses, deren Verständnis ein eingehendes Studium voraussetzt, einem großen Publikum zu übermitteln. Der Vorstand des Kongresses hat es für gut gehalten, aus zuverlässigen Fachgelehrten ein offizielles Pressekureau zu bilden, dessen unabhängige Berichte die einmal zum ersten Male dem Publikum zugänglich gemacht werden.

Der Kongreß wurde von dem Präsidenten, Professor Stilling-Wien, eröffnet, der im Hinblick auf die Geschichte des nunmehr 30 Jahre alten Kongresses die gewaltigen Fortschritte der inneren Medizin in dieser Zeitperiode erörterte. Sie sind dadurch bedingt, daß die innere Medizin mit allen Gebieten der Naturwissenschaft innig verbunden ist und deren neue Entdeckungen sich zu eigen machen muß. So dankt sie ihren Aufschwung insbesondere der Chemie und Physik, der letzteren namentlich das unentbehrlich gewordene Röntgenverfahren, der erklären neben den neuen Heilmitteln die Vertiefung der Lehre von der Ernährung und vom Stoffwechsel sowie des Studiums der Fermente und der inneren Sekretion. Von größter Bedeutung wurde die Bakteriologie und die sich daran aufbauende Immunitätslehre und Serologie. In letzterer Beziehung erinnert Stilling daran, daß der Kongreß vor 30 Jahren unter besonders zahlreichen Auspizien eröffnet wurde durch die Mitteilung Robert Kochs über die Entwicklung des Tuberkulabazillus. In äußerster Beziehung hat sich der Kongreß zwar verhalten, aber sein Wachstum ist doch gehindert worden durch das Aufkommen zahlreicher Spezialitäten, deren Sammel- und Mittelpunkt der Kongreß bleiben mußte, denn die innere Medizin studiert und behandelt nicht nur das erkrankte Organ, sondern stets den menschlichen Körper in seiner Gesamtheit. Daher bedarf es oft der

eingehenden und schwierigsten Arbeiten, ehe die wissenschaftlichen Studien Früchte für die Krankenbehandlung tragen.

Die Verhandlungen begannen mit dem Vortrage des Professors Nieder-München über: „Das Röntgenverfahren im Dienste der Pathologie und Therapie des Magendarmkanals“. Trotz der relativ kurzen Zeit, die seit der großen Entdeckung Röntgens verfloßen ist, hat seine Methode, durch welche das Dunkel der Körperhöhlen erleuchtet und auf die photographische Platte gezeichnet wird, doch schon mächtigen Einfluß auf die Medizin ausgeübt. Freilich vermag sie nur Schattenbilder der härteren Bestandteile des Körperinneren zu liefern, deren Deutung an das Verständnis des Arztes die größten Anforderungen stellt. Gute Röntgenbilder vermag heute ein geschickter Techniker zu liefern, der zur Medizin gar keine Beziehungen zu haben braucht, aber das gewonnene Bild kann nur auf Grund umfassender medizinischer Kenntnisse beurteilt werden.

Zur Darlegung unserer Kenntnisse über die Röntgenuntersuchung des Magendarmkanals scheint kaum jemand mehr berufen als Prof. Nieder, der diese Technik in grundlegenden Untersuchungen geschaffen und vielfach gefördert hat. Der Magen selbst wird durch die Röntgenstrahlen erst sichtbar gemacht, wenn er mit schattenbildenden Substanzen angefüllt ist. Deswegen muß jeder Patient vor einer Röntgenuntersuchung des Magens und Darms eine Mahlzeit aus Wehl oder Weizenbrot mit Wismutpulver oder ähnlichen Substanzen zu sich nehmen. Dadurch, daß wir eine Wismutmahlzeit während ihres Durchganges durch den ganzen Magen und Darmkanal verfolgen, können wir uns Aufschluß über die Beschaffenheit und Tätigkeit von Magendarm- und Dickdarm verschaffen. In bezug auf Gestalt und Lage des Magens hat die Röntgenuntersuchung gezeigt, daß sie je nach dem allgemeinen Körperbau vielfach verschieden sind und daß der Magen seine Form während der Entleerung des Inhalts nicht unerheblich abändert. Die Magenbewegungen, durch die die Speisen nicht bloß durcheinander gemischt und mit Magensaft vermischt, sondern auch in den Darm befördert werden, vollzieht sich automatisch. Sie setzt bald nach der Nahrungsaufnahme ein und spielt sich in Form von Zusammenziehungen ab, deren jede etwa 20 Sekunden dauert. Die Entleerung des Mageninhalts vollzieht sich schrittweise im Verlaufe von drei bis vier Stunden. In krankheitszuständen ist die Ausleerungsdauer vermindert; Flüssigkeiten verlassen den Magen rascher als feste Speisen. Um ihre Verweildauer zu prüfen, läßt man die Patienten wismutgefüllte Kapseln schlucken, deren Verbleiben im Magen festgestellt ist. So vermag die Röntgenmethode oft die Funktion des Magens zu erkennen in Fällen, bei denen man früher die Magenänderung einführen mußte. Insbesondere kann man die Lageveränderung des Magens, die sogenannten Entstellungen, leicht erkennen.

In bezug auf die eigentlichen Magenkrankheiten sind die Leistungen des Röntgenverfahrens sehr verschiedenartig. Das sehr häufig vorkommende einfache Magengeschwür ist der Röntgenuntersuchung viel weniger zugänglich, als das seltenere tiefgreifende Krater-

anderen stehen natürlich davor — wenigstens außerhalb dieses Hauses — wie die Kuh vom neuem Tor. (Heiterkeit.) Darauf es ankommt, ist, daß sich die Eisenbahnbewertungen nach allgemeiner, nicht-sagender oberflächlicher Phrasen bedienen, um Hunderttausende von Reisenden, die ein Interesse daran haben, sich eine Lokomotive zu wählen, die ihnen paßt, zu bevormunden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach einer anderen Richtung ist das Feingefühl der Eisenbahnbewertungen für Sitte und Ordnung oder Anstand durchaus nicht so ausgebildet. Noch bis vor einem Jahre wurde auf den Bahnhöfenbuchhandlungen jene schändliche Sherlock-Holmes- und Nic-Carter-Literatur verbreitet. Auch die „Wahrheit“ ist ein der Prezensurgenüsse, die sich auf den Bahnhöfen eines ganz besonderen Abzuges erfreut. Mein Urteil über die „Wahrheit“ ist das eines jeden anständigen Menschen. Ich will hier nur auf das Urteil hinweisen, das der frühere antimilitärische Abgeordnete Windewald in vorigen Jahre über die „Wahrheit“ gefällt hat. Er sagte: „Wenn man glaubt, das Recht zu haben, rein politische Blätter zu unterdrücken, so möchte man doch mit ganz anderer Schärfe gegen die sogenannte Revolverpresse, die Erpresserzeitungen, vorgehen.“ Als ihm zugerufen wurde: Die „Wahrheit“, fuhr er fort: „Ich habe keine Zeitungen genannt, da sie in der Öffentlichkeit genügend gebrandmarkt sind. Diese Presse, die ihr gemeinsames Geschäft damit verbirgt, daß sie auf der einen Seite einen nationalen Zeitartikler verzapft, der allerdings meist aus einer sehr mäßigen Feder stammt, dürfte ebenso wenig wie jene andere vorher gehegelte Literatur auf den Bahnhöfen verkauft werden. Alle anständigen Leute im Deutschen Reich sind sich darin einig, daß keine Presse gemeiner und verwerflicher, nicht-würdiger und entwürdigender im deutschen Volke gearbeitet hat, wie gerade diese Revolverpresse. Wir verlangen im Namen der Gerechtigkeit, daß man auf den Eisenbahnen überhaupt keine Prezensur läßt. Nachdem die Präsidentenzeitung glücklich übermunden ist, wollen wir es uns nicht länger gefallen lassen, daß man auf diesem Umwege eine solche Zensur läßt, die des deutschen Volkes nicht mehr würdig ist. Wir glauben im Namen der weitest ausgedehnten Freiheit des Volkes zu sprechen, wenn wir die Beseitigung dieser schmachvollen Bevormundung erwachsener Menschen verlangen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bitt (nall.): Die große Frage der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens darf nicht von der Tagesordnung verschwinden. Die von Kirchhoff hierüber verfaßte Schrift hat einen gangbaren Weg gezeigt. Um so mehr ist zu bebauern, daß der preussische Eisenbahnminister sie nicht in genügender Weise beachtet und sich dem ganzen Gedanken der Eisenbahngemeinschaft gegenüber ablehnend verhält. Er meinte, der heutige Zustand lasse die Forderungen der Reichsverfassung weit hinter sich. Danach sollte man meinen, wir hätten es in der Frage eines einheitlichen Eisenbahnwesens schon herrlich weit gebracht. Aber richtig ist es nicht, der Einheitsgedanke ist im deutschen Eisenbahnwesen noch sehr wenig zur Geltung gekommen. Uns Süddeutschen ist man vor, wir treten nur deshalb für die Vereinheitlichung der Eisenbahnen ein, um an den reichen Erträgen der preussischen Eisenbahnen teilzunehmen. Gewiß wollen wir auch unsere Finanzen verbessern, aber sicher nicht auf Kosten Preussens, sondern durch die großen wirtschaftlichen Vorteile, die mit einer Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens verbunden sind. Der Redner gibt einen historischen Überblick über die Eisenbahnpolitik Bismarcks und des Reiches seit 1870. Bismarck habe den Einheitsgedanken auch auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens fördern wollen, sei aber leider an dem Widerstand der Süddeutschen gescheitert, die Furcht vor einem Uebergewicht Preussens hatten. Preußen sollte jetzt zu der Bismarckischen Politik zurückkehren und die Führung in dieser großen und wichtigen nationalen Frage übernehmen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gothein (Sp.): Vielfach wird über das Vorhandensein von Eisenbahnübergängen ohne genügende Schutzvorrichtungen geklagt, wodurch die Unfälle erheblich vermehrt sind. Das Reichseisenbahnamt hat die Verpflichtung, diese Verhältnisse zu prüfen und zu verbessern.

Abg. Schindler-Röhl (L): Die Frage der Elektrifizierung der Eisenbahnen kann keineswegs heute schon ohne weiteres in Angriff genommen werden, sie wird nur sehr langsam gefördert werden, und wir alle werden wohl das Verschwinden der Lokomotive nicht erleben. — Durch die Heberlandzentralen und die Konopobestrebungen der großen Betriebe wird das Installationsgewerbe aufs höchste gefährdet; meine Freunde warnen dringend vor den Schädigungen eines eben erst entstehenden Gewerbes, vor der Vernichtung dieses Mittelstandes zugunsten einiger großer Betriebe. (Zustimmung rechts.) — Der Präsident des Reichseisenbahnnetzes

förmige Magengeschwür, das meistens einer chirurgischen Behandlung bedarf, weil nicht selten eine Krebsartige Entartung des Geschwürs im Laufe der Zeit eintritt. Auch die Folgeerscheinungen des Magengeschwürs, besonders der sogenannten Sanduhrmagen, sowie die Verengerung des Pylorus mit sekundärer Magenvergrößerung sind bis in die Einzelheiten durch die Röntgenuntersuchung festzustellen. Vergleichend der Erfolg chirurgischer Eingriffe bei diesen Krankheiten, namentlich bei künstlicher Verbindung des Magens mit dem Dickdarm, läßt sich durch das Studium von Art und Dauer der Magenentleerung gut kontrollieren. Auch die durch Magenkrebs bedingten Veränderungen der Magenwand und die hierdurch bedingten Schattenaufsparungen sowie die besonders beim Krebs auftretenden Störungen im Ablauf der Bewegungsabgänge sind röntgenologisch zu erkennen.

Wichtig ist ferner die röntgenologische Leicht zu entscheidende Frage, ob eine Geschwulst dem Magen selbst angehört oder nicht. Ein negativer Röntgenbefund erlaubt das Bestehen einer Neubildung mit großer Sicherheit auszuschließen, so daß Besorgnisse des Patienten gerichtet werden können.

Mit Hilfe des Röntgenverfahrens können wir auch den Darm, und zwar in seinem ganzen Verlaufe, und vor Augen führen und besonders über seine motorische Tätigkeit und orientieren. Man sieht auf dem Leuchtschirm, wie die Nahrung mit vielen Unterbrechungen langsam vordringt. Die normale Dünndarmverauung erstreckt sich nach Darreichung von Wismutbrot auf 7 bis 8 Stunden. Bei Röntgenuntersuchungen des Dünndarmes hat man besonders auf den Nachweis der befürchteten Geschwüre des Zwölffingerdarmes sein Augenmerk gerichtet. Aber für gewöhnlich ist nur ein tiefgehendes, kraterförmiges Geschwür sowie die an daselbst sich anschließende Verengerung des Zwölffingerdarmes nebst ihrer Folgeerscheinungen durch die Röntgenuntersuchung zu erkennen.

Lage und Verlauf des Dickdarmes sind mit Hilfe der Röntgenstrahlen immer genau festzustellen. Wie beim Dünndarm werden auch hier durch den mechanischen und chemischen Reiz der Speisen mannigfaltige Bewegungen ausgelöst. Der Dickdarm entfaltet wie der Dünndarm eine periodische Tätigkeit. Die Dickdarmverauung erstreckt sich auf ca. 24 Stunden. Die Senkung des Dickdarmes, die sich viel häufiger beim weiblichen als beim männlichen Geschlecht findet, geht stets mit einer Magenentleerung einher. Verengerungen des Dickdarmes sind mit Hilfe der Röntgenstrahlen schon in allen Abschnitten desselben nachgewiesen worden.

Ferner sind die chronischen Reiz- und Schmerzstände der Blinddarmgegend der Röntgenuntersuchung zugänglich, ebenso Verwachungen des Dickdarmes mit Nachbarorganen, z. B. der Leber. Sogar gelingt es niemals, die so häufig zu entzündlichen Prozessen führenden Keimlinge im erkrankten Darmfortsatz nachzuweisen, da sie für Röntgenstrahlen zu durchsichtig sind.

Sehr wertvoll ist das Röntgenverfahren bei chronischer Verstopfung, weil damit festgestellt werden kann, welche Ursache der Erkrankung zugrunde liegt. Dadurch, daß man untersucht, ob einfache Darmträgheit oder Darmmuskelkrampf oder Störungen der reflek-

erklärte gestern, er sehe absolut nicht ein, warum man nicht wieder den Gedanken Bismarcks der Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich aufnehmen sollte. Meine Freunde sind über diese Aeußerung gelinde gesagt auf das Äußerste erstaunt. (Hört! hört! links.) Bei der Entwicklung, den die Eisenbahnen genommen haben, darf ihre Uebernahme durch das Reich niemals mehr angekreht werden, sonst wird das finanzielle Rückgrat der Einzelstaaten aufs schwerste geschädigt. In Bezug auf das Signalwesen, Bremsen und sonstigen Betrieb ist das deutsche Eisenbahnwesen dem ausländischen gegenüber völlig einheitlich, dank der Arbeiten und Bemühungen des Reichseisenbahnamts, wie ich gern anerkenne. Jetzt möge es seine Aufmerksamkeit darauf richten, auch mit dem Ausland zu solchen einheitlichen Maßnahmen zu kommen, wie z. B. der durchgehenden selbsttätigen Güterzugbremse. — Protest erheben mich ich dagegen, daß gestern der preussisch-hessische Eisenbahnvertrag vom Abg. Ulrich als verstoßen gegen die Sitten bezeichnet wurde. Verstoßt es vielleicht gegen die guten Sitten, daß die Heberschäfte für Hesse vom Jahre 1908 bis zum Jahre 1911 von elf auf siebenzehn Millionen gestiegen sind? (Bravo! und sehr gut! rechts.)

**Präsident des Reichseisenbahnamtes Wadergapp:** Es ist der Befürchtung Ausdruck gegeben worden, daß die Elektrifizierung der Eisenbahnen das Interesse der Landesverteidigung gefährdet. So weit sie bis jetzt angefaßt oder in Aussicht genommen ist, geschieht es stets im Einverständnis mit der Heeresverwaltung und das wird auch in Zukunft so sein. Der Abg. Vogtherr hat aus meiner Aeußerung, nur 4 bis 5 Proz. des Personals habe eine Dienstzeit über 12 Stunden, geschlossen, die übrigen 95 Proz. hätten eine zwölfstündige Dienstzeit. (Abg. Vogtherr: Bis zu 12 Stunden.) Jawohl, die anderen haben eine Dienstzeit bis zu 12 Stunden, und zwar haben eine elf- bis zwölfstündige Dienstzeit nur 19,92 Proz. Auf den Verkauf von Zeitungen auf Eisenbahnhöfen hat das Reich keinen Einfluß, er untersteht der Landesaufsichtsbehörde. Herr Göttschmann wünschte ein schnelleres Tempo bei Befestigung von Nebenübergängen. Ich habe schon im vorigen Jahre erklärt, daß die Verwaltungen sie da, wo sie Gefahren mit sich bringen, zu befristeten Bestreit sind, natürlich im Rahmen der vorhandenen Mittel. Die Verhandlungen über die Einführung der durchgehenden selbsttätigen Güterzugbremse, die der Vorredner wünscht, sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Seine Erklärung über meine gestrigen Ausführungen bezüglich der Vereinheitlichung der deutschen Bahnen zwingen mich zu einer kurzen Erklärung. Ich sehe in dieser Frage lediglich auf einen praktischen Standpunkt, ich prüfe, was ist zurzeit als erreichbar anzusehen, und was als unerreichbar. Für erreichbar halte ich das Zustandekommen weiterer Sonderabkommen zwischen den Einzelstaaten. Unerreichbar scheint mir dagegen sowohl zurzeit als für die nächste Zukunft die Bildung einer vollen Betriebs- und Finanzgemeinschaft, sowie die Uebertragung der Bahnen auf das Reich. Weiter habe ich ausgeführt, daß die Initiative hierzu nicht vom Reich, sondern von den Bundesstaaten auszugehen habe, und daran muß ich festhalten.

**Abg. Bloß (Soz.):**

**Gestatten Sie mir, einige kurze Bemerkungen über die Eisenbahnkrisen im Herzogtum Braunschweig vorzutragen.**

Es herrscht dort ziemliche Erregung, weil jetzt wieder eine Gelegenheit gegeben ist, die Verkehrsverhältnisse auf eine andere Basis zu stellen, und anscheinend allerhand Einflüsse im Spiel sind, damit an der alten Verkehrspolitik Preußens gegenüber Braunschweig festgehalten wird. Ich will nicht die ganze Leidensgeschichte Braunschweigs zufolge der preussischen Eisenbahnpolitik erzählen, sondern nur darauf hinweisen, daß die alte Stadt Braunschweig dadurch in ihrer Bedeutung sehr herabgedrückt ist, eine Schädigung, die sich auf alle Kreise der Bevölkerung erstreckt. Man hat Braunschweig aus dem Verkehr geradezu ausgeschlossen. Hannover und Magdeburg haben großartige Bahnhöfe und großartige Verbindungen bekommen, während man Braunschweig in jeder Beziehung vernachlässigt hat. Ich meine nicht, daß die genannten Städte hätten vernachlässigt werden sollen, aber man hätte Braunschweig gegenüber eine ausgleichende Gerechtigkeit walten lassen müssen, die im Verträge von 1885 ausdrücklich zugesagt war. Zahlmäßig läßt sich der Schaden für Braunschweig natürlich nicht angeben; die Berichte der Handelskammer heben hervor, daß große Geschäftshäuser zufolge der schlechten Verkehrsverhältnisse ihren Sitz aus Braunschweig verlegt haben, wodurch die Arbeiterzahl und der Mittelstand schweren Schaden erlitten hat. Die Petitionen der Arbeiterorganisationen um Verkehrsverbesserungen sind leider erfolglos gewesen. Die Schädigungen des Mittelstandes zeigen uns eine ganz eigenartige Mittelstandspolitik der preussischen Eisenbahnverwaltung. Einige Verbesserungen sind ja in letzter Zeit erreicht, im großen und ganzen aber erstaunt man, wenn man als Bahngänger das Herzogtum Braunschweig durchquert, welcher Scharfmann bei der Zusammenstellung der Fahrpläne darauf verwendet ist, dem Passagier einen ganz eigenartigen Begriff davon beizubringen, daß wir im Reich des Verkehrs leben. Im Herzogtum Braunschweig bedeutet dies, daß er nicht allzu schnell vorwärtskommt. Kennt er die Lücke des

terischen Tätigkeit des Mastdarmes vorliegt, können wichtige Anhaltspunkte für die Therapie gewonnen werden.

Daran schloß sich der Vortrag des Vorkles Chirurgen Dr. Quercius, der das Thema von seinem spezialisierten chirurgischen Standpunkt beleuchtete. In Uebereinstimmung mit Nieder betont er die geringe Wichtigkeit des Röntgenverfahrens bei der Frühdiagnostik des Magenkrebses, hebt aber seine große Bedeutung für die Erkennung der Krebskrankung vom Magen und Dickdarm hervor. Es ist wohl sicher, daß viele Fälle solcher Erkrankungen zur rechtzeitigen Operation lämen, wenn frühzeitig genug neben anderen Untersuchungen auch das Röntgenverfahren angewandt würde. Der Redner warnt davor, den Operationsplan nur auf das Röntgenbild aufbauen zu wollen.

Die Stunden des Nachmittags waren von einer sehr angeregten Diskussion über das Röntgenverfahren ausgefüllt, die die Motive des Vormittags aufnahm, vervollständigte und teilweise vertiefte.

Viele Redner zeigten im besonderen, wie die Diagnose einzelner Krankheiten besser gestellt werden könnte als bisher. Ein großer Teil der Diskussion drehte sich um die viel diskutierte Frage, ob das verbreitete Leiden der Verstopfung auf Lähmung oder auf Krampfzuständen des Dickdarms beruhe. Es war von großem Interesse, auf den schönen Bildern von Singer-Wien einen Dickdarmkrampf deutlich fixiert zu sehen.

Eine weitere Frage der Darmphysiologie, die wesentliche Förderung erfuhr, war die sogenannte Antiperistaltik (rückläufige Bewegung) des Dünndarms. Schließlich brachte die Diskussion eine Reihe weiterer positiver Fortschritte der Technik. Raithe sah Kaffeebohnen im Darm, während der Wiesbadener Nierentagologe Köhler sogar den Blinddarm sichtbar machen konnte.

## Notizen.

In der Komischen Oper finden von Sonnabend ab wieder Opernvorstellungen statt.

**Theaterchronik.** Die Aufführung der Nische-Oper „Das dritte Reich“ von Paul Friedrich, die die Richard-Wagner-Gesellschaft veranstaltet, findet am Freitag, den 20. April, im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus statt.

**Russland.** Der Berliner Künstlerverein veranstaltet am Freitag, abends 8 Uhr, in der Hochschule für Musik seinen ersten Vortragabend (Sajewitscher Kompositionen).

Die Nationalbühne für Amundsen. Das Storching hat, wie aus Kristiania gemeldet wird, einstimmig beschlossen, 100 000 Kronen als Zuschuß zu Roald Amundsens Expedition nach der Kiste zu bewilligen.

Fahrplans nicht genau, so sieht er sich plötzlich zum Umsteigen genötigt. Gewiß kommt das auch anderwärts vor, aber in solcher Häufigkeit wie im braunschweigischen Verkehr wird man es so leicht nicht wieder antreffen. Die braunschweigische Handelskammer, die sich viel um die Abstellung dieser Mängel bemüht hat, hat von den Eisenbahndirektionen in Hannover und Magdeburg eine Behandlung erfahren, als sei sie ein Revolutionskomitee. (Heiterkeit.) Im Jahre 1907 zum Beispiel hat sie 28 Eingaben eingereicht, auf die sie teilweise gar keinen, teilweise ablehnenden Bescheid bekam. Der braunschweigische Bahnhof wird als der Nestor der deutschen Bahnhöfe bezeichnet. In der Tat paßt er in den modernen Verkehr nicht mehr hinein. Die schon lange dauernden Verhandlungen wegen des Neubaus werden noch immer mit dem Schleier des Geheimnisses bedeckt. Dieser Neubau bietet eine Gelegenheit, den braunschweigischen Verkehr auf eine andere Basis zu stellen, ihn zu einem Durchgangsverkehr zu gestalten. Ich richte an das Reichseisenbahnamt die Bitte, sich um die Angelegenheit zu kümmern. Es könnte sich ein Verdienst erwerben, wenn es im Sinne der Erfüllung der Wünsche der Braunschweiger eine Anregung geben würde. Das Reichseisenbahnamt sollte dies um so eher tun, da es doch nicht angebracht wäre, wenn in der Bevölkerung die Meinung erweckt wird, daß das Reichseisenbahnamt überhaupt keine Daseinsberechtigung hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Dr. Haas (Sp.)** tritt nochmals entschieden für die Schaffung eines einheitlichen deutschen Reichseisenbahnwesens ein.

**Abg. Werner (Anti):** Eine reichsgesetzliche Regelung der Ruhezeiten der Lokomotivführer liegt im dringenden Interesse der Verkehrssicherheit. Auf die nicht genügende Ruhezeit dieses wichtigen Personals ist die frühe Invalidität der Lokomotivführer und sind die Eisenbahnunfälle zurückzuführen.

**Abg. Reichhaus (Soz.):**

Wir unterstützen alle Bestrebungen auf Verstärkung des Einflusses des Reichseisenbahnamts. Sehr bedauerlich ist die Erklärung des Präsidenten in der Frage der Arbeitszeit. Die Wirkung solcher Erklärungen auf die einzelnen Eisenbahnverwaltungen bleibt nicht aus. Aus Halle ist mir ein Fall bekannt, wo ein Betriebsbeamter

während 46 Stunden Dienstzeit nur 6 Stunden Ruhezeit

hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es herrscht vielfach bei den Eisenbahnen ein ganz unangebrachtes Sparsystem. Als sich Arbeiter in Erfurt über zu lange Arbeitszeit beschwerten, erhielten sie die Antwort: Wenn es nicht paßt, der möge sich an der Arbeit machen. Vor allem sollte das Reichseisenbahnamt sein Augenmerk auf die Zustände in der vierten Wagenklasse richten. Diese Klasse bringt einen Ueberschuß von 97 Millionen, während die Eisenbahnverwaltung bei der ersten und zweiten Klasse 38 Millionen drauflegen muß. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daher müssen wir Gelegenheit für alle Jahrgänge 4. Klasse verlangen, bessere Beleuchtung und Maßregeln gegen die Ueberfüllung dieser Klasse. Wenn man die 4. Klasse nicht ganz abschaffen will, muß man für eine menschenwürdige Beförderung des Publikums dieser Klasse sorgen. Noch immer kommt es vor, daß

**Bierzüge zur Personenbeförderung**

benutzt werden. — Dann zu unseren speziellen Thüringer Eisenbahnkrisen. Sie sind ja nicht mehr ganz neu, aber zu ihrer Abheilung ist wenig geschehen. Etwas ist ja der Eisenbahnbau in Thüringen gefördert worden, aber noch lange nicht entsprechend den wirtschaftlichen Bedürfnissen. Redner führt einzelne Beispiele mangelnder Zugverbindungen an. Häufig kommt es vor, daß ein Zug auf offener Strecke stehen bleibt, weil die Maschine keinen Dampf mehr hat. (Hört! hört!) Das Wagenmaterial ist ganz veraltet. Das Reichseisenbahnamt sollte endlich den berechtigten Wünschen der thüringischen Kleinrenten entgegenkommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.)** wünscht Fahrpreiderminderungen für die Wandersfahrten der Jugendvereine.

**Abg. Hofenzahl (Soz.):**

Der Herr Präsident des Reichseisenbahnamts wies gestern darauf hin, daß noch von keiner Seite eine Revision der preussischen Eisenbahngemeinschaft beantragt worden sei. Es ist in der Tat auflassend und bedauerlich, daß sich die hessische Regierung immer noch der Tatsache verschließt, daß die Wirkungen des Vertrages für Hessen geradezu verheerend sind. Es ist zu hoffen, daß die hessische Regierung bald zu der Erkenntnis kommt, von der das hessische Volk durchdrungen ist, daß eine Revision dieses Vertrages anzustreben ist. — Besonders niedrig sind die Löhne der Bahnunterhaltungsarbeiter. Sie erhalten bei zehnstündiger Arbeitszeit 2,00—2,70 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Löhne des Bahnpersonals sind dringend ausbesserungsbedürftig. Unter allen Umständen verwerflich ist es, daß noch

**Arbeiter zur Nacharbeit verwandt**

werden. Ausbesserungsbedürftig sind ferner die Löhne der Werkstättenarbeiter und des Anfangsgehalt der Werkführer, das nur 1400 M. beträgt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Von der Eisenbahnverwaltung Mainz ist ein Erlaß herausgegeben worden, wonach die Eisenbahnbediensteten sich auch außerhalb des Dienstes von sozialdemokratischen Bestrebungen fernzuhalten haben. Selbst der Besuch sozialdemokratischer Wählerversammlungen ist ihnen verboten worden. Das ist Terrorismus schlimmster Art. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Verwaltung glaubt, durch solche Maßnahmen die Eisenbahner von der Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel abzuhalten, so ist sie sehr auf dem Holzwege. Sie erweist sich hier als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Präsident Wadergapp:** Die Verhandlungen über den Neubau des Bahnhofs Braunschweig sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Unbegründetheit der thüringischen Klagen habe ich bereits früher nachgewiesen. — Daß Fälle von zu großer dienstlicher Inanspruchnahme vorkommen können, bestreite ich nicht; aber zur Beseitigung solcher Ausnahmen bedarf es nicht der gesetzlichen Regelung.

**Abg. Vogtherr (Soz.):**

Die Zahlen, die der Präsident des Reichseisenbahnamts heute angegeben hat, fordern noch mehr zur Kritik heraus, als die gestern mitgeteilten. Bestenfalls er an 4—5 Proz. des Betriebspersonals habe eine Arbeitszeit von 12 bis 16 Stunden, heute sagte er hinzu, 18 Proz. habe eine Arbeitszeit von 10—12 Stunden; somit haben 22 Proz. eine 10—16stündige Arbeitszeit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Präsident stellte ferner den ungeheuerlichen Grundgedanken auf, eine Verstärkung der Arbeitszeit würde die Betriebsgefahr nicht verringern. Dies erwartet er lediglich von der vorläufigen Arbeit der Verwaltung. Nach den bisherigen Erfahrungen können wir von der Verwaltung solche verständige Arbeit nicht erwarten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats. Die vorliegenden Anträge werden angenommen. Es folgt der

**Etat des Reichsjustizamts.**

Die Beratung beginnt beim Titel „Staatssekretär“. Hierzu liegt eine Resolution Brandts und Genossen (Volen) vor, der die Vorlegung eines Gesetzentwurfs wünscht, wonach Beschorenne und Schöffen neben eventuellen Reifekosten Tagegelder erhalten.

**Abg. Stadthagen (Soz.):**

Unter den unerledigten Gesetzen der letzten Session befanden sich die Novellen zur Strafprozedurordnung und zum Strafgesetzbuch. Es besteht Uebereinstimmung bei allen Parteien, daß ein Teil dieser letzteren Novellen schleunigst abgeschlossen werden muß, soweit er sich auf die Herabsetzung der

**draconischen Strafen für geringfügige Entwendungen** bezieht. Solche Urteile sind auch in letzter Zeit wieder ergangen, natürlich nur gegen Arbeiter. So wurden in Essen zwei Schlimmdeh wegen Entwendung kleiner Kostensätze, die auf Steinhalden lagen, zu

je sechs Wochen Gefängnis

verurteilt, die Mutter wegen Hehlerei zu fünf Monaten Gefängnis, der Vater gar zu einem Jahr Zuchthaus. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wegen zehn Pfennig sogenannten Eisenbahnbetruges wurde gegen einen Kaufmann in München-Gladbach auf 6 Monate Gefängnis erkannt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Freilich gibt es auch Richter, die wissen, daß sie in solchen Fällen auch freisprechen können. So wurde ein Arbeiter vom Fiskus wegen 5 Pf. auf Betrug verklagt, weil er eine andere Bogenklasse benutzt hatte. Er war im letzten Augenblick, um überhaupt mitzukommen, in das nächste Coups gesprungen und hatte das dem Schaffner extra gemeldet. Um solche unnütze Pfennigklagen zu vermeiden, ist

eine Milderung des Gesetzes

notwendig. Besonders zu verurteilen ist aber, daß die Justizbehörde vollständig verjagt, wenn es sich um wirkliche Straftaten handelt, die nicht von Arbeitern begangen werden. Ich erinnere an das Verbrechen des Duells, bei dem der Verletzte ganz prägnant zum Ausdruck bringt, daß er jederzeit bereit ist, das Verbrechen wieder zu begehen. Aber vorgegangen wird gegen die, die sich weigern, die strafbare Handlung des Duells zu begehen. Wie weit ist es mit unserer Justizverwaltung gekommen, daß sie den nicht tätigen Mann, der sich einer strafbaren Handlung weigert. Ich erinnere an den Fall zweier Ärzte, wo dem Beteiligten, der wegen seiner religiösen Ueberzeugung sich weigerte, zu duellieren, aus „Gnade“ zugestanden wurde, seinen Abschied als Reserveoffizier zu fordern. Dem Beleidigten dagegen geschieht nichts, er hat ja standesgemäß gehandelt, er ist ein Knote gewesen und hat nachher angezeigt, der andere habe ihn nicht standesgemäß gefordert. Wenn es so liegt, muß man gegen den Stand als solchen vorgehen, der sich bereit erklärt, strafbare Handlungen immer wieder zu begehen, die Mitglieder eines solchen Standes müssen für unfähig erklärt werden, irgendwelche öffentliche Stellung einzunehmen. Ich erinnere an die Rahregelung des Professors Czerny. Wegen Arbeiter hat man bei Handlungen, die überhaupt nicht strafbar sind, den Erpressungsparagraphen angewendet. Das wäre am Plage gegenüber denen, die das Duell mit der Drohung der Ausschließung aus dem Stande erpressen wollen. Das Bestehen eines Standes, der planmäßig Verbrechen begeht, ist unvereinbar mit einer verständigen Ordnung, mit jeder Ordnung überhaupt. Wenn ein solch

**bandenmäßiges Komplott**

besteht, so muß man gegen diese Bande vorgehen und ihre Mitglieder für ungeeignet erklären, Beamte zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichsanwalt wandte sich neulich gegen Beamte, die gegen die Staatsordnung verstoßen. In seinem elliptischen Kreislauf der Gedanken (Heiterkeit) schien er damit sozialdemokratische Beamte zu meinen. In Wirklichkeit sind durch seine Worte getroffen Reserveoffiziere usw., die vorläufig aus „Standesehren“ gegen das Gesetz verstoßen, das das Duell verbietet. Dringend notwendig ist ferner eine Änderung der Bestimmungen über die Untersuchungshaft. In Lichtenberg hat vor kurzem ein Raubmord stattgefunden und mit einmal wurde ein Gewerkschaftssekretär Schabel verhaftet. Was lag gegen ihn vor? Nichts weiter als daß er Sozialdemokrat ist. Es stellte sich nachher heraus: er kann es nicht gewesen sein, nur die Notwendigkeit der Beamten, auch solcher, die nicht weit vom Ministerium sich befinden, hatte dazu geführt, diesen vollständig unschuldigen Mann zu verhaften. In der sogenannten Ordnungspresse erschienen dann Artikel mit der Ueberschrift „Ein Sozialdemokrat als Raubmörder“. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Art, wie mit der Ehre anständiger Menschen von der sogenannten Ordnungspresse umgegangen wird. Der Verband zur Verbreitung von Lügen gegen die Sozialdemokratie wird natürlich mit dieser Lüge noch zehn Jahre haufieren gehen.

Wie notwendig die Verschärfung der Voraussetzungen zur Verhängung der Untersuchungshaft ist, beweist auch der Fall der Anarchisten, die wegen Weisheit zur Delegation zum Zellmonatlang in Haft gehalten wurden, obwohl der, welcher desertiert war, unabweisbar geisteskrank war. Es konnte deshalb eine strafbare Handlung nicht vorliegen, also auch keine Verurteilung. Glaubte irgend jemand in Deutschland, daß wenn es sich nicht um Anarchisten oder Sozialdemokraten gehandelt hätte, sich ein Staatsanwalt gefunden hätte, der die absolut schuldlosen Leute in Untersuchungshaft gebracht hätte? Ich habe vor Jahren eine Statistik erheben, aus der hervorgeht, wieviel Leute aus der Untersuchungshaft als unschuldig Verhaftete entlassen werden müssen. Vielfach erlenen die Richter, durch diese Verhältnisse gezwungen, lediglich deshalb auf Gefängnis und nicht auf Geldstrafe, um die Untersuchungshaft anrechnen zu können.

Während hier so schroff vorgegangen wird gegen Schuldlose, ist der

**Totschlag oder Mord des Arbeiters Herrmann**

nach immer nicht geklärt, trotzdem gerichtlich festgestellt ist, daß Herrmann von zwei Polizeibeamten erschlagen worden ist. Gegen die schuldigen Beamten wurde erst eingeschritten, nachdem gegen eine Reihe Unschuldiger, die den sogenannten Noabiter Anwalt veranlaßt haben sollten, vorgegangen worden war. Ueber 100 Beamte sind vom Polizeipräsidenten benommen worden, und haben alle erklärt, sie sind es nicht gewesen und wissen nicht, wer es sei. Dasselbe haben sie bei der Vernehmung durch den Richter erklärt. Der Richter hat einen Teil der Beamten nicht befragt, weil sie dringend im Verdacht der Täterschaft standen. Meine Herren, in einem geordneten Rechts- und Polizeistaat soll's nicht möglich sein festzustellen, wer zu einer bestimmten Zeit von den Polizeibeamten an der betreffenden Stelle gestanden hat! Wieso kann man das gleiche feststellen, wenn es sich um einen Prozeß gegen Arbeiter handelt? Hier, wo es sich um die Ehre für den Tod des Arbeiters Herrmann handelt, ist die Staatsanwaltschaft ohnmächtig, die ganze Strafschutz ohnmächtig. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie wollen nicht!) Das darf ich nicht sagen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Dann sagen wir es!) Ich muß annehmen, daß hier organische Krankheiten im Justizkörper selbst vorliegen, wo ich den Willen der Betroffenen ausschließen muß. Man hat nicht einmal nachgeforscht, wieviel Polizeibeamte in den imminenz verlassenen anderthalb Jahren nach Brasilien ausgewandert sind. Von bestimmter Seite wird behauptet, darunter wären die betreffenden gewesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ja meist so, daß ein Angeklagter sagt, ich bin es nicht gewesen, aber daß der Staatsanwalt dann keine Anklage erhebt, ist etwas Neues. Wenn ein Mord, der in dunkler Nacht passiert, nicht aufgeklärt werden kann, versteht man das; aber wenn in Berlin bei einem Totschlag in einer Gegend, wo zu Hunderten Polizei zusammengezogen ist, die Totschläger nicht festgestellt werden können, muß etwas faul sein in der ganzen Organisation. Daher muß der Polizei die Möglichkeit genommen werden, in dieser Art einzugreifen und die Verantwortung des oberen Beamten muß korrespondieren mit seiner außerordentlich großen Machtvollkommenheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der selbe Polizeipräsident hat erklärt, der Ehrenschuld der Polizei sei rein. Das hat er vor jeder Jugendvernehmung erklärt. Er ist eben nicht in der Lage, objektiv vorzugehen, sondern ist gebunden durch den Gedanken, ein Polizeibeamter kann nichts Strafbares begehen, bei einem Arbeiter dagegen besteht stets der Verdacht einer strafbaren Handlung.

### Wetter muß verlangt werden, daß die Unabhängigkeit der Richter

geschiedt wird, daß sie nicht einem politischen Druck unterliegen. Der frühere Staatssekretär des Justizministeriums rief mit einmal zu, derartige Fälle seien nicht mehr vor. Dabei wird jetzt sogar gegen nationalliberale Richter vorgegangen. Seit der Ambrücker Habenstein in Pirgallen als Vorsitzender eines nationalliberalen Vereins einen Aufruf seiner Partei unterzeichnet hat, hat der Justizminister ihm eröffnen lassen, er beanstande sein Verhalten und erwarte von ihm in Zukunft größere Zurückhaltung in politischen Dingen. Als ich den Nationalliberalen seinerzeit zurief, Sie können nicht wissen, ob nicht einmal ein Richter ihrer Gesinnung gemäßigter werden, schien ihnen das unglaublich. Jetzt sehen sie, wie gegen einen nationalliberalen Richter vorgegangen wird, im Grunde deswegen, weil er gegen die Konserwativen aufgetreten ist. Das heißt die Unabhängigkeit der Richter herabwürdigen. Auch nur gefüllt die Tätigkeit des Ambrücker Habenstein nicht, ich hätte es lieber gesehen, wenn er nicht für die Nationalliberalen, sondern für die Sozialdemokratie agitiert hätte (Heiterkeit), aber ein miserabler Kerl wäre ich, wenn ich zu ihm sagte, ich bestrafe Dich, weil Du nicht meine Gesinnung hast und ich Dein Vorgehen hin. Das wäre ein Mißbrauch der Amtsgewalt und die soll doch ein Justizminister nicht treiben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch der Amtsgerichtsdirektor in Pirgallen hätte die fürchtbare Dreistigkeit besessen, im bürgerlichen nationalliberalen Kreis das Amt eines Schriftführers zu bekleiden. Darauf wurden ihm dienstliche Schwierigkeiten bereitet und er hat dem Druck auch nachgegeben, was der Ambrücker Habenstein glücklicherweise nicht getan hat. Wolte man die Beamten, welche Mitglieder eines Konservativen Vereins sind, deswegen mahnen, wie würden die Herren rechts dann sagen, die Menschen- und Manneswürde sei mit Füßen getreten. Gerade bei einem Richter soll man am wenigsten einen Druck auf die politische Gesinnung ausüben, denn das heißt ihn für

### Charakterlos und mandedunwürdig

erklären. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aus anderen Anträgen zur Strafprozessordnung sollte deshalb der Staatssekretär diejenigen herausnehmen, die sich auf den Schutz der Unabhängigkeit der Richter beziehen, und sie als besondere Novelle hier einbringen, eine Mehrheit dafür wird er zweifellos finden.

Bei Richtern, die in solcher Drangsalierung ihrer politischen Gesinnung leben, muß sich eine ganz weltfremde Anschauung ausbilden. Nur so ist es zu verstehen, daß eine Forderung sozialdemokratischer Flugblätter an Beamte von einem Gericht als Verleumdung erachtet wurde. Eine Verleumdung wäre es, von einem Beamten anzunehmen, er würde bei ruhiger Ueberlegung nicht zu der Ueberzeugung kommen, das sozialdemokratische Programm treffe das Richtige. (Große Heiterkeit und Juraus rechts.) Sie rechts glauben doch auch, daß Ihr Glaube der richtige ist, wenn Sie Flugblätter einem Beamten zuwenden, und wollen ihn zu Ihrem Glauben bekehren. (Widerspruch.) Bei Ihrem Abgang haben Sie den Glauben verlassen nicht mehr, aber in Ihrer Willkür hatten Sie ihn doch; wir jedenfalls sind von der Wahrheit unserer Glaubens überzeugt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gerade in solchen Schwerezuständen zeigt sich die Angst und Furcht, die immer an jenen berühmten Dämonen erinnert, der von Pythagoras bei Erfindung seines Lehrsages geoffert wurde und dessen Nachkommen nun annehmen. (Große Heiterkeit rechts und Juraus: Nachkommen des Dämonen, jede neue Wahrheit erfordert das Opfern von Dämonen.)

### Verstöße gegen die Reichsverfassung

haben wir ungemein zahlreich in Preußen. Ich erinnere an die Verläufe, durch preussische Gesetze die Reichsverfassung zu durchbrechen, wie es bei den Auslieferungsgesetzen geschieht. Der Abg. Spahn meinte damals, man müßte wohl ein Amt errichten, das darüber wachte, daß die Einzelstaaten nicht in die Sphäre des Reichs eingreifen. Trotzdem gehen die Verläufe weiter und weiter. So geschieht es auch bei dem Entwurf zu einem Gesetz über die Ausdehnung der Armenpflege auf Arbeitsscheue, das jetzt dem preussischen Abgeordnetenhause vorliegt. Dort wird vorgeschlagen, daß Arme, weil sie arm sind und deshalb die nicht unterstützt haben, die sie hätten unterstützen müssen, gegen ihren Willen in eine Zwangsanstalt mit Zwangsarbeit gebracht werden. Mit vollem Recht ist von einem nationalliberalen Abgeordneten hervorgehoben worden, daß sich ein Gesetz in schreiendem Widerspruch mit den Reichsgesetzen steht. Wir haben in den neunziger Jahren eine Strafbestimmung gegen diejenigen beschlossen, die die Pflicht zum Unterhalt der Ihrigen vernachlässigen. Demals ist ausdrücklich abgeklärt worden, für diese Fälle etwa Arbeitshaus anzulassen, und ein Paritularstatut hat kein Recht, die Materie, die durch Reichsgesetz geregelt ist, anders zu regeln, und wenn man im Abgeordnetenhause erklärt hat, über solche juristischen Zweifelsfragen solle man nicht stolpern, so vergißt man, daß man an diese Zweifelsfragen

### durch Eid gebunden

ist. Derjenige Beamte, der von diesem Gesetz, und wenn es zehnmal so erlassen würde, Gebrauch machen würde, treibt Mißbrauch der Amtsgewalt und gehört ins Justizhaus. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Derjenige gehört ins Justizhaus, der eine Strafe vollstreckt, die nicht vollstreckt werden darf. (Ebenfalls Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Abgeordnetenhause beruft sich darauf, es handle sich nicht um eine Strafe, sondern um eine Ausübung des Armenrechts. Der preussische Entwurf ist auch unvereinbar mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Freizügigkeit. Derartige Eingriffe in die Reichsverfassung sind um so merkwürdiger, als die preussische Regierung früher selbst zugegeben hat, auf diesem Gebiete sei sie nicht kompetent. Ist denn die Regierung jetzt soviel schlechter geworden, daß sie das nicht mehr einsehen kann. Das Reichsjustizamt muß in all diesen Fällen Einspruch erheben gegen diese Eingriffe in die Reichsgesetzgebung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Duellmord bleibt bestehen, weil die herrschenden Klassen aus Klasseninstinkt für sich eine besondere Auszeichnung für notwendig halten. So haben wir das Recht zu sagen,

### die Klassenjustiz schreit zum Himmel.

Der Richter, den besondere Standesprivilegien zwingen, gegen die Gesetze zu verstoßen, wird natürlich im Arbeiter einen minderwertigen Menschen sehen. So kommt sie zu den schweren Strafen Arbeitern gegenüber und zu den milden Bestrafungen Angehöriger der herrschenden Klassen. Ein Schuymann wurde wegen Amtsmißbrauch, trotz schwerer Proben, die er begangen hatte, nur zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Polizeioffizier in einer anderen Gegend bei schwerer Mißhandlung mit dem Säbel zu 30 Mark Geldstrafe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Gutsherr, der ein Dienstmädchen auf das roheste mißhandelt hatte, so daß der Arzt Schwelungen an fast allen Körperteilen feststellte, wurde zuerst zu 60 Mark verurteilt, in der Berufungsinstanz zu 40 Mark.

Redner führt weitere ähnliche Fälle an. Ein Agrarier, der einen Jugendlichen schwer mißhandelt hatte, wurde zu ganzen fünf Mark verurteilt, weil er „jähornig“ sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für eine barbarische Roheit gegen eine 50-jährige Frau bekam ein Verwalter, Bruder des Gutsherrn, von einem Schöffengericht, das aus einem Gutsherrn und einem Richter bestand, ganze hundert Mark Geldstrafe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie steht es demgegenüber mit den

Bestrafungen freilebender Vergleiche im Ruhrrevier? Dort steht die Klassenjustiz jetzt in besonderer Blüte. Das ist ja überall der Fall, wo Arbeiter um Errettung besserer Lebensbedingungen kämpfen und dabei wegen geringen Vergehens angeklagt werden. Die Richter zeigen in solchen Fällen ein Uebermaß

von Unkenntnis der sozialen Verhältnisse. Die Ehre der Arbeiter wird mit Füßen getreten, indem man die Ehre der Streikbrecher höher lagert, als nach dem Strafgesetzbuch die Ehre des Königs lagert wird. Mit kolossaler Schnelligkeit werden jetzt im Ruhrrevier Hunderte von Arbeitern abgeurteilt unter Ankerstrafung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung von derselben Behörde, die den Mörder des Arbeiter Herrmann nicht ermitteln kann und die in sechs Jahren den

### Hürden Eulenburg

nicht hat zur Verteilung bringen können. Entgegen dem Gerichtsverfassungsgesetz werden besondere Kammern zur schnelleren Aburteilung der Streikenden gebildet. Im Gesetz heißt es ausdrücklich: Ausnahmegerichte sind ungesetzlich. Ferner hat man systematisch die Untersuchungskraft angewandt, auch wo gar kein Fluchtverdacht vorlag oder die sonstigen Voraussetzungen des Gesetzes vorlagen. Man hat einfach gelagt: Fluchtverdacht sind die Betroffenen, weil sie Streikende sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist das keine Klassenjustiz! Die Staatsanwaltschaft und die Richter des Ruhrreviers haben offenbar die Streikenden in ihrer völligen Unkenntnis der sozialen Verhältnisse

### den Landstreichern gleichgestellt,

bei denen nach dem Gesetz Fluchtverdacht als vorliegend angesehen wird. Wegen der unbedeutendsten Lappalien, einfacher Schimpfworte hat man Untersuchungskraft verhängt. Auf diese Weise kann ein gewissenloser Staatsanwalt den Angeklagten ins Verderben bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dies Vorgehen, wie es jetzt in dieser von den Rechtsbehörden verachteten Gegend geschieht, verhält sich gegen das Reichsgesetz. Zur Degradierung der Justiz im Ruhrrevier ist dann noch etwas anderes hinzugekommen. Es sind im Gesetz gewisse Fristen vorgesehen, die den Angeklagten die Möglichkeit geben, für ihre Verteidigung zu sorgen. Da hat man nun ein ganz neues Mittel gefunden, wie es heißt auf höhere Anordnung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat den Angeklagten einen Keder vorgelegt, wodurch sie auf die Innehaltung der Redungsfristen verzichtet. Die Vorlegung solcher Keder ist ungesetzlich, die zum Teil nicht einmal der deutschen Sprache mächtig sind, ist der deutschen Justiz unwürdig, sie kommt der Erpreßung gleich.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat sogar von einzelnen Angeklagten den Verzicht auf die Innehaltung sämtlicher Fristen verlangt. (Juraus rechts.) Wenn das allgemeine Uebung, so müßte erst recht dagegen eingeschritten werden. Auf die zum Schutze des Angeklagten gegebenen Fristen kann gar nicht rechtskräftig verzichtet werden; ebensowenig wie jemand sich freiwillig einer Todesstrafe unterwerfen kann, der ein anderer an ihm zu vollstrecken hat, kann er auf die vom Gesetz vorgeschriebenen Schutzfristen für den Angeklagten verzichten. Dringend ist nötig, daß hiergegen eingeschritten wird. Braucht es weiterer Beweise der Klassenjustiz? Sie ist vielmehr geradezu zur Parole erhoben, und die Unternehmer jubeln den drakonischen Strafen, die über Arbeiter verhängt werden, zu. Eine Frau, die einen Streikbrecher Streikbrecher genannt hat, ist zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Ist denn Streikbrecher eine Verleumdung. (Juraus rechts: Eine Beschimpfung!) Es ist die Feststellung einer Tatsache. Gewiß gilt der Streikbruch für schimpflich bei denen, die den Streik billigen, genau wie ein Verräter des Vaterlandes. (Juraus rechts: Na, also!) Für denjenigen, der den Streik verurteilt, gilt das doch nicht. Das Gewerbe des Nachrichtenpalt für schimpflich, aber deshalb blies doch der Nachrichten ein Nachrichten, und wer ihn Nachrichten nannte, hatte ihn doch nicht beleidigt; so gilt der Streikbruch für ein schimpfliches Gewerbe in den Augen der anderen. Aber deshalb bleibt doch der Streikbrecher ein Streikbrecher, und wer ihn so nennt, kann ihn nicht beleidigen.

Die Streikbrecher sind zum Teil Leute, die zusammengeführt werden aus dem Auswurf der Menschheit; wie Hinz und Klotz hat, Leute, die Gelegenheiten haben wollen, mal loszutreten. In dieser Sucht, strafbare Handlungen zu begehen, ähneln sie allerdings den Quellanhängern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein bis zwei Monate wurden verhängt gegen Streikende, die nur zwei und Streikbrecher gerufen hatten. Wegen einer geringen Majestätsbeleidigung wird nicht mehr Anklage erhoben, aber

### Majestät Streikbrecher

steht höher. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein Monat Gefängnis wurde verhängt gegen eine Frau, die beschuldigt war, Pflanz zu haben, obgleich der Gendarm aussagte, er habe das Pflanz nicht gehört, aber der Oberkörper der Frau habe gezuckt. (Heiterkeit.) Daraus schloß das Gericht, es müsse dem Munde der Frau ein Pflanz entflohen sein. Vier Monate Gefängnis bekam ein Arbeiter, der Pflanz gezeugt und ausgespuckt hatte. (Juraus: Unerbötlich bei den Sozialdemokraten.) Ueber 500 solche einzelne Urteile sind bereits gefällt worden. Ein Streikbrecher trug einen Revolver bei sich, der ihm von drei Streikenden weggenommen wurde. Die Streikenden wurden angeklagt wegen Mordtötung, sie wollten ihn töten, sie nicht totzuschießen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Landgerichtsdirektor sagte zu den Angeklagten: Was geht es denn Sie an, wenn der Mann einen Revolver hat? Der Staatsanwalt beantragte je 3 Tage Gefängnis, das Gericht erkannte auf eine und drei Wochen Gefängnis, weil die Leute sich nicht hatten totschießen lassen.

Dringend notwendig ist eine Reform der Organisation der Rechtspflege. Die Regierung sollte doch überlegen, wie aufstehend solche Justiz auch auf den Ruhigsten wirken muß. Sie zeigt aber, daß sie den Arbeiter nicht für gleichberechtigt, ja nicht für einen Menschen hält, sondern daß sie nur zwei Nationen kennt, die der Rechtsbehörden und der übrigen besitzenden Klasse und die der Unterdrückten der Arbeiter.

Die Justiz ist nicht fähig zu objektiven Urteilen, sie betrachtet den Arbeiter stets als Uebel, die herrschende Klasse als Hammer. In vielen Strafkammern treiben die Richter geradezu politische Organe. Ich erinnere nur an Breslau und den dortigen Landgerichtsdirektor Mandry, der erklärt hat, die Beamten, die sich an Sozialdemokraten wenden, sind Schweinehunde. Zu wieviel Jahren Gefängnis hätte Herr Mandry verurteilt werden müssen, wenn diese Verleumdung gemessen würde an dem Strafmaß für die Verleumdung der Ehre eines Streikbrechers im Ruhrrevier! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Statt unabhängiger Leute, die ohne Rücksicht nach oben und unten, nur nach Ansehen der Tat richten, wird bei und verurteilt, ohne Ansehen der Tat nur nach Majestät, wer Angeklagter ist. (Sehr richtig!) Dieser Klassenjustiz ein Ende zu machen, ist nur dadurch möglich, daß die Richter aus allen Kreisen der Bevölkerung gewählt werden, daß sie vom Volke und aus dem Volke gewählt werden. Auch dann werden menschliche Irrtümer nicht ausbleiben. Solange das aber nicht erreicht ist, solange die Richter abhängig sind und politisch bedrückt werden, kann kein Vertrauen zu ihnen aufkommen, und können sie keine Fähigkeit zum gerechten Urteilen haben. Möge die Regierung bedenken, wer Wind ist, wird Sturm ernten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr; vorher Jesuiteninterpellation der Nationalliberalen und Wahlprüfungen; hierunter die des Abgeordneten Beder (natl.).

## Gerichts-Zeitung.

### Ein Nachspiel zum Falle Dubrowsky.

Vor etwa Jahresfrist erregte das tragische Geschick des russischen Studenten Dubrowsky allgemeines Aufsehen. Bekanntlich hat sich

Dubrowsky erschossen, weil ihm die Aufnahme in die Berliner Universität verweigert wurde. Die Universitätsbehörde folgte bei der Abweisung des jungen Mannes einem Wink der politischen Polizei, welche Dubrowsky als einen — vom Standpunkt der russischen Regierung betrachtet — politisch unzuverlässigen Menschen bezeichnete. Nach dem Tode Dubrowskys stellte sich heraus, daß ein Beamter der politischen Polizei, der bei ihm recherchiert hatte, ihm den Rat erteilt hatte, er möge in die hier bestehende Landsmannschaft russischer Studenten eintreten. Da diese Landsmannschaft einen politisch reaktionären Charakter trägt, lehnte es Dubrowsky ab, die Mitgliedschaft in diesem Verein zu erwerben. Den Umständen nach muß man annehmen, daß diese Weigerung für die politische Polizei das Merkmal der politischen Unzuverlässigkeit Dubrowskys war.

Am 24. Mai 1911 wurde im preussischen Abgeordnetenhause eine Interpellation über den Fall Dubrowsky verhandelt. Bei dieser Gelegenheit kam zur Sprache, daß die Landsmannschaft russischer Studenten, die nur eine winzige Anzahl von Mitgliedern hat, mit der russischen Volkspartei in sehr engen Beziehungen steht, also eine Organisation ist, welche die Politik der Zarenregierung zu unterstützen und zu fördern bemüht ist. Der Abgeordnete Sorfantsky nannte die Landsmannschaft russischer Studenten einen Verband echt russischer Leute und Genosse Karl Liebknecht kennzeichnete im Abgeordnetenhause die Landsmannschaft mit den Worten: „Dieser Volksparteiverein zählt zu seinen Mitgliedern den Sohn jenes Rentschiloff, des Deutschenhebers der „Kosowo-Bremja“. Der Verein wird subventioniert von der russischen Volkspartei. Er nimmt keine Juden auf, aber ist ein Beweis für das Reinlichkeitsgefühl der russischen Studenten, daß sich ihm bisher nur 16 bis 17 Mitglieder angeschlossen haben.“

Ueber die Verhandlung im Abgeordnetenhause hat Schriftsteller Anton Trocki einen Bericht in einem Moskauer liberalen Blatte veröffentlicht. In dem Bericht kommt eine Wendung vor, welche von der Entloerung der Schwarzhundertmänner spricht, womit die Landsmannschaft russischer Studenten gemeint ist. Wegen dieser Wendung haben die Verbandsmitglieder der Landsmannschaft, die Studenten Lepp, Spholowski, Damseloff und Hamm, die Verleumdungsgelasse gegen Trocki erhoben. Das Schöffengericht Charlottenburg hat, wie unseren Lesern erinnerlich, den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt. Es ging davon aus, daß im Abgeordnetenhause nicht gesagt worden ist, die Landsmannschaft gehöre zu den Schwarzhundertmännern und daß der Angeklagte durch diese Bezeichnung eine Verleumdung begangen habe.

Gestern wurde die Klage in der Berufungsinstanz (Landgericht III) verhandelt. Der vom Rechtsanwält Dr. Karl Liebknecht verteidigte Angeklagte wollte durch die geladenen Sachverständigen Buchholz und Grohmann den Beweis erzwingen, daß man in Russland nicht nur die Veranstalter von Pogromen und sonstigen Gewaltmitteln im Interesse der Reaktion als Schwarzhundertmänner bezeichnet, sondern daß dieser Ausdruck allgemein auf alle Rektoren der reaktionären Politik der russischen Regierung angewandt werde. — Rechtsanwält Brederer, der die Klager vertrat, hatte drei Sachverständige geladen, die sich ebenfalls über russische Verhältnisse auslassen sollten. Es kam aber nicht zu einer materiellen Verhandlung. Auf Anregung des Vorsitzenden wurde zunächst die formelle Frage geprüft, ob die vier Verbandsmitglieder der „Landsmannschaft russischer Studenten e. V.“ ihren Verein als beleidigt ansehen und für diesen Klagen, oder ob sie für sich persönlich als Klager auftreten.

Nach längerer Beratung kam das Gericht zu dem Urteil: Die Klager treten nicht für ihre persönliche Ehre auf, sondern der Verein ist der Klager. Ein Verein aber ist nicht beleidigungsfähig. Nur physische Personen können beleidigt werden. Der Angeklagte wird deshalb freigesprochen.

### Einigung des § 193 Str.-G.-B.

Gegen 20 Einwohner von Tegel, darunter die Kommerzienräte E. von Borlig und C. von Borlig, Postdirektor Bekman, Geh. Regierungsrat Dr. Meier, Prof. Drehschmidt, Sanitätsrat Dr. Koeler, Stadtdirektor Unger und andere Honoratioren, richtete sich eine Privatklage des Redakteurs der „Tegeler Nachrichten“, Alex Witt, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Weißensee verhandelt wurde. Der Privatklager wurde durch Rechtsanwält Dr. Werthauer vertreten, die Angeklagten durch die Justizräte Bernstein und Dr. von Gordan verteidigt. In Tegel herrscht seit längerer Zeit Streit über die Tätigkeit des Gemeindevorstandes Bürgermeister Weigert. Ein Teil der Bürgerschaft war mit dem Bürgermeister zufrieden, ein anderer Teil nicht. Zu den unzufriedenen Elementen gehörte der Klager. Am Weihnachtsabend brachten sodann die „Tegeler Nachrichten“ nach dem Bekanntwerden eines in der Bürgerschaft viel und unliebsam besprochenen Vorfalles aus dem Privatleben des Bürgermeisters einen gegen diesen gerichteten geharnischten Artikel, in welchem das Landratsamt, der Regierungspräsident, der Oberpräsident und schließlich der Minister aufgerufen wurden, für die Entlassung des Bürgermeisters aus dem Amt ohne Pension zu sorgen. Gegen diesen Artikel veröffentlichten die jetzigen Angeklagten ein Flugblatt, das inzwischen zahlreiche Unterschriften von Tegeler Einwohnern gefunden hat. Es wurde darin gesagt, daß sich die „Tegeler Nachrichten“ die Rolle eines berufenen Richters der öffentlichen Moral anmaßen, daß eine so ziellose Ausübung privater Dinge im Kampf um die kommunalen Interessen das öffentliche Leben des Ortes auf ein geistig und sittlich niedriges Niveau herabsetze und gegen sich unerbötlich niedrige Handlungsweise protestiert werden müsse. Dies der Gegenstand der Privatklage.

In der Verhandlung kam zur Sprache, daß gegen den Bürgermeister das Disziplinarverfahren eingeleitet und er einstweilen vom Amte suspendiert worden sei. — Nach längerem Vorklatschen der Vertreter beider Parteien erkannte das Schöffengericht: Der Klager hat mit dem Artikel sein Recht als Redakteur, öffentliche Mißstände zu besprechen, wahrgenommen. Es könne ihm nicht verweigert werden, daß er jenen unliebsamen Vorfalle aus dem Privatleben des Bürgermeisters in der Zeitung veröffentlichte. Denn einen Rechtsfall, daß er dies zu unterlassen habe, gebe es nicht. Aus der Form des Artikels ergebe sich nicht, daß der Privatklager sein Recht überschritten hat. Wenn ein Teil der Bürgerschaft seinen entgegengelegten Standpunkt geltend machte, so muß ihm im weitesten Sinne der Schutz des § 193 Str.-G.-B. zugebilligt werden. Der Verdictshof hat aber angenommen, daß durch den im Flugblatt gebrauchten Ausdruck „unerhörte niedrige Handlungsweise“ die Grenzen des Schutzes durch § 193 überschritten sei. Daß die Handlungsweise des Klagers niedrig sei, habe die Verhandlung nicht ergeben; nach der Ansicht des Gerichts war der Vorgang dazu angetan, daß der Privatklager energisch gegen den Bürgermeister Stellung nahm. Das Gericht hat die Angeklagten zu je 20 Mark Geldstrafe eventuell je zwei Tagen Haft verurteilt.

Eine Freisprechung hätte dem Sinne des § 193 Str.-G.-B. mehr entsprochen; wer Dinge, die das Privatleben betreffen, in der erwähnten Art an die Öffentlichkeit setzt, muß damit rechnen, daß andere diese Handlungsweise für niedrig halten. Sprechen sie das aus, so handeln sie im Wahrnehmung berechtigter Interessen, beleidigen also nicht, auch wenn ihre Ansicht falsch ist.

### Ein ungläubiger Pastor.

Der Pastor von Stahndorf, Anst. soll auf Behauptung des Arztes Dr. Wilhelm Eckert sehr freimütige Äußerungen getan haben. Der Pastor bestritt dies. Das Kommissorium stellte Straf Antrag. In der gestrigen Verhandlung dieser hochnotpeinlichen Sache wurden einige freimütige Äußerungen des Pastors durch Zeugen bestätigt. Es wurde neuer Termin anberaumt, in dem auch der Pastor als Zeuge erscheinen soll.

# Ihr erster Schreibversuch!



Zum Schulanfang bieten wir Ihnen äusserst preiswert enorme Auswahl in praktischen Backfisch-Kostümen und Mänteln, wie reizenden Kinderkleidchen und Kinder-Mäntelchen

## C & A

**BRENNINKMEYER**  
Spezialhaus für Damen-, Backfisch- u. Kinderkonfektion

**36<sup>75</sup>**  
Elegante Kostüme  
blau Kammgarn, reich garniert, auf Seide  
von 19<sup>75</sup> bis 85<sup>00</sup>

**29<sup>75</sup>**  
Moderne Paletots  
in schön. Stoffen engl. Art, besond. preiswert  
von 5<sup>75</sup> bis 49<sup>00</sup>

**Königstrasse 33**  
Bahnhof Alexanderplatz

**Chausseestr. 113**  
Ecke Invalidenstrasse

# MAGGI'S Erzeugnisse

MAGGI'S Würze MAGGI'S Bouillon-Würfel MAGGI'S Suppen

## sind die besten!

„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!“

### 2. Ziehung 4. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 17. April 1912 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefällig, und zwar je einer auf die Losnummer gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
9 204 [500] 414 612 958 1146 201 345 79 472 [400]  
758 807 935 37 2003 108 392 459 519 908 85 3034 38  
709 940 4186 226 823 591 10 634 81 823 37 5123 45  
828 56 800 59 6154 308 633 916 7248 70 376 03 439  
827 [400] 778 906 8998 788 [400] 9076 100 332 [1000]  
45 828  
10154 215 449 [400] 525 27 85 11030 209 401  
84 338 698 791 907 12000 182 209 73 74 303 611 58  
658 698 936 13005 136 437 858 733 42 14107 77 607  
19 15232 383 807 65 643 16347 401 916 737 [3000]  
972 17930 394 828 [400] 832 818 16023 119 579 418  
616 680 19180 622 732 854 [3000] 79 [400]  
20115 [500] 77 21018 85 218 [400] 49 65 542 407  
883 22137 84 474 [400] 89 84 [400] 916 23336 37 879  
823 64 971 24005 227 567 641 943 26111 [400] 86  
323 799 907 18 928 20852 595 546 741 63 839 27086  
186 [1000] 541 338 72 93 402 603 693 747 830 28681  
658 29399 639 799 880  
30953 839 84 615 854 97 31437 95 661 [1000]  
32123 853 33271 63 [400] 959 34010 [400] 189 223  
406 [400] 603 38293 97 336 [500] 49 68 84 533 701  
64 38485 887 37163 346 483 616 731 45 38012 29  
49 303 94 603 [400] 608 803 914 39038 931  
40101 806 [400] 823 72 678 958 41027 528 376  
42000 580 43280 380 797 825 935 44073 110 647  
820 45809 81 483 [800] 606 783 889 46018 27 190 231  
885 847 89 914 47000 60 99 94 451 70 614 94 815 46  
[400] 97 48015 89 127 202 84 395 488 829 49023 499  
618 626 734 660  
50949 674 723 [600] 94 [1000] 51118 33 49 308  
609 [400] 82 707 [400] 52302 [400] 27 424 683 645  
714 603 53372 648 810 54034 138 264 55481 625 65  
725 812 50008 628 86 834 987 57281 699 58184 401  
71 586 694 776 801 89008 100 36 233 63 431 668  
60370 356 827 61092 86 169 892 82053 603 768  
829 63453 [400] 390 457 841 624 828 64339 85519  
720 83 68354 805 946 87001 46 161 65 221 74 870  
841 68010 68 101 15 840 806 87 447 680 [1000] 715  
44 811 [500] 44 69110 260 331 89 443 880 851 [400]  
70909 106 270 404 34 [400] 604 023 71243 433 892  
72081 276 684 602 81 985 73454 556 768 996 74082  
73 106 266 627 04 777 606 52 75799 78389 820 708  
867 82 [400] 61 77190 643 78001 101 74 614 922 97  
79000 89 [1000] 459 587 657 873  
80315 240 483 843 81037 329 616 614 824 74 947  
82005 99 299 789 83335 62 89 694 844 84103 343  
351 630 708 90 77 [18000] 858 99 85322 402 850 57  
81 719 08009 329 36 97 417 77 613 60 899 87124 009

### 2. Ziehung 4. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 17. April 1912 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefällig, und zwar je einer auf die Losnummer gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
344 [1000] 419 870 859 63 994 1139 07 643 47  
705 2340 411 610 782 823 83 987 3788 4093 283 631  
899 917 5080 191 448 6225 43 394 7181 89 204 300  
771 814 87 927 64 83 8190 384 528 701 880 9061 122  
88 269 99 441 637 035 88  
10170 351 904 98 11185 [1000] 234 406 522 758  
942 12492 720 28 895 787 [400] 901 13042 101 [600]  
30 14044 165 580 557 852 15031 119 203 521 65 471  
814 72 775 887 18070 269 [400] 17255 [3000] 426 566  
600 813 43 78 614 18232 40 341 606 848 906 19093  
343 484 888 680 861  
20433 626 [400] 605 56 99 668 21013 845 647  
22115 338 634 61 640 704 [400] 839 956 23092 202  
98 304 7 67 448 536 645 [400] 638 24110 51 299 552  
812 25032 289 600 83 26178 75 221 83 398 635 27011  
400 631 64 770 [500] 855 28179 221 417 683 781 880  
944 29122 383 87 519 753  
30066 666 703 831 [500] 82 86 [400] 31315 453  
503 801 32589 815 977 33661 66 761 34008 203 307  
51 401 686 879 983 35083 207 584 710 36077 516 697  
992 37060 352 86 493 684 900 38064 210 27 356 08  
64 738 838 964 39030 197 342 702 096  
40084 77 402 36 64 801 958 41191 775 42193  
56 238 416 84 520 617 43000 430 708 44119 [400]  
241 433 661 140 06 617 45001 [400] 11 272 [400] 360  
40408 280 718 06 838 [400] 47180 250 521 29 885  
48050 118 406 744 49088 159 308 73 664 815 913 60  
50063 407 575 732 [5000] 83 814 86 906 83 51070  
670 52119 274 381 677 742 802 53019 47 906 54157  
322 864 55185 308 469 748 850 58 64 927 56361 485  
870 906 57885 796 644 58101 88 79 [500] 59209  
876 780 983 38  
60107 310 381 487 660 680 61111 701 62081  
[3000] 194 478 830 766 877 970 63448 96 613 823 33  
64008 280 642 972 65176 572 734 000 66003 303 41  
83 448 82 889 682 67170 487 931 04 [500] 68239 329  
406 958 69194 274 925 59 820  
70113 426 796 [3000] 71624 [30000] 987 624 713  
628 [400] 72197 271 651 834 73268 174 606 22  
74266 308 494 501 46 95 75018 286 628 [500] 70207  
782 56 06 009 77431 724 29 78046 103 393 648 514  
20 600 705 40 998 78378 [400] 463 524 28 63 645 774  
[600] 95 866 89 619  
80059 110 463 [400] 607 781 81189 281 315 419  
620 898 82303 63047 49 129 74 336 84057 140 280  
525 81 688 898 [600] 939 85006 30 213 [500] 674  
66074 310 617 940 87025 298 611 42 847 38034 171  
205 80 304 883 89139 346 411  
60050 226 433 605 277 91447 826 [400] 830 62008

### 2. Ziehung 4. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 17. April 1912 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefällig, und zwar je einer auf die Losnummer gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
344 [1000] 419 870 859 63 994 1139 07 643 47  
705 2340 411 610 782 823 83 987 3788 4093 283 631  
899 917 5080 191 448 6225 43 394 7181 89 204 300  
771 814 87 927 64 83 8190 384 528 701 880 9061 122  
88 269 99 441 637 035 88  
10170 351 904 98 11185 [1000] 234 406 522 758  
942 12492 720 28 895 787 [400] 901 13042 101 [600]  
30 14044 165 580 557 852 15031 119 203 521 65 471  
814 72 775 887 18070 269 [400] 17255 [3000] 426 566  
600 813 43 78 614 18232 40 341 606 848 906 19093  
343 484 888 680 861  
20433 626 [400] 605 56 99 668 21013 845 647  
22115 338 634 61 640 704 [400] 839 956 23092 202  
98 304 7 67 448 536 645 [400] 638 24110 51 299 552  
812 25032 289 600 83 26178 75 221 83 398 635 27011  
400 631 64 770 [500] 855 28179 221 417 683 781 880  
944 29122 383 87 519 753  
30066 666 703 831 [500] 82 86 [400] 31315 453  
503 801 32589 815 977 33661 66 761 34008 203 307  
51 401 686 879 983 35083 207 584 710 36077 516 697  
992 37060 352 86 493 684 900 38064 210 27 356 08  
64 738 838 964 39030 197 342 702 096  
40084 77 402 36 64 801 958 41191 775 42193  
56 238 416 84 520 617 43000 430 708 44119 [400]  
241 433 661 140 06 617 45001 [400] 11 272 [400] 360  
40408 280 718 06 838 [400] 47180 250 521 29 885  
48050 118 406 744 49088 159 308 73 664 815 913 60  
50063 407 575 732 [5000] 83 814 86 906 83 51070  
670 52119 274 381 677 742 802 53019 47 906 54157  
322 864 55185 308 469 748 850 58 64 927 56361 485  
870 906 57885 796 644 58101 88 79 [500] 59209  
876 780 983 38  
60107 310 381 487 660 680 61111 701 62081  
[3000] 194 478 830 766 877 970 63448 96 613 823 33  
64008 280 642 972 65176 572 734 000 66003 303 41  
83 448 82 889 682 67170 487 931 04 [500] 68239 329  
406 958 69194 274 925 59 820  
70113 426 796 [3000] 71624 [30000] 987 624 713  
628 [400] 72197 271 651 834 73268 174 606 22  
74266 308 494 501 46 95 75018 286 628 [500] 70207  
782 56 06 009 77431 724 29 78046 103 393 648 514  
20 600 705 40 998 78378 [400] 463 524 28 63 645 774  
[600] 95 866 89 619  
80059 110 463 [400] 607 781 81189 281 315 419  
620 898 82303 63047 49 129 74 336 84057 140 280  
525 81 688 898 [600] 939 85006 30 213 [500] 674  
66074 310 617 940 87025 298 611 42 847 38034 171  
205 80 304 883 89139 346 411  
60050 226 433 605 277 91447 826 [400] 830 62008

648 700 610 51 921 63378 555 703 853 94304 442 650  
939 46 95330 267 705 96160 488 676 886 907 53  
97050 712 20 98143 234 91 401 515 009 50 90016 22  
800 600 990 97  
100004 119 613 803 14 101445 619 618 97  
102004 405 620 47 825 947 103108 6 241 301 83  
99 586 747 104092 106 [600] 365 630 648 749 [500]  
94 804 105008 106148 838 77 973 107105 34 268  
488 [500] 809 80 676 78 108391 116 410 699 700 813  
085 99 108084 189 277 209 86 432 69 91 897 763  
846 06 982  
110064 634 69 111187 112168 563 095  
113003 85 91 355 69 435 679 704 66 509 114182  
439 63 836 [400] 676 115247 493 850 116168 243  
200 488 586 629 89 928 117038 287 658 874 118319  
[1000] 897 45 743 816 27 971 119092 125 73 [400]  
214 [60000] 312 447 [600] 616 [400] 714 28 889  
120175 893 121154 467 74 93 617 44 762  
122080 478 86 537 89 91 616 30 760 933 123276  
482 813 90 [400] 997 124088 09 276 522 64 04 875  
958 125356 82 700 [400] 126147 40 718 817 127173  
398 330 32 595 128366 443 62 [400] 652 661 705 825  
29 928 98 129208 589 850  
130230 47 870 732 878 131176 201 12 432 88  
611 [400] 664 765 885 132262 358 826 82 134007  
183 625 28 907 135031 173 83 838 40 648 818 136343  
907 [400] 137007 315 83 477 616 86 98 703 41 653  
138017 919 139182 201 84 435 599 650 94  
140135 243 43 325 698 99 [500] 741 141078 419  
934 142243 690 [500] 708 955 143279 855 681 974  
144177 264 430 [400] 547 [5000] 683 83 980 145055  
78 827 54 [400] 779 146095 727 147185 394 423  
529 77 890 [400] 705 148070 93 349 753 96 897 022  
61 149115 409 86  
150123 462 694 601 151589 836 152144 322 35  
611 [500] 861 905 153472 599 758 821 154040 404 96  
77 628 98 997 155855 731 658 [500] 029 [400]  
156247 64 528 620 702 893 1590000] 929 157116  
218 573 486 88 95 607 902 158209 307 [400] 781  
159217 450 588 642 832 989  
160180 570 662 662 741 161026 152 [600] 584  
162291 [5000] 808 612 [500] 877 924 163184 266  
873 628 40 834 940 83 164003 45 70 244 79 504 60  
79 95 483 508 692 799 964 165178 851 655 750 807  
18 51 166001 42 119 220 468 691 734 167100 383  
499 799 997 168793 937 80 169542 [400] 865  
170091 111 541 443 638 50 775 870 171089 149  
172034 [400] 86 341 237 68 710 [3000] 901 173483  
83 177 838 48 174303 53 581 996 175026 [400] 384  
767 004 538 176040 690 177410 178001 264 302  
867 706 178047 871 877  
180188 08 284 [400] 534 662 736 181126 [400]  
687 926 182287 518 677 183274 305 537 184014  
457 830 79 987 [400] 185123 236 680 789 186142  
247 617 31 757 967 187031 143 470 75 816 24 853  
67 [400] 849 78 188156 229 520 70 610 810 189547  
627 726 40 807 620  
Die Ziehung der 2. Klasse findet vom 10. Mai bis  
5. Juni 1912 statt.

### Die Atylistenvergiftungen vor Gericht.

Zwölfter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung gibt Rechtsanwalt Bredered folgende Erklärung ab: Er habe im Laufe der Verhandlung erklärt, daß durch die Fabrikate der Margarinefirma Rohre, welche ein neues Öl angewendet habe, zahlreiche Todesfälle verursacht worden seien. Nach einer Rücksprache mit dem Vertreter der Firma, der sich an ihn gewandt habe, könne er jetzt erklären, daß nicht Todesfälle, sondern nur zahlreiche Erkrankungen vorgekommen wären.

Es wird sodann die Beweisaufnahme über einzelne Anklagefälle fortgesetzt. In einem dieser Fälle erklärt der Staatsanwalt, daß er die Anklage fallen lasse.

In einem andern Falle hat Dr. Jeserich in der Leiche des unter auffallenden Erscheinungen plötzlich verstorbenen Arbeiters Schneider Methyloalkohol festgestellt. Gerichtsarzt Dr. Marg, der in diesem Falle zusammen mit dem Medizinalrat Dr. Pfeiffer die Obduktion vorgenommen hat, bekundet, daß der Beweis dafür, daß der Tod durch Methyloalkoholvergiftung herbeigeführt worden, weder aus der Krankheitsgeschichte noch aus dem Obduktionsbefunde mit Sicherheit zu führen sei. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Der Schneider ist am 1. Weihnachtsfesttage gestorben, die Obduktion hat am 5. Januar stattgefunden. Ich frage den Herrn Sachverständigen, ob die Leiche vor der Obduktion dem Beschuldigten Schaumack zur Anerkennung vorgelegt worden ist? — Dr. Marg: Es wird immer, wenn wir obduzieren, die Leiche identifiziert. Wie dies in dem vorliegenden Falle geschehen, kann ich nicht sagen. Wir obduzieren keine Leiche, die nicht identifiziert worden ist. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Können Sie vielleicht das schriftliche Erlaßchen zur Obduktion noch vorgezeigt? — Dr. Marg: Das glaube ich nicht. Das Erlaßchen wird bisweilen auch telefonisch gerichtet. — Der Vorsitzende ordnet die Protokollierung der Fragen des Verteidigers an, da er nicht wisse, wohin diese zielen. — Staatsanwalt Dr. Gutsjahr: Sie zielen auf § 88 der Strafprozeßordnung. (Dieser § 88 bestimmt: Vor der Leichenschauung ist, wenn nicht besondere Hindernisse entgegenstehen, die Persönlichkeit des Verstorbenen, insbesondere durch Befragen von Personen, welche den Verstorbenen gekannt haben, festzustellen. Ist ein Beschuldigter vorhanden, so ist die Leiche ihm zur Anerkennung vorzuzeigen.) — Dr. Werthauer beantragt die Verlesung der Verfügung bezüglich der Obduktion, ebenso die Protokollierung verschiedener Fragen. — Der Gerichtshof lehnt nach kurzer Beratung die Verlesung und die Protokollierung ab. — Dr. Werthauer: Sollte es sich ermöglichen lassen, die Obduktion noch um 1 oder 2 Tage zu verschieben? — Dr. Marg: Mit jeder Stunde, die die Obduktion verschoben wird, verkleinert sich die Möglichkeit, einwandfreie anatomische Befunde festzustellen.

Geheimrat Professor Dr. Stadelmann wird hierauf vom Staatsanwalt befragt, ob es möglich sei, daß in den hier behandelten Todesfällen Genidstarre in Frage stehen könne. Der Staatsanwalt bemerkt hierzu: er stelle diese Frage nur, weil Dr. Joffe behauptet hat, daß Genidstarre in Frage kommen könne. — Rechtsanwalt Dr. Joffe bestritt, daß er diese Behauptung aufgestellt habe. Er habe nur an den Medizinalrat Dr. Störmer die Frage gerichtet, ob bei Genidstarre sich nicht ähnliche Symptome zeigen, wie bei Methyloalkoholvergiftung, da ihm solches gemeldet worden sei. — Geheimrat Professor Dr. Stadelmann: In keinem der in Frage stehenden Fälle kann auch nur der geringste Verdacht entstehen, daß Tod an Genidstarre vorlag. Dieser Gedanke ist mit Entschiedenheit abzulehnen. Dagegen sprechen alle klinischen Beobachtungen und die Ergebnisse der Obduktion. — Auf Ersuchen des Staatsanwalts gibt Geheimrat Stadelmann ferner Auskunft über die fünf Fälle der Erblindung, die im Krankenhause vorgekommen seien. Wirkliche totale Blindheit sei nur in einem Falle beobachtet worden, bei den übrigen lagen nur starke Sehschwächen vor. In das Krankenhaus kommen viele Trinker und Säufer, aber es ist noch nicht vorgekommen, daß der Genuß von Methyloalkohol solche Sehschwächen zur Folge gehabt hat.

Sachverständiger Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Pfeiffer, Direktor des Pharmakologischen Instituts, ist vom Staatsanwalt vorgeladen, um Auskunft zu geben über die Literatur über Methyloalkohol, über die Zeitschriften, in denen sie veröffentlicht ist und was aus der Literatur über Todeserfolg und Erblindung infolge von Methyloalkohol zu ersehen ist. Geheimrat Pfeiffer bekundet u. a.: Die ersten Fälle von Methyloalkoholvergiftung sind 1879 in einer französischen Zeitschrift beschrieben; sie betrafen zwei französische Gefangene in Beaucaire. Neuerdings ist der Ophthalmologe Dr. Dirschberg wieder darauf zurückgekommen. Dann kam in Deutschland 1890 ein Fall vor, bei dem in Remel ein Arbeiter, der Methyloalkohol mit Kornbrennwein getrunken hatte, innerhalb 6 Tagen erblindete. Dann kam im Jahre 1904 der große Bericht von den beiden amerikanischen Ärzten Waller und Wood über 275 Vergiftungsfälle, die teils durch reinen Methyloalkohol, teils durch sogenannten Columbiapirit, teils durch Schnaps oder Eszenzen, die mit Methyloalkohol befeuchtet waren, eingetreten waren. Darunter waren 168 Fälle der Erblindung und 122 Todesfälle. Erblindungen waren nicht bloß durch den Genuß von methyloalkoholischen Getränken, sondern auch durch Einatmen hervorgerufen. Letzteres bezog sich auf zwei Arbeiter, welche Bierfässer mit Schellack verpackten, der in Methyloalkohol gelöst war. Dann sind aus Rußland eine Anzahl Fälle berichtet worden, die Berichte erstreckten sich 1910 auf 80 Vergiftungen. In diesen Fällen war sogenannter Kinderbalsam getrunken worden, bezw. war Methyloalkohol, der zur Herstellung von Wunderbalsam diente, genossen worden. Auch da kamen Sehschwächen reichlich vor. Auf dem Ophthalmologischen Kongreß 1910 wurde über 70 Fälle aus Ungarn berichtet. Außerdem sind von Dirschberg in Leipzig sehr exakte experimentelle Untersuchungen in den Jahren 1901 und 1902 an Hunden, Kaninchen und Affen angestellt worden, die mit kleinen Mengen Methyloalkohol gefüttert wurden. — Auf eine Frage des Staatsanwalts Dr. Gutsjahr erklärt der Sachverständige: Er glaube nicht, daß in den Weisen der praktischen Ärzte die Giftigkeit des Methyloalkohols in größerem Umfange bekannt war; bekannt war es in den Kreisen der Pharmakologen und auch in den Kreisen der Augenärzte. Die medizinische Literatur ist so umfangreich, daß der Praktiker nicht alles lesen kann. — Auf eine weitere Frage vom Richterliche bemerkt der Sachverständige: Er wisse nicht, ob den beamteten Ärzten die Giftigkeit bekannt war.

Rechtsanwalt Dr. Alberg: Der Herr Sachverständige hat zwei Fälle angeführt, in denen nicht innere Vergiftung, sondern Vergiftung durch Einatmen vorgekommen war. Wie kommt es dann wohl, daß bei der Firma Rohlbaum nicht solche Vergiftungen durch Einatmen bei der Fabrikation beobachtet worden sind? — Geheimrat Pfeiffer: Das kommt daher, weil bei Rohlbaum die hygienischen Einrichtungen besser sind. — Staatsanwalt: Es ist hier angesetzt worden, daß durch Oxidation Ameisensäure entstanden und auf diese der Tod zurückgeführt werden könnte. — Geheimrat Pfeiffer: Die wissenschaftliche Deputation hat sich vor kurzem in einem Gutachten mit der Ameisensäure beschäftigt. Es handelte sich um Zitronensaft, der 0,1 Proz. Ameisensäure enthielt. Die Deputation hat gesagt, daß Ameisensäure in beträchtiger Verdünnung keine giftige Wirkung ausübt und die letztere etwa der der Essigsäure entspricht. — Rechtsanwalt Pfeiffer (der für den 8. Tage behinderten Rechtsanwalt Bredered eingetreten ist): Ist es möglich, daß durch Einatmen von Luft aus Methyloalkohol Ameisensäure erzeugt wird? — Geheimrat Pfeiffer: Das halte ich für ausgeschlossen. — Richterliche Dr. Arienner: Es ist von der Verteidigung behauptet worden, daß in den Ölen oder Eszenzen die zur Herstellung von Schnaps mit verwendet wurden, Gifte enthalten sein können. — Geheimrat Pfeiffer: Solche Eszenzen werden doch auch

dem Methyloalkohol zugefügt, ohne daß giftige Wirkungen sich ergeben. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Die Behauptung ist nicht so aufgestellt worden, wie es der Herr Richter angegeben. Es ist behauptet worden, daß Methyloalkohol und Methyloalkohol mit Eszenzen befeuchtet werden und der Methyloalkohol erst durch den Zusatz gewisser Eszenzen eine giftige Wirkung erhalten kann. — Geheimrat Dr. Pfeiffer: Welche Eszenzen kommen dabei in Frage? — Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Das ist nicht festgestellt, weil keine Voruntersuchung geschweigt hat. — Richterliche Dr. Arienner: Findet der Herr Sachverständige einen inneren Unterschied zwischen meiner Frage und der Erklärung des Verteidigers? — Geheimrat Dr. Pfeiffer: Nein! — Der Vorsitzende hält die Protokollierung des Vorganges für geboten.

#### Ordnungsstrafen.

Nach der Mittagspause verkündet der Vorsitzende Landgerichtsrat Brieskorn durch den Mund des Gerichtsschreibers den nach längerer Beratung gefaßten, gegen Rechtsanwalt

#### Dr. Werthauer gefaßten Beschluß.

Soweit bei dem schnellen Vorlesen die einzelnen Punkte verständlich waren, wird dagegen etwa folgendes gesagt:

1. Dr. Werthauer habe in einer Sitzung gesagt: Das Gericht übersehe die Sachlage nicht und er hat deshalb einen Verlegungsantrag gestellt, um die Sache besser vorbereiten zu lassen und er hat dabei gesagt: nach Pfingsten sehen wir uns dann mit frischen Kräften wieder.

2. Nach der am 2. April gegen den Rechtsanwalt Dr. Joffe verhängten Ordnungsstrafe entfernte sich dieser mit dem Rechtsanwalt Dr. Wuppe aus dem Sitzungssaale, angeblich um sich mit den übrigen Verteidigern zu beraten. Nach geraumer Zeit kehrten die Verteidiger mit Ausnahme des Justizrats Dr. Joes nach einander demonstrativ in den Saal zurück und nahmen unter einem erheblichen, zu diesem Zwecke nicht erforderlichen Stuhlrauschen mit solchem Geräusch ihre Plätze ein, daß die Verhandlung gestört wurde und der Vorsitzende um Unterlassung ersuchen und die Verhandlung unterbrechen mußte.

3. Am 4. April hat Dr. Werthauer bei der Verhandlung des Falles Koppin nach Vernehmung des Sachverständigen Medizinalrats Dr. Hoffmann die Verlesung des Obduktionsprotokolls ohne Angabe eines Grundes und ohne ersichtlichen Grund verlangt. Daß eine solche Verlesung unzulässig sei, muß dem Rechtsanwalt Dr. Werthauer bekannt sein; der Antrag hat daher die künstliche Schaffung eines Revisionsgrundes bezweckt. Nach Ablehnung des Antrages hat Dr. Werthauer erklärt: er widerspreche nunmehr für Vergangenheit und Zukunft der Entlassung von Zeugen und Sachverständigen. Er hat dann an die Zeugin Koppin eine bereits früher gestellte Frage gerichtet und Gerichtsbeschluß darüber beantragt, obgleich er darauf hingewiesen worden war, daß die Frage schon beantwortet worden sei.

4. In der Verhandlung vom 4. April ist durch das Sitzungsprotokoll folgendes erwiesen: Rechtsanwalt Dr. Werthauer erklärte: er wolle an die Zeugin Koppin die Frage richten, aus welchem Grunde ihr Ehemann feinerzeit beim Militär invalider worden sei; eventuell beantragte er Gerichtsbeschluß. Der Vorsitzende stellte dann diese Frage und fügte hinzu: Wann ist Ihr Ehemann vom Militär entlassen? Nachdem die Zeugin diese Frage beantwortet hatte, erklärte Dr. Werthauer: Ich bitte beantragt, die Frage selbst zu stellen, denn das sei ein Grundrecht der Verteidigung. Als ihm dann gesagt wurde, er solle dann doch die Frage stellen, antwortete er: er habe jetzt keinen Anlaß dazu und fügte nach kurzer Pause hinzu: weil die Frage nun schon beantwortet ist.

5. In zahlreichen Fällen hat Dr. Werthauer von ihm selbst gestellte Fragen wiederholt, obgleich er mehrfach darauf hingewiesen war, daß diese Fragen schon beantwortet seien. In der heutigen Sitzung hat er erklärt, daß eine von einem Zeugen an den Sachverständigen Geheimrat Prof. Dr. Pfeiffer gerichtete Frage unrichtig sei und die von ihm selbst dann in anderer Form gestellte Frage war inhaltlich genau so wie jene.

Diese Vorgänge stellen eine grobe Ungebühr des Rechtsanwalts Dr. Werthauer dar und sind von ihm in der Absicht hervorgerufen, um auf Kosten des Ansehens des Gerichts in der Öffentlichkeit, sei es aus Neugierde, sei es aus anderen unberechtigten Gründen, dem Bericht Schwärzereien zu bereiten und die ordnungsmäßige Verabreichung des Verfahrens zu verhindern. Rechtsanwalt Dr. Werthauer wird deshalb in eine Ordnungsstrafe von 100 M. genommen.

Die Verhandlung wurde hierauf auf nächsten Sonnabend 9 Uhr verlagert.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer, der bei der Verhängung der Ordnungsstrafe wegen einer an anderer Stelle von ihm zu führenden Verteidigung nicht im Saale anwesend war, hat gegen die Ordnungsstrafe sofort Beschwerde eingelegt. Außerdem hat er, dem Vernehmen nach, sofort eine Eingabe an den Justizminister gerichtet und um des Eingreifens des Ministers durch Eufassung eines Spezialbeauftragten gebeten, weil die Verteidigung der Angeklagten in unzulässiger Weise durch das Gericht beschränkt werde. In der Eingabe wird ferner darauf hingewiesen, daß durch den Mangel einer Voruntersuchung in einer so schwierigen Sache die Verteidigung einmütig und schmerzhaft schwierigen Standpunkt einnehme, da die Anklagebehörde einseitig von einer bestimmten Ansicht ausgehe, die als unrichtig nachzuweisen, Aufgabe der Verteidigung sei. Ferner hat Dr. Werthauer dem Vernehmen nach gegen den Staatsanwalt Dr. Gutsjahr einen Disziplinarantrag gestellt, weil dieser in öffentlicher Sitzung die Verteidiger durch die Bemerkung beleidigt habe: Die Verteidiger hätten ihrerseits nicht Zeit gehabt, sich genügend vorzubereiten, weil sie zu viel Mandate annehmen.

### Partei-Angelegenheiten.

Schenkendorf. Am Sonnabend, den 20. April, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Otto Paetsch. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. 2. Stellungnahme zu der dreijährigen Kaiserzeit. 3. Vortrag des Genossen Pfeiffer-Königs-Wusterhausen über Konsumgenossenschaft und Gründung eines Vorbereitungvereins „Schenkendorf“. 4. Vereinsangelegenheit und Verschiedenes. Gäste haben Zutritt.

Petershagen-Frederodorf. Am Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet in Petershagen im Lokal von Herrn Wolter, „Zum Fortschritt“, eine öffentliche Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie. 2. Diskussion. Referent Genosse L. u. o. Am gleichen Tage früh 8 Uhr: Flugblatt- und Handzettelverbreitung. Das Material ist am Sonnabend abend bei den Bezirksführern abzuholen. Genossen, agitiert für guten Besuch.

### Berliner Nachrichten.

#### Die getrigge Sonnenfinsternis

stellte sich „programmatisch“ ein. Sie wurde von prächtigem Frühlingswetter, einem tiefblauen Himmel, der nur am Horizont dicke Dunstschwaden zeigte, begünstigt. Zudem brauchte man nicht wie vor 25 Jahren in aller Gergottsfrihe aus den Federn zu krauchen, um damals — nichts zu sehen, wenigstens nicht von den Clous der angekündigten himmlischen Extravorstellung. So waren denn gegen Mittag die Blicke von Millionen in und um Berlin mit Hilfe rufgeschwärtzter Gläser und feindurchlöcherter Pappstücke nach oben gerichtet, wo die lachende Sonne in einem bestimmten Moment einen schwarzen Schleier über das sonst um diese

Zeit so strahlende Antlitz ziehen sollte. Große Menschenmassen strebten den freien Feldern und Anhöhen des vom Berliner Häusermeer für eine gute Aussicht weniger beengten Südens zu. Aber auch auf allen anderen freien Plätzen bildeten sich länger als zwei Stunden dicke Gruppen, die unentwegt die Nase gen Himmel streckten, um den feierlichen Augenblick, in dem die Sonne das erste Zeichen ihrer ungefährlichen Karambolage mit Freund Mond geben würde, nicht zu verpassen. Ganze Schulklassen, denen wochenlang vorher im physikalischen Unterricht das denkwürdige Ereignis an dem bekannten einfachen Apparat demonstriert wurde, waren in Begleitung der Lehrer unterwegs. Die Besucher von großen transportablen Fernrohren machten auf Straßen und Plätzen so glänzende Geschäfte, als es die verhältnismäßig kurze Beobachtungsfrist zuließ. Auch Ovale mit gefärbten Linsen wurden verliehen. Selbst wer noch um die Mittagszeit von des Dienstes ewig gleichgestellter Uhr gefesselt wurde, benutzte ein paar Minuten zum Blick auf den Himmel. Schlaumeier kletterten auf den Rathausurm, die Siegestsäule und andere höchste Punkte. Doch war diese Vorsicht nicht nötig, da man überall auf dem Boden gut beobachten konnte, weil die Sonne hoch über den Häusern stand. Anfangs sah sich das Publikum ziemlich enttäuscht. Erst kurz nach 1 Uhr, als schon mehr wie die Hälfte der Sonnenscheibe bedeckt war, wobei die scharfen Einrisse an beiden Sichelenden aufziefen, änderte sich das Bild. Es wurde so dunkel wie um die jetzige Jahreszeit in der achten Abendstunde. Die Wolken am Horizont färbten sich gelbrot. Ganz ungewöhnlich war eine förmliche Reichenfarbe der Menschen und der Häuser. Um 1¼ Uhr hatte die Finsternis ihren Höhepunkt erreicht, aber erst eine Stunde später hatte unser himmlischer Wärmepender den bleichen Gast wieder völlig abgeschüttelt.

Auf sämtlichen Sternwarten in und um Berlin herrschte ein überaus lebhafter und reger Betrieb. Sämtliche Astronomen der einzelnen Institute sahen vor den ihnen zur Verfügung stehenden Instrumenten und beobachteten eifrig den Eintritt, das Fortschreiten, den Höhepunkt und das Ende der Sonnenfinsternis. Auf der Berliner Sternwarte, die inmitten des schönen alten Gartens am Endeplatz zwischen den Häusern der Großstadt liegt, waren auf der Plattform sämtliche Astronomen versammelt. — Auf der Treptower Sternwarte, wo Dr. Archenhold Beobachtungen durch den Messenfraktor vornahm, hatten sich schon gegen 11 Uhr zahlreiche Personen eingefunden, die durch kleinere Ferngläser die Finsternis beobachteten.

Aus Paris wird gemeldet, daß dort die Sonnenfinsternis in der Zone der Totalfinsternis von zahlreichen französischen und fremden Astronomen und von den Schülern des Polytechnikums beobachtet wurde. Zur Beobachtung waren auch Genossenschaftler in einem Freiballon und zwei Flugmaschinen aufgestiegen. Die Finsternis war zur Zeit, als Sonne und Mond sich deckten, beinahe ringförmig. Um 12 Uhr 48 Minuten wurde der Planet Venus sichtbar. Die Temperatur sank um 4 Grad, stieg dann aber wieder.

#### Im Berg- und Hüttenmuseum.

Der Kampf der Bergarbeiter, der alle Interessenten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erzittern ließ, er hat das Interesse für die gefährliche Arbeit unserer Bergknappen in erhöhtem Maße erweckt.

Das Berg- und Hüttenmuseum, welches in einem der drei in Renaissanceformen errichteten Museumsbauten in der Jubalidenstraße sich befindet, bietet zwar wenig dem, der die mit tausend Gefahren verbundene Arbeit im Berg- und Hüttenwesen kennen lernen will, desto mehr aber in bezug auf Werkzeuge und Erzeugnisse dieser Industrie.

Gleich beim Eintritt fällt uns unter anderem Sehenswertem ein verfeinerter Baumstumpf mit Wurzeln auf. Wir wenden uns rechts und wir sehen Profile von Erzlagerungen in Oberschlesien, dem Siegerlande, Westfalen und dem Harz, sowie ein Kalibergwerk. Etwas weiter sind Sicherheitslampen, Lüftungsanlagen, Seile, Ketten und Fangvorrichtungen angeordnet. Auch Modelle von Schüttelzeugen, durch welche, wie bei einer Drehschneidmaschine das Getreide gereinigt wird, die Kohlen und Erze sortiert werden. Wir sehen ferner Roheisen und Schlacken, fertiges Eisen und Stahl. Modelle von Hochöfen geben nur einen ungefähren Begriff eines solchen. Einen großen Dampfhammer haben wir Gelegenheit anzusehen. Einige Würfel veranschaulichen die steigende Erzeugung Deutschlands. Etwas weiter zeigen sich uns Produkte verschiedener Hütten in Kriegs- und Eisenbahnmateriale. Dampfessel, Ketten, Bohrer, Räder, Felten und Messer, besonders schöne Gußstücke aus der ehemaligen Königl. Eisenhütte in Berlin. In der Säulenhalle sind Gegenstände aus verschiedenen Metallen aufgestellt. Figuren aus Zinn, Kupfer, Blei und Nickelwaren. Veranschaulicht ist auch die Zubereitung und Gewinnung verschiedener Metalle, als Nickelgewinnung in Schlesien, Silbergewinnung im Harz und Aluminiumgewinnung in Neuhausen in der Schweiz. Wir steigen auf die Galerie und können hier wohl alles bewundern, was unsere Erde beherbergt. Da gibt es allerhand Steine, Salze und Erze, und was besonders interessanter wird, bergmännische Erzeugnisse unserer Kolonien. In verschiedenen Räumen sind die Lagerungen der Erdschichten veranschaulicht und zwar die Tertiargebilde im Mainzer Becken, die Lagerungen in Thüringen, ebenso die Lagerung des Juralkalks in Rüdersdorf, die Beschaffenheit unserer Erdkruste im Rheinland und Westfalen. In einem anderen Saale liegen allerhand Mineralien aus, und wer will, kann Edelsteine, geschliffen und ungeschliffen, bewundern.

Wer seine Kenntnisse auf dem Gebiete der Eisen- und Mineralgewinnung und -bearbeitung bereichern will, hat hier also die beste Gelegenheit. Bei dem bloßen Ansehen bekommt man aber nur schwer einen Begriff von der wirklichen damit verbundenen Arbeit und ihren Gefahren. Die Bergleute und Hüttenarbeiter können ein Viehlein davon singen.

Eine kluge Liebesstrategie hat sich gestern in früher Morgenstunde in Lichtenrade abgespielt. In der Dorfstr. 9 wurde dort die 18 Jahre alte Tochter Elisabeth des Bauernhofbesizers Geberl von dem 24 Jahre alten russischen Otto Mopsch durch zwei Revolverkugeln schwer verletzt. Nach der Tat tötete sich Mopsch selbst durch einen Schuß in den Mund. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt, während das junge Mädchen in bedenklichem Zustand nach dem Kreiskrankenhause in Wrig gebracht wurde. Mopsch war früher bei dem Bauernhofbesitzer Geberl bedienstet und hatte zu dieser Zeit ein Liebesverhältnis mit der ältesten Tochter Elisabeth angeknüpft. Als die Eltern des Mädchens davon Kenntnis erhielten, wurde der

Kaufher verlassen und das Mädchen nach außerhalb zu Verwandten gebracht. Trotzdem hielt das Paar heimlich zusammen. Vor etwa vierzehn Tagen holte Gebert seine Tochter wieder zurück nach Dichtensrade und in der letzten Nacht traf das Mädchen wieder mit seinem Liebhaber zusammen. Das Paar begab sich dann am gestrigen Morgen in dem Keller, wo Klopisch denn die Tat ausführte. Die Eltern des Mädchens wurden erst durch die Schüsse auf die Tragödie aufmerksam.

Eine andere Mitteilung besagt, daß das Mädchen den Klopisch mit seinen Liebesanträgen abgewiesen haben soll. Welche Version die richtige ist, können wir im Augenblick nicht nachprüfen.

„Norddeutsche Zentrale für Geschäfteverläufe“ hieß ein Schwindelunternehmen, dessen Gründer gestern morgen von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Ein ehemaliger Geschäftsfreier Wilhelm Schmöder, ein aus Stolp gebürtiger Mann von 34 Jahren, der als Provisionschwindler den Straßbörden schon bekannt war, und erst im Juli vorigen Jahres eine längere Strafe verbüßt hatte, kam auf den Gedanken, es einmal mit einer „Zentrale“ zu versuchen, weil das heutzutage eine beliebte Bezeichnung ist, die immer wieder zieht. Obwohl er ihr Gründer war, so nannte er sich doch ganz bescheiden nur Vertreter der Norddeutschen Zentrale für Geschäfteverläufe. Er besuchte Leute, die durch die Zeitungen mitteilten, daß sie ihre Geschäfte zu verkaufen beabsichtigten. Spiegelte ihnen die schönsten Erfolge seiner Zentrale vor und erbot sich auch ihnen beim Verkauf behilflich zu sein. Für notwendige Auslagen und Ermittlungen ließ er sich im Voraus einen Teil der üblichen Vermittlergebühr auszahlen. Damit war dann aber auch seine Tätigkeit beendet. Vergeblich warteten die Gepredelten auf den angeversprochenen Erfolg. So machte der Gauner eine ganze Zeitlang besonders Neuföln und andere Vororte unglücklich. Jetzt endlich erkannten Betroffene ihn nach dem Bilde Schmöders im Verbrecheralbum wieder. Als man ihn dann festnehmen wollte, hatte er gerade seinen Schlupfwinkel verlassen. Gestern morgen aber ermittelte man ihn in seiner neuen Behausung in der Schreinerstraße, wo er seit acht Tagen unangemeldet wohnte, und nahm ihn aus dem Bett heraus fest.

Zusammenstoß in der Luft. Gestern morgen um 7 Uhr wollte der Moraneflieger Stieplöcher, nachdem er einen längeren Flug ausgeführt hatte, zur Landung schreiten. Er wurde durch die Sonne geblendet und stieß mit einem Luftverkehrs-Doppeldecker in einer Höhe von 5-8 Metern zusammen. Der Luftverkehrs-Doppeldecker wurde von Leutnant J. W. gesteuert, der eine Dame als Passagier bei sich hatte. Beide Apparate wurden total zerstört. Während Stieplöcher unterlegt blieb, erlitt die Dame mehrere Rippenbrüche und der Leutnant eine Verletzung im Gesicht.

Ein Unglücksfall hat sich gestern nachmittag in der Schöneberger Straße zugetragen. Der 29 Jahre alte Arbeiter Ernst Hülicher, Wöhrstr. 104 wohnhaft, war gestern mit einem Handwagen aus dem Grundstück Schöneberger Str. 9 herausgefahren, als ein Straßenbahnwagen der Linie 59 vorbeifuhr. In dem Augenblick, als H. mit seinem Gefährt den Baum kreuzte, war der Straßenwagen so dicht herangekommen, daß H. mittelmäßig seinem Handgelenk umgehoben und unter den Wagen der Straßenbahn gerissen wurde. H. erlitt schwere innere und äußere Verletzungen, so daß er in bedeutendem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte.

Nach einer schweren Narkosevergiftung seiner Frau vergiftet hat sich der 28 Jahre alte Lagerverwalter Eugen Wegner aus der Wöhrstr. 11. Wegner war an sich ein ordentlicher Mensch. Er hatte in einer chemischen Fabrik gelernt und blieb dort auch ohne Unterbrechung beschäftigt. In der letzten Zeit aber war er stark nervös. So kam es, daß er sich über jede Kleinigkeit ärgerte, dann mit seiner Frau, die er erst vor sieben Monaten geheiratet hatte, in Streit geriet, und sie wiederholt mißhandelte. Nach einem solchen Anfall, bei dem am Sonnabend die Nachbarn zur Hilfe kommen mußten, verließ Frau Wegner ihren Mann. Als sie gestern nach der Wohnung zurückkam, um ihre Sachen zu holen, fand sie ihn tot im Bett liegen. Er hatte sich mit Morphium, das er an seiner Arbeitsstelle bekommen konnte, vergiftet.

Ein gefährlicher Brand kam gestern nachmittag 1 Uhr in der Norddeutschen Gummi- und Guttaperchafabrik beim. Hauptstr. u. Reimann Aktiengesellschaft am Tempelhofer Meer 17 im Südwesten zum Ausbruch. Als die Feuerwehre in Folge mehrmaliger Weidung mit drei Löschzügen anrückte, war die ganze Straßensfront des großen vierstöckigen Fabrikgebäudes in dichten schwarzen Rauch gehüllt. Das Feuer brach in der Keller des Vorderhauses und hatte mehrere Lattenverbrände mit allem möglichen Inhalt erlitten. Die Situation war äußerst bedrohlich, da in den Kellerräumen auch verpackte Desinfektionsmittel lagerten. Der Löschangriff erfolgte hauptsächlich von der Straße aus, wo durch die Kellertreier schon helle Flammen hervorströmten. Es gelang verhältnismäßig schnell, den Brand zu lokalisieren und abzuschließen. Die Ursache des Feuers ist noch nicht ermittelt. Von den Arbeitern der Fabrik ist niemand verunglückt.

Im Bernhard-Rose-Theater ist seit 1897 verstorbenen Eduard Jacobsen erfolgreiche Besetzung: „500000 Teufel“ zu neuem Leben erweckt worden. Damals, bei ihrer Uraufführung, hat sie in Berlin 300 Wiederholungen erlebt, und wenn nicht alles trägt, kann sie in diesem neuen Gewande vielleicht der Schöner der Sommerzeit sein. Die gegenständliche Aufführung ist ziemlich glücklich gelungen; die bildliche Widerspiegelung der Parliamentsführung in Preussisch-Chinesen mit militärischer Bedienung hat sogar satirische Härten. Auch sonst ist reichlich für Abwechslung gesorgt durch prächtige Farbige und turbulente sprühende Luftballons. Vielfach viel Sorgfalt wurde auf die Einstudierung verwendet. Alles „Kappi“ nicht nur mechanisch, nein, man erstreckt sich an der virtuellen Gesamtleistung, die auch künstlerischen „Schmuck“ hat und gleichwohl eines harmlos fröhlichen Humors nicht ermangelte. Schon das erste Bild: „In der Hölle“ mit dem Chor bildeter mit tanztänzerischen Weinen begabter Teufelchen macht seinem Regisseur Bernhard Rose wie der Balletmeisterin Carini-Gittersberg alle Ehre. Elsa Roscher zumal und Paul Fellig sind reizend als Verliebte und Gesangsformiker; besonders aber Emma Rajchdorf, der häßliche Hausknecht als urdrollig dahender Gahn und hilflose Kindamme — dem wir zur Erhöhung seiner kräftigen Betätigung nur noch kurzweiligere und witzigere Couplets wünschen möchten. Ferner sind da noch Karl Jacobi als gemächlicher Satan, Rosa Schaffel als großmütterliche „Rebellin“, Hans Schmitz (Dichter), Ernst Reinhardt (Leier), Marianne Keller (Diavola), Luise Terwib, Alfred Schmidt (als Polizeimüller und Präzident) und zuletzt, doch nicht als letzte, Margarete Sobbe (Pipifax) und Erna Krause (Dr. Finkenler) in reizend mit Aufwand zur Schau getragenen „Hofenrollen“ lebend zu nennen. Das Theaterorchester unter Kapellmeister Otto Antonius hat natürlich sein reichlich Teil am Gelingen des Ganzen. Nun wird es wohl vorläufig „volle Häuser“ geben.

Die akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter wollen Männern und Frauen, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, Gelegenheit zu gründlicher Ausbildung in den elementaren Unterrichtsfächern bieten. Vor allem sollen die Hörer richtig schreiben, sprechen und rechnen lernen. Personen unter 18 Jahren können nicht aufgenommen werden. Den Unterricht erteilen Studierende der Berliner Hochschulen. Ein aus ihrer Mitte gewählter Vorstand leitet das Unternehmen unter Mitwirkung von Vertrauensleuten der Hörer. Für Erteilung des Unterrichts wie für die Verwaltung wird keinerlei Entschädigung gewährt. Das Unternehmen steht politisch und religiös auf durchaus neutralem Boden.

Anmeldungen werden entgegengenommen: Räderstr. 9 (Kontingente des Zentralarbeitsnachweises) am 19., 20., 23. April, abends 8 bis 10 Uhr; Langestr. 31 (Schleifischer Bahnhof) am 20. und 22. April, abends 8-10 Uhr; Neuföln, Kaiser-Friedrich-Str. 208/210, am 21. April morgens 10-12 Uhr und am 22. April abends 8-10 Uhr. Am 27. April, abends 8 Uhr, findet im Saale des Zentralarbeitsnachweises, Gornmannstr. 13, eine allgemeine Hörerverammlung statt, in der nähere Mitteilungen über die Art des Unterrichts und die Organisation gemacht werden. Bei dieser Versammlung werden auch noch Anmeldungen entgegengenommen.

Bei der Anmeldung ist eine einmalige Einschreibgebühr von 0,50 M. für jeden besuchten Kurs sowie 25-30 Pf. für Lehrmittel zu entrichten. Es wird gebeten, die Anmeldungen möglichst früh vorzunehmen zu wollen. In den Unterrichtsstunden sollen grundsätzlich keine Meldungen mehr angenommen werden.

Ein genauer Stundenplan liegt bei den Anmeldungen aus. Beginn des Unterrichts: 2. Mai. In Charlottenburg und Moabit wohnende Arbeiter und Arbeiterinnen seien verwiesen auf die freien Fortbildungskurse für Arbeiter, veranstaltet von der Wildenschaft der Technischen Hochschule, die gleichen Zwecken dienen.

Der Unterricht erstreckt sich auf folgende Elementarfächer: Deutsch, Rechnen, Buchstabenrechnung, Geometrie, Zeichnen und Schönschreiben und zwar am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag abends 8-10 Uhr in der Charlottenburger Gemeindefaule, Schloßstraße 2. Jeder Kursus findet einmal wöchentlich statt vom 29. April bis Anfang Juli, die Teilnehmergebühr beträgt für jeden Kursus 50 Pf. Anmeldungen werden am 25., 26. und 27. April abends 8 1/2-9 1/2 Uhr im Unterrichtslokal entgegengenommen.

Nähere Auskunft erteilt Dipl.-Ing. Schimpf, W. 50, Röhrenstraße 23 III.

Verloren hat die Genossin Crutiger, Räderstr. 68 (Zigarrenladen), ein Portemonnaie mit etwa 4 M. und einer auf ihren Namen ausgegebenen Legitimationskarte der Bundesaußenkommission. Sie bittet den ehrlichen Finder um Wiedergabe.

## Vorort-Nachrichten.

Neuföln (Nigdorf).

### Ein heißer Wahlkampf

wurde am Dienstag um die Mandate der zweiten Abteilung ausgefochten. Sämtliche Parteien machten die größten Anstrengungen, die Mandate an sich zu reißen. Noch am Abend vor der Wahl hatten die Altbürgerlichen ein Flugblatt aller-niedrigster Sorte gegen die „vaterlandslose, gottlose, revolutionäre und mittelstandsfeindliche“ Sozialdemokratie verbreitet. Da mußte wieder der Terrorismus gegen die Geschäftsleute, und die Wut der Sozialdemokratie, „neue, mittelstandsfeindliche Steuern“ zu bewilligen, herhalten. Außerdem wurde der Vorwurf erhoben, daß die Sozialdemokratie „die Vertreterin einseitiger, krasser Interessenspolitik“ sei. Das schreiben ausgerechnet diejenigen, die nur von der nachsten Interessenspolitik in der Kommune leben. Am Tage der Wahl selbst ging das Wahlgeschäft schon in den ersten Stunden in die Länge. Bereits in der späten Mittagszeit hatten unsere Kandidaten im 4. und 5. Bezirk über 100 Stimmen Vorsprung. Je näher sich die Wahl ihrem Ende zuneigte, um so größer wurde die Spannung. Um 7 Uhr war schon vorausgesehen, daß wir außer dem 4. und 5. Bezirk, die schon sicher waren, noch den 1. Bezirk erobern würden. Im 6. Bezirk schwankte das Resultat hin und her, ob es uns gelingen würde, den Bezirk in der Hauptwahl zu erobern, oder ob noch Stichwahl stattfinden müßte.

Geld spielte bei den Gegnern keine Rolle. Wurden doch in einem Bezirk 21 gegenwärtige Autos gezählt, welche die säumigen Wähler an den Wahlstich zu holen hatten. Aber es half nichts. Die Gegner erlitten die wohlverdiente Niederlage.

Die Wahlbeteiligung betrug im

|           |        |  |        |
|-----------|--------|--|--------|
| 1. Bezirk | 49,1 % | die Soz. erhielt v. d. abgegeb. Stimm. | 55,8 % |
| 2.        | 56,9 % |  | 48,2 % |
| 3.        | 50,9 % |  | 46,2 % |
| 4.        | 57,8 % |  | 72,3 % |
| 5.        | 61,0 % |  | 77,5 % |
| 6.        | 53,4 % |  | 48,0 % |

Das Resultat hat unsere künftigen Hoffnungen über-troffen. Daß uns einige Bezirke sicher waren, war wohl vorausgesehen. Nicht vorauszuhehen war jedoch, daß die bürgerlichen Kandidaten nicht ein Mandat in der Hauptwahl er-ringen würden und daß sie noch hart mit der Sozialdemo-kratie ringen müssen, wenn sie in der Stichwahl Erfolge er-zielen wollen.

Im 6. Bezirk hat die Sozialdemokratie noch 29 Stimmen mehr aufgebracht als die Stimmen der Fortschrittlichen und Altbürgerlichen zusammen. Folgen die 67 Demokraten dem Vorholten einzelner ihrer Führer, die in den Abendstunden, — als für die Demokraten keine Erfolge mehr zu erzielen waren — sozialdemokratisch gewählt haben, dann muß es der Sozialdemokratie gelingen, auch diesen Bezirk noch zu erobern.

Im 2. Bezirk haben wir 388 Stimmen erhalten, die Kommunalfortschrittler und Altbürgerlichen dagegen 422 Stimmen. In diesem Bezirk werden die 38 demokratischen Stimmen den Ausschlag geben. Im 3. Bezirk haben die ver-einigten Gegner 399 Stimmen erhalten, die Sozialdemokratie 367 und die Demokraten 20. In diesem Bezirk müssen wir versuchen, starke Reserven für uns herauszuholen, um dieses Mandat zu erringen.

Aber mögen die Stichwahlen ausfallen wie sie wollen, der prinzipielle Kampf um die Majorität in der Neuföllner Stadtverordnetenversammlung ist damit zugunsten der Sozialdemokratie entschieden. Das bestätigt auch bereits das „Neuföllner Tageblatt“ in einem Artikel. Der Kampf um die Herrschaft im Stadtparlament, indem es zu dem Schluß kommt, daß der Ausgang des Kampfes auf der einen Seite (der sozialdemokratischen) ungeheuren Jubel, auf der anderen Seite tiefste Resignation herborrieht.

Das „Berliner Tageblatt“ konstatiert jedoch in einer Notiz über den Ausfall der vorgestrigen Wahl, daß die Sozialdemokratie nicht die Mehrheit erlangt habe. Das ist für die-mal richtig und konnte auch gar nicht anders sein. Denn die Sozialdemokratie verfügt bis jetzt nur über 24 Mandate der dritten Abteilung. Hätte sie also sämtliche elf Mandate er-oberst, so hätte sie immerhin erst über 35 von 72 Mandaten verfügt. Aber prinzipielle Bedeutung hat der vorgestrige Sieg. Dadurch, daß wir die Hälfte der Bezirke erobert haben, müssen uns auch nach und nach die noch nicht erledigten Man-date dieser Bezirke zufallen und damit verfügen wir dann schon über die Hälfte der Mandate.

Durch den jetzigen Wahlsieg ist die sozialdemokratische mit 31 Mandaten die stärkste Fraktion in der Stadtver-ordnetenversammlung geworden. Die Kommunalfortschrittler, sowie die Altbürgerlichen haben je drei Mandate an die Sozialdemokratie verloren.

Für unsere Parteigenossen entsteht jetzt die Aufgabe, die 14 Tage, nach denen die Stichwahlen stattfinden, reichlich auszunutzen, um den Gegnern weitere Mandate zu entreißen. Von den Stichwahlen muß daselbe gesagt werden, was bei den Hauptwahlen gesagt wurde:

Kein Bezirk ist aussichtslos.

Bei enger Tätigkeit unserer Parteigenossen muß es möglich sein, die Gegner auf der ganzen Linie zu werfen, und damit der Neuföllner Bevölkerung eine Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung zu schaffen, die wenigstens an-nähernd der Zusammensetzung der Bevölkerung entspricht.

Die Wahl für die erste Wählerabteilung findet am Freitag, den 19. April in der Zeit von 1 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends in den Bürgerläden Wittenburg, Bergstr. 147, statt. Für die sozialdemokratische Partei kandidiert der Maurermeister

Wilh. Schuch, Dierstr. 8.

Neuföln. (Nigdorf).

Ein chemisches Untersuchungsamt. Einem seit Jahren hervor-tretenden Bedürfnis will der Magistrat jetzt Rechnung tragen; er hat beschloffen, ein städtisches chemisches Untersuchungsamt einzurichten, welches als ein selbständiges Institut den städtischen Werken ange-gliedert werden soll. Neben den vielen chemischen Unter-suchungen, die das städtische Gaswerk benötigt, sollen dem Untersuchungsamt die regelmäßige Kontrolle des Leitungswassers, die Untersuchung von Schlamm und sonstigen Abflüssen der Kanalisationseleitungen, von Materialien, die die städtische Verwaltung bezieht usw. übertragen werden. Außerdem aber will der Magistrat sein Institut den hiesigen Fabriken und Unternehmungen der mechanischen und chemischen Industrie zur Ver-fügung stellen und auf Ansuchen die Untersuchung von Materialien durch das Untersuchungsamt vornehmen lassen. Der Leiter des Instituts, Herr Stadchemiker Dr. Funk, soll auch auf besonderen Wunsch als Berater und Sachverständiger fungieren.

Wilmersdorf-Galensee.

In einer Volksversammlung, die Dienstag abend den Saal des Stadiparks in der Kaiserallee füllte, sprach Landtagsabgeordneter Julian Borhardt über: „Preussische Kulturzustände“. Der Redner beleuchtete namentlich das Volksschulwesen und freite die bekannte Auseinandersetzung, die er mit dem Abg. Kreis-schul-inspektor Heß im Dreiklassenparlament hatte. In der Diskussion meldete sich ein Herr Paquin aus Rühlhausen i. Elb. zum Wort. Er begann mit der Versicherung, daß er die Sozialdemokratie vor ihren Zielen warnen wolle und erregte anfangs mit seinen Vor-haltungen derart das Kopfschütteln der Anwesenden, daß der Vor-sitzende der Saubereit wegen den Redner fragte, ob er ein Agent des Reichverbandes sei. Herr Paquin reinigte sich jedoch in dieser Hinsicht und geriet dann mit dem Aufsichtlichen eiliger Bedenken gegen die Verfassung des Schulgesetzes so sehr in Eifer, daß die Ver-sammlung zum Erlaunen des Ordnungsmannes über jede dieser Vorhaltungen mit Heiterkeit quittierte. Der Referent stellte die Wipfeligkeit des Sozialistenfeindes durch eine eindringliche Be-lehrung über etliche volkswirtschaftliche Grundregeln und viel ihm dann, durch den Besuch der Arbeiterbildungsschule sich so viel Wissen anzueignen, als zum Verständnis der sozialdemokratischen Lehren sowie zum öffentlichen Auftreten erforderlich ist. Die Ver-sammlung nahm in agitatorischer Hinsicht den besten Verlauf.

Friedenau.

18 000 Mark verbrannt. Von einem empfindlichen Verlust ist der Redner H. aus der Rheinstraße betroffen worden. H., der früher in Schöneberg wohnte, ist vorgestern nach Friedenau über-gesiedelt. Abends erhielt das Dienstmädchen den Auftrag, ein Bad herzurichten, und auf Wunsch von Frau H. benutzte das Dien-stmädchen zum Anheizen des Ofens Zeitungspapier. Unglücklicher-weise ergriff die Bedienstete mit anderen Zeitungen auch ein Paket, in welchem sich in Zeitungspapier gewickelt Wertpapiere in Höhe von 18 000 Mark befanden. Das wertvolle Paket war bei dem Anzuge und während der Enträumungsarbeiten verbleiblich an eine Stelle gelegt worden, wo das Dienstmädchen einen so lockbaren Inhalt nicht vermuten konnte. Erst als es zu spät war, stellte sich der verhängnisvolle Irrtum heraus.

Köpenick.

Der letzten Stadtverordnetenversammlung lag der in der vorigen Sitzung der Gemeindevorstand zur Vorbereitung überwiegenen An-trag unserer Genossen auf Erweiterung der Sonntagstraße zur Ver-schlussfassung vor. Die Gemeindevorstand empfiehlt in Rücksicht auf die große Schädigung der Geschäftsleute und die kommende reichsgerichtliche Regelung der Frage den Antrag abzulehnen. Nach eingehender Begründung des Antrages durch unsere Genossen und einer tendenziösen Entgegnung einiger selbst interessierter bürger-licher Vertreter wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Dem Antrag des Ma-gistrats, der Hoch- und Fortbildungsschule der Vorbereitungen der Pflanzschule in der 7. Gemeindevorstand gegen Erhaltung der Beleuch-tungsstellen zu überlassen, wurde zugestimmt. Von der Kündigung des Vertrages mit der Seminar-Lernschule zum 1. April 1914 nahm die Versammlung Kenntnis. Bei der Vorlage eines neuen Vertrages soll die hiesige Schulle (gegen jetzt 6 Klassen) und die gleichen Lehrmittel wie in der Gemeindevorstand verlangt werden. Auf die wiederholten Anregungen des Bezirks- und des Kommunal-vereins, der Magistrat möge den Vereinen zur Klärung für die Stadt Köpenick eine Summe zur Verfügung stellen, beantragte der Magistrat, 1000 M. zu bewilligen mit der Maßgabe, daß der Magistrat ein Einfluß auf die Art der Klärung gesichert bleibt. Unsere Genossen erklärten, daß sie für solche Wertschätzung nicht zu haben seien, die Stadt solle lieber Einrichtungen hygienischer und sanitärer Art, an welchen es noch sehr mangelte, schaffen, dann würde der ersuchte Zugang schon von selbst kommen. Die bürger-lichen Vertreter erwarteten jedoch eher von einer Klärung durch Postkarten und Plakate nach dem Muster des Jirtus Barnum und Pailey an den in Groß-Berlin verkehrenden Köpenicker Wäldern einen Zug von feuerkräftigem Publikum, und so wurde der An-trag gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.

Rummelsburg.

Aus der Gemeindevorstand. Zur Beschlussfassung über die Gültigkeit der im März stattgefundenen Gemeindevorstandswahlen war die Gemeindevorstand am letzten Sonnabend zu einer Sitzung nochmals zusammenberufen worden. Die bereits in den ersten Tagen im April bestimmt erwartete Publikation des am 27. März endgültig im Herrenhaus verabschiedeten Vereinigungsvertrages mit der Stadt Rummelsburg ist bis heute noch nicht erfolgt. Sämtliche Wahlen wurden nach kurzer Debatte einstimmig für gültig erklärt. Als Neuwahlwähler kamen zur Einführung: Eigentümer Becker für die erste Klasse, die Eigentümer Rother und Redakteur Kollischer für die zweite Klasse und unter Genosse Witzke für die dritte Klasse. Als „Wiedergewählte“ wurden eingeführt die Eigentümer Engel, Gampfer und Hobicat für die erste Klasse, Eigentümer Bachmann für die zweite Klasse und Genosse Tempel für die dritte Klasse. Die Gelegenheit dieser Sitzung nutzten unsere Vertreter gleich noch dahin aus, daß sie den Dringlichkeitsantrag stellten, daß der freien Turners-halle an Stelle der bisher innegehabten Schulturnhalle in der Böcklinstraße, die der Turnerschaft auf Verfügung der Regierung seit dem 1. April d. J. entzogen worden ist, nun unversichtlich die Turn-halle des Realgymnasiums oder die Turnhalle in der Rückstraße zur Verfügung gestellt wird. Die Dringlichkeit wie der Antrag selbst wurden nach längerer reger Auseinandersetzung fast einstimmig an-genommen. Dr. Rother, der an Stelle des bereits krank ge-nommenen Bürgermeisters Dr. Dahn vom 1. April ab das Amt des Gemeindevorstandes ausübt, versprach, den Beschluß schnellstens zur Ausführung bringen zu wollen.

Tabendorf bei Jossen.

Die Gemeindevorstand beschloß in ihrer letzten Sitzung, die im März vollzogenen Wahlen für gültig zu erklären. Unter den Neu- resp. Wiedergewählten befindet sich auch Genosse Van. In den Schulvorstand wurde hierauf Herr Jänisch gewählt. Ein An-trag, in den unteren Schulklassen für bessere Abgabegenstände Sorge zu tragen, fand einstimmige Annahme. Die für die Gemeinde entstehenden Kosten der Straßeneinrichtung betragen für das Winterhalbjahr 297 M. Dem Antrage unseres Genossen Van, die Sitzungen fortan um 8 Uhr abends beginnen zu lassen, wurde zu-gestimmt.

**Spenden.**

Zu dem Waldverkauf der Stadt Spandau ist, wie der 'Spand. Anzeiger' mitteilt, bereits die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erteilt worden. Die kürzlich gebrachte Meldung, daß die Aktien-Gesellschaft Siemens u. Halske das gesamte, dem Architekten Heinel angefallene Gelände, käuflich erwerben würde, wird dem Blatt bestätigt. Ein Teil des Terrains soll an die Bergmann-Elektrizitätswerke abgegeben werden. Letzteres Unternehmen ist in eine gewisse Interessengemeinschaft mit Siemens u. Halske eingetreten; seine Fabrikanlagen sollen erweitert werden, und als Bauplatz ist ein Teil des Waldgeländes auszuweisen, während Siemens u. Halske das andere für ihre eigenen Zwecke verwenden wollen. Es werden demnach also auf jenem Terrain, auf dem sich die Bevölkerung Spandaus bisher noch ergehen konnte, in Kürze Fabrikanlagen befinden. Für den Stadtsäckel mag das von Vorteil sein, daß darunter aber gerade die Erholungsmöglichkeit der Bevölkerung leiden muß, macht der Stadtverwaltung keine Ehre.

**Hohen-Schönhausen.**

Ein schwerer Straßenunfall trat am Mittwochabend in der Berliner Straße an der Kreuzung der Adbern- und Wriezenerstraße zu. Dort geriet ein die Berliner Straße kreuzender Radfahrer unter einen in voller Fahrt von den Friedhöfen her nahenden Straßenbahnwagen. Der Verunglückte geriet dabei so unglücklich unter die Elektrische, daß ihm der Kopf vom Rumpf gerissen und sein sofortiger Tod herbeigeführt wurde. Der in der Mitte der dreißiger Jahre stehende Radfahrer wurde nach dem Schauhaus geschafft.

**Aus aller Welt.**

**Sonnenfinsternis und Landtag.**

In den maßgebenden Kreisen des Dreiklassenlandes bestand bis zuletzt die von geistlichen Mitgliedern genährte Hoffnung, daß es sich nicht um eine vorübergehende Erscheinung handeln werde. Das Interesse stieg deshalb auf eine solche Höhe, daß sogar die kgl. Polizeiverordnung größtenteils verlegt, ja mit Füßen getreten wurde, die den Aufenthalt auf der Wiese verbietet, die sich über das niedrige Kesselhäus zwischen Abgeordneten- und Herrenhaus erstreckt. Es wurden vielmehr Stühle hinausgetragen und ganz parlamentarisch im Halbrund aufgestellt. Leider fehlte der Präsident, da für Herrn v. Erffa von 11 bis 1/2 Uhr ausschließlich die Dinge geschehen, die auf der Tagesordnung des Hauses stehen. Auch die Staatsregierung fehlte. Die Herren Lenge und v. Breitenbach vermögen ausstehenden Faktoren, wie Sonne, Himmel, Volk usw. irgend einen Einfluß auf ihre Amtstätigkeit nicht zuzugestehen und während draußen die Tagesleuchte schwächer und immer schwächer wurde, wie ein königl. preussisches Steuerzahlerportemonnaie 8. Klasse, sprachen die Abgeordneten unbedarft über Kohlenpreise und Ausgleichsfonds.

Sehr interessant war die Beobachtung des Miniaturparlamentes auf grünem Rasen. Während Adolf Hoffmann sachmännische Erklärungen über die Nacht der Finsternis gab, wurde die zunehmende Verfinsternung des ohnehin so rotglühenden Sonnenballs vom Zentrum und den Konservativen mit bewegter Anteilnahme und sich steigenden Weisheitskundgebungen aufgenommen. Als nur noch ein schmaler Streifen leuchtete, wurde von einem begeisterten Landrat mit Unterstützung mehrerer Zentrumsarbeiter vorgeschlagen, sich beim Ministerpräsidenten dafür zu verwenden, daß dem Mond der Charakter als Wirklicher Geheimter Mond verliehen werde und dem Mann im Mond der Adler der Inhaber des Hohenzollernschen Hausordens. Durch schnelle Entfernung zeigte der Mond aber den ihn Anredenden, daß er gleich jenen pensionierten Volksschullehrern auf diese Deformation verzichte.

Während nun ein eben zum Herrenhaus heranwachsender Jüngling noch sagte, daß er die Sonne haben wolle, begab sich die dreiklassige Astronomenschar mißvergnügt in den Saal zurück. Auf die Frage eines rechtsstehenden Abgeordneten, warum man schon zurücklehre, gab ein prominenter Konservativer die klassische Antwort: „Nacht muß es sein, wo Jordans Sterne strahlen.“

Dem Einschreiten der Polizei gegen die Vertreter des Kesselhäusdaches wird entgegengehoben. Vom Abg. Hoffmann wurde bereits wegen seiner Erklärungen die Verlage des Unterrichts-Ministers gefordert, da er sich vor einer Korona von Hörern milderer Vorbildung habe vernehmen lassen, ohne sich mit der Prohibierung einer Erlaubnis schmücken zu können.

**Schiffsunfälle im isländischen Meere.**

Der französische Schoner 'St. Yves' ist Sonnabend nacht in den isländischen Gewässern mit dem isländischen Kutter 'Evanen' zusammengestoßen. Der Schoner ist in Neqfjabil mit 12 Mann der Besatzung des Kutters eingetroffen. Das Schicksal des 'Evanen' und seiner übrigen Besatzung von 14 Mann ist unbekannt. — Auch bei Bestmanha ist ein Motorboot mit sechs Mann untergegangen.

**Kleine Notizen.**

Im April erstarb. Einen schrecklichen Tod hat der Schäfer Knudt aus Eberwalde gefunden. Er entfernte sich vor einigen Tagen im Fieberwahn aus seiner Wohnung und irrte in den Wäldungen der Umgebung umher. Jetzt hat man beim Forsthaus Brunow die Leiche eines Mannes in einem Gebüsch gefunden, in der der Vermittler erkannt wurde. Wie die ärztliche Untersuchung ergab, ist er ein Opfer des Frostes geworden. Er war in seinem Zustande im Walde zusammengebrochen und sollte einen elenden Tod durch Erfrieren finden.

Eisenbahnunfall. Bei Laval im nordwestlichen Frankreich entgleiste gestern ein Personenzug. Hierbei wurde der Maschinist, Vater von zwei Kindern, und der Zugführer, Vater von vier Kindern, getötet. Außerdem wurden zwei Personen verletzt.

Rassenaubruß aus dem Gefängnis. Nach in Marseille eingetroffenen Nachrichten sind 20 Sträflinge aus dem Gefängnis von Guyana ausgebrochen und entflohen. Unter ihnen befindet sich der Raubmörder Anfrand, der seinerzeit zum Tode verurteilt worden war, dann aber zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt wurde. Anfrand ist schon einmal aus dem Gefängnis entflohen, konnte jedoch wieder gefaßt werden.

Todessturz eines Fliegers. Der belgische Flieger Verreptus stürzte gestern vormittag im Aerodrom in Chateaufort bei Versailles aus einer Höhe von 200 Meter herab. Er erlitt Verletzungen am Kopf und starb sofort nach der Ueberführung in das Hospital. Zu dem Todessturz des Fliegers Verreptus wird noch gemeldet: Verreptus hatte heute morgen seiner Geliebten, mit welcher er einen heftigen Streit gehabt hatte, beim Abschied erklärt, daß er seinem Leben ein Ende machen werde. Die beim Absturz anwesenden Offiziere stellten fest, daß das Flugzeug in durchaus gutem Zustande war. Mehrere Augenzeugen behaupten, Verreptus habe sich absichtlich aus einer Höhe von etwa 300 Meter zu Boden fallen lassen.

Erdbeben in Spanien. Wie aus Simbalia gemeldet wird, wurde dort am Dienstag ein von heftigem Sturm begleitetes Erdbeben verspürt. Mehrere Häuser wurden beschädigt. Die Einwohner verließen voller Schrecken ihre Wohnungen.

Kranken- und Zierbefehle der Tabakarbeiter Berlin. (S. 4. Nr. 88, Berlin). Heute Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, im 'Mollenhof', Rosenthaler Str. 11/12: Tagesordnung siehe Inserat vom 7. April.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 63, vorn vier Treppen — Zentralkasse — wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnehmerantwortung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Frank 25. Wollen Sie freundlichst das Berliner Adreßbuch II. Teil nachsehen. — Sieglitz gewünschte Möbelfirma. Döbbel u. Rothe, SO. 33, Zeughausstr. 20. — S. 4. Nr. 34. 1. Die Geldstücke legen Sie am besten dem Münzkabinett des Kaiser-Friedrich-Museums vor. 2. Die Lampe lassen Sie am besten von einem Fachmann wieder herstellen. Und ist kein Mittel bekannt. — S. 4. Berlin zahlt pro Kopf und Art der Unfall einen bestimmten Verpflegungssatz. — Streitfrage 6. Königsberg wird gleich einer Zahl anderer Städte als solche bezeichnet, Berlin ist die Hauptstadt

des Landes. — H. 1000. Nicht Unschuldig, einen Krug zu voll ziehen. — Robert 22. Bedenken Sie sich mit Ihrer Anfrage an das General-Kassakontor, Lübben/Lausitz, August Hill, Steinbrücken bei Lübben. — H. 3. 18. 1. Bei der Schütztruppe werden Freiwillige aus den Truppenkörpern des Heeres eingestellt. Auch Soldaten des Beurlaubtenlandes melden sich freiwillig beim Begleitkommando. 2. und 3. Ohne nähere Kenntnis aller in Frage kommenden, auch persönlichen Verhältnisse nicht zu beantworten. Stellen Sie sich persönlich vor in der Zentrale für Auswanderer, Karlshof 9/10, Berlin W. — H. 3. Charlottenburg. 1. Sie sprechen zunächst wohl mit dem Klassenlehrer und Rektor der jetzigen Schule und wenden sich dann an den Direktor der betr. Realschule. 2. Nicht. 3. Weibes richtig und geduldig. — Schmidt 000. Rein 1. — S. 4. In der Nr. 77 vom 21. März beantwortet. Zentrale für private Fährten, Rottmühlstraße 4. Dort erhalten Sie auf Nachfrage Beratung. — W. 2. 7. Rein. — Schule. Für das ganze preussische Staatsgebiet. — S. 4. 47. Wir raten, vorher einen Sachverständigen zu befragen, ob erhebliche Geländebelastung vorliegt. Ist dies der Fall, ja. — H. 3. 38. 1. Rein. Falls verschiedene Schlafplätze. 2. Nicht zweifelhaft. 3. Sofern der Jahrsabbezahl vollstreckbar geworden und der Vollstreckungsbeleg ebenfalls zugestellt ist: in 30 Tagen. — S. 4. 21. Rein. — S. 4. 59. Ihre Arbeitgeber vom Beginn der letzten Woche ab. Sie erheben den Anspruch bei der Ortskrankenkasse. — S. 100. Rein. Sofern die Frau die Grabschuld bezahlt hat. — W. 3. 1892. Rein. — H. 3. 26. Wenn der Pfandleiher die Uhr herausgibt: ja. Ein Eigentumsrecht erlangen Sie nicht: Sie können aber die öffentliche Versteigerung veranstalten. — C. 3. 32. Rein. — H. 3. 154. Die Einmüllungsbescheinigung ist vom Vater schriftlich abzugeben. Die Unterfertigung wird am zweckmäßigsten von der Polizei — da kostenlos — beantragt. Außerdem sind die Geburtsurkunden beider und der Militärpaß des jungen Mannes erforderlich. Die Anmeldung erfolgt beim Standesamt Reinick. — S. 2. 103. Ja, sofern dieselben die Erbschaft nicht etwa ausgeschlagen haben.

Marktbericht von Berlin am 16. April 1912, nach Ermittlung des kgl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Reinbandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—36,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—35,00. Linen 40,00—50,00. Kartoffeln (Reinbdl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,90. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,00. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,00—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,10—2,40. Kalle 1,50—3,20. Lander 1,60—3,60. Gedörrte 1,40—2,80. Barische 1,00—2,00. Schote 1,60—3,20. Hefe 0,80—1,60. 60 Stück Rüböl 4,00—30,00.

**Witterungsbericht vom 17. April 1912.**

| Stationen | Barometer Stand mm | Wind richtung | Wolkenart | Temper. in Grad C. | Stationen | Barometer Stand mm | Wind richtung | Wolkenart | Temper. in Grad C. |
|-----------|--------------------|---------------|-----------|--------------------|-----------|--------------------|---------------|-----------|--------------------|
| Eberwalde | 772,50             | SW            | 7         | 7                  | Hagenow   | 755,50             | SW            | 4         | 4                  |
| Damburg   | 771,0              | SW            | 8         | 8                  | Paretz    | 768,50             | SW            | 1         | 1                  |
| Berlin    | 771,0              | SW            | 8         | 8                  | Seefeld   | 764,00             | SW            | 6         | 6                  |
| Frankfurt | 768,00             | 1             | 6         | 6                  | Herzberg  | 766,50             | 1             | 6         | 6                  |
| München   | 766,00             | 3             | 6         | 6                  | Paris     | 763,0              | 1             | 6         | 6                  |
| Wien      | 769,50             | 1             | 6         | 6                  |           |                    |               |           |                    |

Wetterprognose für Donnerstag, den 18. April 1912. Trocken und vorwiegend heiter, nur wenig wärmer bei ziemlich häufigen östlichen Winden; nachher etwas Zunahme der Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand       | am     |        | Wasserstand      | am     |        |
|-------------------|--------|--------|------------------|--------|--------|
|                   | 16. 4. | 15. 4. |                  | 16. 4. | 15. 4. |
| Remel, Mühl       | 16,4   | 15,4   | Saale, Großh.    | 115    | —      |
| Wegeln, Ankerberg | 328    | —      | Saale, Spandau   | 80     | 0      |
| Wegeln, Damm      | 378    | —      | Saale, Mathenau  | 132    | +2     |
| Oder, Raibitz     | 195    | —      | Spree, Spremberg | 84     | 0      |
| • Raibitz         | 234    | —      | • Weesow         | 86     | +1     |
| • Straßburg       | 244    | 0      | • Weesow         | 201    | +1     |
| Wartze, Schrumm   | 96     | +6     | • Weesow         | 278    | +10    |
| • Landenberg      | 77     | +3     | • Weesow         | 309    | +7     |
| • Weesow          | 66     | +7     | • Weesow         | 219    | —      |
| • Weesow          | 92     | —      | • Weesow         | 232    | —      |
| • Weesow          | —      | —      | • Weesow         | 81     | +10    |
| • Weesow          | 198    | —      | • Weesow         | 197    | —      |
| • Weesow          | 156    | —      | • Weesow         | 69     | —      |

1) + bedeutet Hoch. — Null. — 7) Unterpegel.

*Wohlstand ist nicht bloß ein Wort, sondern ein Zustand.*  
*Das Zufall muß's!*

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW., Lindenstr. 69.

**Taschenbuch der Reichstagswahlen.**

Preis 30 Pf.

Das in handlichem Taschenformat hergestellte Buch enthält u. a. die neuesten Porträts und Biographien der 110 sozialdemokratischen Abgeordneten sowie die genauen Ergebnisse der Reichstagswahlen 1912 aus allen deutschen Kreisen mit Angabe der Namen der gewählten Abgeordneten, des Berufes und der Parteistellung.

Die „Neue Zeit“ schreibt am Schluß einer ausführlichen, sehr lobenden Besprechung: „So möge denn dieser zum ersten Male erscheinende „rote Kürschner“, der sich durch seine Handlichkeit und Billigkeit empfiehlt, in die Hände von hunderten unserer Wähler gelangen und das politische Interesse in ihnen bewahren und beleben.“

**Möbelfabrik Zukunft.**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
Bilanz für das Geschäftsjahr 1911.

|                      |           |
|----------------------|-----------|
| Aktiva.              |           |
| Kassenbestand        | 2.627,32  |
| Bankguthaben         | 3.208,—   |
| Wareneinsatz         | 11.430,00 |
| Umsatzenkonto        | 1.243,80  |
| Rückstellungenkonto  | 1.412,50  |
| Wertgegenstandskonto | 1.075,40  |
| Debitorenkonto       | 9.034,10  |
| Kontokorrentguthaben | 300,—     |
| Verlustkonto         | 1.969,20  |
|                      | 32.190,32 |
| Passiva.             |           |
| Kreditorenkonto      | 3.032,07  |
| Umsatzenkonto        | 1.199,30  |
| Darlehenskonto       | 24.938,86 |
| Rückstellungenkonto  | 2.250,—   |
| Reservekonto         | 52,94     |
| Umsatzenkonto        | 52,48     |
| Umsatzenkonto        | 664,97    |
|                      | 32.190,32 |

Ausgeschlossen sind zwei Genossen, mitin bleiben am Ende des Geschäftsjahres neun Genossen mit einer Gesamtsumme von 2250 Pf. Diese sowie das Geschäftsguthaben haben sich um je 300 Pf. verringert.

**Der Vorstand.**  
C. Adebahr. Th. Lossa.

**Gardinenhaus**  
Bernhard Schwartz  
Erfolgreiche Bezugsquelle für  
Gardinen u. Teppiche  
Wallstr. 13 (dreizehn).

**Vornehme**  
**Herren-**

**Bekleidung**  
fertig und nach Maß  
erhalten Sie in der modernen  
Mass-Schneidererei

**J. Kurzberg**  
auf Wunsch Wochensrate.

von  
**1 Mark**  
an

Rosenthaler Strasse 40  
Hackescher Markt.  
Frankfurter Allee 104  
Ecke Friedenstrasse.  
Reinickendorfer Str. 4  
Weddingplatz.

**Für Wanderer!**  
**Silva - Karten**

Eberwalde  
Märkische Schweiz  
Oberspreewald  
Potsdam  
Rheinsberg  
Scharmützelsee  
Spreewald  
Strausberg  
Tegel  
Teupitz

6farbig  
Mit Orts-  
Register und Wege-  
beschreibung  
Preis  
pro Karte  
75 Pf.

Silva-Märkischer Wanderatlas  
mit Ortsregister und Wege-  
beschreibung  
mit 14 Karten 6farbig kartoniert  
1 M.  
mit 22 Karten 6farbig gebunden  
1,50 M.  
mit 26 Karten 6farbig gebunden  
2 M.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69 (Laden).

**Restaurations-  
Räume**

modern ausgebaut, mit großem Ver-  
einigungsraum und Fabrikumkleidung,  
auch für Ausflugsfahrten geeignet, ver-  
einigt zu vermieten.  
Während bei Binder, Forster  
Straße 9.

Auch Teilzahlung!

Nur  
**Möbel - Misch**  
an.

Gr. Frankfurter Str. 45/46

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW. 68  
Lindenstr. 69 (Laden).

Wir empfehlen:

**Die Sozialdemokratie im**  
Urteile ihrer Gegner  
von  
**Dr. Aug. Erdmann.**  
Preis geb. 2 Wf.

Los nur 50 Pfg.

Ziehung 23. April 1912  
**Gneßener Pferde-**  
**Lotterie**

3242 Gewinne 1. W. v. aus. M.

**70000**  
Gewinn 10 Pferde, 2 Equipagen M.

**50000**  
200 silbergelbes Mark

**20000**  
Kupfergewinn W. Mark

**10000**  
11 Lose wert. aus verschied. Tausenden

Lose 50 Pf. 11 Lose wert. aus verschied. Tausenden

Porto und Liste 25 Pf. extra durch das General-Debit

**H. C. Kröger**  
BERLIN W. 3, Friedrichstr. 193a  
sowie alle durch Filialen  
kontinentalen Verkaufsstell.

Telegr.-Adr.: „Goldquelle“

**Buchhandlung Vorwärts**  
SW. 68, Lindenstr. 69  
(Laden).

Su empfehlen ist: 246/8

**Der Kleingarten,**  
seine Anlage,  
Einteilung und Bewirtschaftung  
von  
**Max Heschörfer.**  
Preis brosch. 60 Pf.

**Praktisches**  
**Taschenbuch**  
für Gartenfreunde.

Ein Ratgeber für die Pflege und  
sachgemäße Bewirtschaftung des  
häuslichen Gartens, Gemüses und  
Obstgartens.  
von  
**Max Heschörfer.**  
Mit 137 Textabbildungen.  
Preis geb. 3.50 Wf.

